



AIB

2V 7426 E

2,-DM

März

Nr. 3/1981

12. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

BRD - Waffenexporte vor dem Dammbbruch?

- Panzer für Saudi Arabien
- U-Boote für Chile
- Kriegsbeihilfe für den Irak



Mittelamerika: M. A. Carranza,
T. Borge, F. Castro u. a.
El Salvador • Uganda
Namibia • Irak

Inhalt:

AIB-Aktuell: Absagen an den Rüstungswahn	3
Bundesrepublik Deutschland	
Michael Brzoska: Rüstungsexportoffensive in die dritte Welt	4 - 11
Stand des internationalen Waffenexportgeschäfts	9
Kriegsbeihilfen an den Aggressor Irak	10
El Salvador	
Alfonso Ibaruri Barrios: Die Befreiungsfront erkämpfte die Initiative	12 - 13
Ana Guadalupe Martinez/José Ramon Medrano: Die Hauptrolle spielt das Volk	13
10-Punkte-Programm für ein neues Heer	14
Mittelamerika - USA	
Tim Drainin: Das Konzept der Reagan-Administration	15 - 17
Mario Alfonso Carranza: Der US-Interventionismus hat Varianten	18
Herman Cienfuegos/Juan José Medrano: Die Region würde zum Riesenfeuer	18
Tomas Borge: Gegen die Bedrohung verteidigungsbereit sein	19
Sandinistische Verteidigungskomitees: Zu Opfern für das salvadorianische Volk bereit sein	19
Fidel Castro: Die Yankees gebührend empfangen!	20 - 21
Francisco Gamboa: Die mittelamerikanische Revolution im Aufwind	22 + 27
Peru	
Interview mit G. Espinoza Montesino: Zum Kommunalwählerfolg der Linken	28 - 29
Irak	
Charta der Patriotisch-Nationaldemokratischen Front des Irak	30 - 32
Ost-Timor	
Westliche Invasions-Empfehlungen	33
Uganda	
Fiaza N. Makumbi-Kidza: Neubeginn unter Milton Obote	34 - 35
Namibia	
Stellungnahme Sam Nujomas: Die SWAPO-Position zur Genfer Namibia-Konferenz	36
Gemeinsame Erklärung der Frontstaaten, Nigerias und der OAU	37
Südafrika	
Interview mit Thozamile Botha: Der politische und ökonomische Kampf der Arbeiter sind eins	38 - 40
AAPSO	
Nuri Abdul Razzak: Befreiungsstrategie für die 80er Jahre (2. Teil)	41 - 42
Infodienst: Dritte-Welt-Häuser, pad-Unterrichtseinheiten, Gedichte für Afrika, El-Salvador-Solidariät der 20 000, Filme zu El Salvador, Aufruf zu Chile-Aktivitäten, Protesttelegramme nach Argentinien	43
Rückblick: Vor 10 Jahren: Befreiung Bangladeshs	44
Rezensionen/Filme: Freiheitslieder aus Südafrika	45
Kurzinformationen: Tschad, Zimbabwe, Angola, Südafrika-Israel-NATO, Bolivien, Paraguay, Peru-Ecuador, Indochina, Israel/Nahost, Pakistan, Islamische Konferenz	46 - 47
Kommentar: Pogrom gegen das AIB	48



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Impressum

Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 20,- DM; Einzelheft 2,- DM, ab April 1981 25,- DM bzw. 2,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg, Tel. (06421) 24672

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 53390000), Konto Nr. 966

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Bröner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürmann, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Uwe Knickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeister, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Wolfram Bröner (verantw.), Hanne Denk, Rainer Falk, Paul Maaskola, Jürgen Ostrowsky

Mitarbeiter: A. J. Arndt, N. Biver, M. Brzoska, B. Greiner, R. Hegewald, H. Mayer, U. Rupp, H. Vortisch, P. Wahl, J. Weber

Verlag: Weltkreis Verlag/Dortmund
Druck: Plambeck & Co., Neuss


Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion.

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Redaktionschluss: 13.2.1981

Anzeigen: ASK, SCI, IKA, Freundschaftsgesellschaft Kuba-BRD



Achtung Abonnenten!

Liebe Leser! Liebe Abonnenten!

Leider sehen wir uns gezwungen, die AIB-Preise, die wir seit über zwei Jahren stabil halten konnten, der allgemeinen Kostenentwicklung, die besonders im Porto-, Papier- und Druckbereich stark zu Buche schlägt, anzupassen. Ab der April-Nr. 4/1981 kostet ein AIB-Jahresabonnement 25,- DM, ein Einzelheft 2,50 DM und ein Doppelheft 4,50 DM. Während der Preis für ein Inlandsabonnement wie bisher die Porto- und Versandgebühren enthält, kommen wir bei der Preisgestaltung für die Auslands- und namentlich die Überseeabonnements zukünftig nicht darum herum, die realen Mehrkosten anzurechnen.

Auch mit den neuen Preisen bleibt das AIB im Vergleich zu anderen politischen Zeitschriften in der Bundesrepublik so gut wie konkurrenzlos. Die Preiserhöhung ist allerdings so knapp kalkuliert, daß wir darüber hinaus dringend auf zusätzliche Spenden (Zahlkarte auf S. 28/29!) unserer Leser angewiesen sind.

Schließlich wenden wir uns an die einkommensstärkeren Leserkreise. Ihnen bieten wir an, sich zur Übernahme eines AIB-Förderabos bereitzuerklären, das statt der normalen 25,- DM dann 50,- DM oder - je nach individueller Einkommenslage - auch mehr kosten würde.

Wir appellieren an alle Freunde des AIB:
Helfen Sie mit das AIB im laufenden Jahr weiter zu stärken.
Werben Sie neue Abonnenten oder Förderabonnenten für das AIB!
Spenden Sie für das AIB!

Besten Dank
 Ihre AIB-Redaktion

AIB-Aktuell: Absagen an den Rüstungswahn

Noch vor gar nicht allzu langer Zeit war es Usus in Bonn, immer dann wenn Fakten über die Lieferung von bundesdeutschen Rüstungsgütern an Diktaturregimes enthüllt wurden, diese auf das heftigste zu dementieren. Im Zuge der Debatte um die Waffengeschäfte mit Chile (U-Boote) und Saudi Arabien ist dies in den letzten Monaten anders geworden.

Die Lieferung von 300 Leopard-II-Panzern und 1.700 Panzer-Fahrzeugen an Saudi Arabien (Geschäftsvolumen 1,2 Mrd DM) soll, geht es nach Bundeskanzler Helmut Schmidt, keine Ausnahme sein. Sondern sie soll am Anfang einer neuen Offensive im Waffenexportgeschäft stehen. Alles scheint darauf hinauszulaufen, das bislang verbal noch verfochtene Prinzip der Bonner Waffenexportpolitik, wonach die BRD keine Waffen in „Spannungsgebiete“ liefern dürfe, zu ersetzen durch ein sog. „nationales Interesse“ der Bundesrepublik – also alle Schranken einzureißen.

Um dies plausibel zu machen, werden die abstrusesten „Argumentationen“ präsentiert. So ist für SDP-Vize Hans-Jürgen Wischniewski Saudi Arabien kein Spannungsgebiet, obwohl vor seiner Haustür der Krieg Irak-Iran andauert (siehe AIB 1/1981), obwohl Riad als Waffenschlagplatz und Alliiertes des Aggressors Irak fungiert. Andere, so der FDP-Wehrexperte Jürgen Möllemann behaupten gar, gezielte Rüstungsexporte könnten ein „Element der Friedensförderung“ sein. SPD-Rechtsaußen Bruno Friedrich, Vizepräsident des Europaparlaments, hält die Panzerlieferungen an Saudi Arabien dann für vertretbar, „wenn für den Nahen Osten der Begriff 'Spannungsgebiete' fallengelassen und durch den Begriff 'Zone europäischer Sicherheitsinteressen' ersetzt wird“.

Fatal drängt sich hier die Parallele auf zu Ronald Reagans Neudefinition amerikanischer Sicherheitsinteressen, für die praktisch alles überall auf der Welt die „nationale Sicherheit“ der USA tangiert, um so als Voraus-Rechtfertigung eines direkten militärischen Eingreifens herzuhalten.

Ist Bonn jetzt auf demselben Weg? „Mittlerweile“, so gibt der Spiegel vom 26.1.1981 den Gedankengang des Kanzlers wieder, „sei die Bundesrepublik 'in eine neue Rolle' hineingewachsen: Die Wirtschaftsmacht Westdeutschland werde immer stärker gefordert, zum politischen Gleichgewicht nicht nur in Mitteleuropa, sondern auch anderswo in der Welt beizutragen.“

In Wirklichkeit, so resümiert der Spiegel, gehe es der Bundesregierung bei der debattierten All-Round-Freigabe des Waffenexports „um eine neue Definition der bundesdeutschen Rolle im weltpolitischen Spiel: weg von der Selbstbescheidung einer Mittelmacht, hin zu weltweitem Engagement im Verbund der westlichen Großmächte USA, Frankreich und England“. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, daß H. Schmidt Saudi Arabien als einen „Stabilitätsfaktor“ erster Ordnung im Nahen und Mittleren Osten deklariert, über dessen Aufrüstung Bonn einen Beitrag zur „Stabilisierung“ der ganzen Region leisten müsse.

Geht Bonn auf Reagan-Kurs?

In Wirklichkeit bedeutet der neue Kurs nicht mehr Stabilität, sondern eine Potenzierung der Spannungen am Golf und weltweit. Von untergeordneter Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, daß Bonn sich selbstredend durch das uneingeschränkte Ja, das es zu den Kernpunkten des Reagan'schen Konfrontationskurses gegeben hat, eine Erweiterung seiner eigenen weltmachtpolitischen Möglichkeiten erhofft.

Das Friedensbedrohende an einem solchen Verhältnis Bundesrepublik – USA wird überdeutlich, wenn R. Reagans neuer Außenminister Alexander Haig, ohne daß ein offizieller Vertreter der Bundesregierung auch nur zaghaften Widerspruch anmelden würde, öffentlich erklären kann, für ihn gäbe es „Bedeutenderes“ als „im Frieden zu sein“. Und wenn dann kurze Zeit später R. Reagans Pentagonchef Caspar Weinberger die Absicht Washingtons ausplaudert, jetzt doch die Produktion der Neutronenbombe und ihre Stationierung in Westeuropa in Angriff zu nehmen, ist es für die demokratische und Friedensbewegung in diesem Land höchste Zeit, Alarm zu schlagen.

Die letzten Wochen legen ein beredtes Zeugnis davon ab, wie einerseits die Bonner Führungskreise den weit in die Regierungsparteien hineinreichenden Unmut und Protest gegen den Rüstungswahn und die geplante BRD-Waffenexportoffensive am liebsten im Keime erstickten würden, wie andererseits die Bewegung gegen den neuen Konfrontationskurs aber dennoch an Kraft gewinnen konnte:

● Da stellten am 26. Januar d.J. 24 SPD-Abgeordnete im Bundestag den Antrag, den Rüstungsetat im laufenden Haushaltsjahr um 1 Mrd DM zu kürzen und die freiwerdenden Mittel für ein „Solidaritätspro-



1979 verpaßte Bundeskanzler H. Schmidt seinem „Freund“ A. Haig, damals NATO-Oberbefehlshaber und nun US-Außenminister, einen Bonner Verdienstorden. Den Orden „Wichtigeres als im Frieden sein“ vielleicht?

gramm zur Bekämpfung des Hungers, der Seuchen und des Analphabetismus in den zehn ärmsten Ländern der Dritten Welt“ zur Verfügung zu stellen.

● Da konstatierte SPD-MdB Karl-Heinz Hansen in einem Beitrag in Konkret vom Februar 1981, daß der Bundeskanzler „fortgesetzt gegen proklamiertes Selbstverständnis und programmierte Zielsetzung seiner Partei handelt“, und forderte den sofortigen Stopp der 3%-Erhöhung des Verteidigungshaushalts, die Kündigung des NATO-„Nachrüstungs“beschlusses vom 12. Dezember 1979 und die Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz, auf der „konkrete Schritte zur Abrüstung und für eine europäische atomwaffenfreie und entmilitarisierte Zone erarbeitet werden“. K.H. Hansen löste bei der Parteiführung ein hysterisches Kesselreiben aus, was seinerseits aber wachsende Solidaritätsbekundungen der Parteibasis nach sich zieht. Der Juso-Bundesvorstand solidarisierte sich geschlossen mit dem Abgeordneten.

● Selbst SPD-Präsidiumsmitglied Erhard Eppler, seinerzeit als Minister der Konstrukteure der „neuen“ neokolonialistisch-reformistischen Linie Bonns, wurde der Boden zu heiß. Er ließ in einem Spiegel-Interview vom 9.2.1981 verlauten, mit ihrer Absage an die Ratifizierung von SALT II hätten die USA die Geschäftsgrundlage des NATO-Atomraketenbeschlusses vom Dezember 1980 geändert und forderte: „Jetzt muß über die Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missiles noch einmal geredet werden... Wir müssen den Weg weisen aus dem Wahnsinn eines sich rasch beschleunigenden Rüstungswettlaufs. Ich nenne zwei Stichworte: Überprüfung des Nachrüstungsbeschlusses; Umrüstung der Bundeswehr in eine Armee, deren Verteidigungsbereitschaft nicht geringer wird, die aber durch Struktur und Bewaffnung zum Angriff völlig unfähig ist.“

● Abertausende Menschen haben bislang jenen Krefelder Appell unterschrieben, der im November 1980 von einem Forum der Friedensbewegung in der Bundesrepublik verabschiedet wurde und an dessen zentraler Stelle die Bundesregierung aufgefordert wird, „die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern zurückzuziehen“. Bis zum Ende des Jahres sollen 1 Mio Unterschriften gesammelt werden.

So unterschiedlich alle diese Initiativen und Stellungnahmen, so unterschiedlich die hinter ihnen stehenden Motive sein mögen, entscheidend ist: Es wächst der Unmut und die Unzufriedenheit in diesem Land mit dem Rüstungswahn der Herrschenden. Es greift die Erkenntnis um sich, daß Sicherheit für dieses Land weder gewährleistet werden kann durch immer neue Atomraketen noch durch Zügellosigkeit bundesdeutscher Waffenexporte (siehe Analyse von M. Brzoska). Und es wächst die Erkenntnis, daß die Abkoppelung der Bundesrepublik und Westeuropas vom gefährlichen Kriegskurs Washingtons immer mehr zur eigenen Überlebensfrage wird. Denn der Rüstungswahn ist nicht nur unmoralisch und zu teuer, sondern auch lebensgefährlich.

Michael Brzoska

Rüstungsexportoffensive in die Dritte Welt



Bundesdeutscher Exportschläger Leopard II. Saudiarabischer Waffenkäufer: König Khalid in Bonn

Wie selten zuvor geriet zum Jahreswechsel 1980/81 die Rüstungs- und Waffenexportpolitik der Bundesregierung ins Kreuzfeuer der Kritik (siehe AIB-Aktuell auf S. 3). Die heftig umstrittenen Exportgeschäfte mit Chile, Saudi Arabien (300 Leopard-II-Panzer u.a.) und die französisch-bundesdeutschen Rüstungslieferungen an den kriegführenden Irak (siehe Kasten) signalisieren, daß die Bonner Koalition auf ein Einreißen aller Schranken im Waffenexport zusteuert und hierin nur durch massiven Gegendruck abgeblockt werden kann.

Michael Brzoska, Diplom-Volkswirt, Mitarbeiter der Hamburger Arbeitsgruppe Rüstung und Unterentwicklung (bekannteste Repräsentanten sind U. Albrecht, P. Lock und H. Wulf) und Mitautor des Ende 1980 erschienenen rororaktuell-Buches „Aufrüsten um abzurüsten?“, verfolgt die bundesdeutsche Rüstungsexportpolitik bis in die 50er/60er Jahre zurück und gibt den derzeitigen Standort der BRD im internationalen Waffengeschäft (siehe auch Kasten) an. M. Brzoska macht deutlich: Bonn setzt an zum „Leoparden-Sprung“ in die Dritte Welt...

„Wir gewähren grundsätzlich keine Entwicklungshilfe für den Waffenexport. Nur in insgesamt geringfügigen Ausnahmefällen erlauben wir überhaupt Waffenlieferungen an Staaten außerhalb unseres eigenen Bündnisses...“¹ führte Bundeskanzler Helmut Schmidt 1978 vor dem Weltforum der UN-Sondervollversammlung für Abrüstung aus. Diese Aussage war schon 1978 unwahr, 1981 wirkt sie wie der reine Hohn.

Die Äußerung Bundeskanzler Schmidts, die von führenden Sozialdemokraten bis vor kurzem bei Stellungnahmen zum Thema Rüstungsexport nur geringfügig variiert wurde und sich auch im „Weißbuch 1979“ des Bundesverteidigungsministeriums findet, spiegelte nicht die Realität, sondern – soweit man vermuten kann – politisches Wunschdenken. Denn die Sozialdemokraten und Helmut Schmidt an ihrer Spitze sind 1969 mit dem Versprechen angetreten, die Rüstungsexporte strikt zu kontrollieren – statt dessen sind

sie unter sozialliberalen Regierungen mit einer Rate angewachsen, die unter den größten Rüstungsexporturen der Welt (USA, UdSSR, Frankreich, Großbritannien, Italien) kein anderes Land zu verzeichnen hatte (siehe Schaubild 1).

Inzwischen würde Bundeskanzler H. Schmidt die zitierte Äußerung wohl nicht mehr von sich geben – nicht nur weil das Ausmaß der Rüstungsexporte immer bekannter wird, sondern auch, weil er sie politisch nicht mehr tragen würde. Die Begrenzung der Rüstungsexporte ist nicht mehr nur durch das faktische Verhalten der Bundesregierung als oberster Genehmigungsbehörde in Frage gestellt, sondern auch, weil Rüstungsexporte wieder zu einem politischem Instrument zu werden scheinen.

Sozialliberale „Grundsätze“ über Bord?

In diesem Zusammenhang ist die Diskussion um Rüstungsexporte nach Saudi Arabien entscheidender als die um Exporte nach Chile. Denn die Exporte von U-Booten nach Chile wären „nur“ die letzte Konsequenz von Grundentscheidungen zur Rüstungsexportpolitik, die in die Koalitionsverhandlungen über eine sozialliberale Regierung 1969 mit eingebaut wurden. Rüstungslieferungen nach Saudi Arabien aber wären das Ergebnis politischer Überlegungen innerhalb der Regierung 1980 und für die Zukunft. Ihre Grundlagen wären nicht die Auslastung von Kapazitäten in der bundesdeutschen Rüstungsindustrie oder die Nicht-Verwendbarkeit von bestimmten Waffensystemen bei internen Auseinandersetzungen, sondern die „Arbeitsteilung“ innerhalb des NATO-Bündnisses, die Versorgung mit Öl und die Stärkung der bundesdeutschen Wirtschaft insgesamt. Wird die Lieferung von U-Booten nach Chile genehmigt (die Exportgenehmigung steht noch aus), wäre dies eine schwere Niederlage für die Chile-Solidaritätsbewegung und der Gesichtverlust für einen großen Teil der Sozialdemokratischen Partei, der dieser Bewegung ihre Teilnahme zugesagt hat.

Wird die Lieferung von mehreren tausend gepanzerten Fahrzeugen² an Saudi Arabien genehmigt, verläßt die Bundesregierung endgültig die Linie eines grundsätzlich nichtmilitärischen Ansatzes der Versorgung mit Rohstoffen und der nichtmilitärischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion in der Dritten Welt. Die Einreihung in die militärische Strategie eines neuen Kalten Krieges der USA in der Dritten Welt wäre unverkennbar.

Es ist nicht leicht, hinter der Rüstungspolitik der Bundesregierung – die nur sehr selten eine Rüstungsexportkontrollpolitik war – die politische Kontinuität zu entdecken. Zu chaotisch erschien da die Genehmigungspraxis der sozial-liberalen Bundesregierungen.

Dabei hatte sich die Regierung 1971 selbst Grundsätze verordnet,³ nach denen die Rüstungsexporte zu kontrollieren seien. Diese Grundsätze, 1978 noch einmal bestätigt, scheinen aber in der Rüstungsexportkontrolle, zumindest auf hoher Ebene, nur eine recht untergeordnete Rolle gespielt zu haben. Als mit der Beschäftigungskrise ab 1974 immer mehr Rüstungsbetriebe die Parole „Rüstungsexporte oder Arbeitsplätze“ ausgaben, blieben nur wenige Gesuche um Waffenexporte ohne Genehmigung. Dabei wurde aber immer, wenn kritische Stimmen nachfragten, auf die restriktive Politik hingewiesen. Immer neue Begründungen für „Ausnahmen“ wurden geliefert.

Die große Offensive im Rüstungsexport, in deren Rahmen auch Wirklichkeit und politische Legitimation wieder in Übereinklang gebracht werden sollen, kündigte sich im Sommer 1980 an.⁴ Vermutlich mit Rücksicht auf die Bundestagswahlen vom Oktober 1980 begann sie erst zum Jahreswechsel 1980/81.

Noch ist nicht ausgeschlossen, daß eine Rückkehr der Rüstungsexportkontrollpolitik in die Zeit vor 1966 verhindert werden kann. Aber die Kräfte, die auf eine Rückkehr zum Kalten Krieg drängen, sind auch in der Bundesrepublik stark. Die Kontinuitäten und Brüche in der Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik zeigt die Betrachtung der Entwicklung seit dem Ende des 2. Weltkrieges.

Die ersten Jahre bundesdeutscher Rüstungsexporte

Die Rüstungsproduktion der ersten Jahre war ausschließlich eine Rüstungsexportproduktion. Vermutlich schon vor 1951, als die westlichen Alliierten ihr totales Rüstungsproduktionsverbot in eine Aufsicht über die Rüstungsproduktion umwandelten, war auf dem Gebiet der 3 Westmächte wieder mit Rüstungsproduktion begonnen worden. Aber da die Bundeswehr erst ab 1955 begann, Waffen und Ausrüstungsmaterial abzunehmen, mußte exportiert werden: z.B. Schnellboote nach Ekuador, Minenräumboote nach Indonesien, Panzermotore in die Schweiz.⁵

In den nächsten zehn Jahren, zwischen 1955 und 1965, war die bundesdeutsche Rüstungsindustrie nur zu wenigen Rüstungstransfers in der Lage. Die Wiederaufrüstung überforderte die vorhandenen Kapazitäten, so daß importiert werden mußte. Die Exporte von Rüstungswaren wuchsen trotzdem stark, aber nicht weil neue Waffen Käufer in der Dritten Welt gefunden hätten, sondern weil die Bundeswehr nach und nach ihre allererste Waffenausstattung im Ausland verschenkte. Darunter waren vor allem Flugzeuge, die unter anderem nach Griechenland, in die Türkei, den Iran, nach Venezuela, Indien, Pakistan, Nigeria, Tansania und Israel gingen.

Diese und andere Geschäfte wurden durch die Privatfirma Merex im Auftrag der Bundesregierung abgewickelt. Merex brachte der Bundesregierung große internationale und innenpolitische Schwierigkeiten, als 1965 bekannt wurde, daß für den Iran vorgesehene F-86-Jagdbomber in Pakistan und

angeblich nach Italien verbrachte Seahawk Jagdbomber in Indien auftauchten. Indien und Pakistan führten 1965 Krieg gegeneinander.

Offiziell wurde Merex nicht mehr mit Waffengeschäften betraut⁶ – inoffiziell aber arbeitete die Firma weiter für die Bundesregierung und den Bundesnachrichtendienst. Als eine Reihe von dunklen Geschäften aus der Zeit der großen Koalition rufbar wurden, die u.a. den CDU-Politiker Karl Carstens belasteten, schied der Firmenbesitzer Mertins.

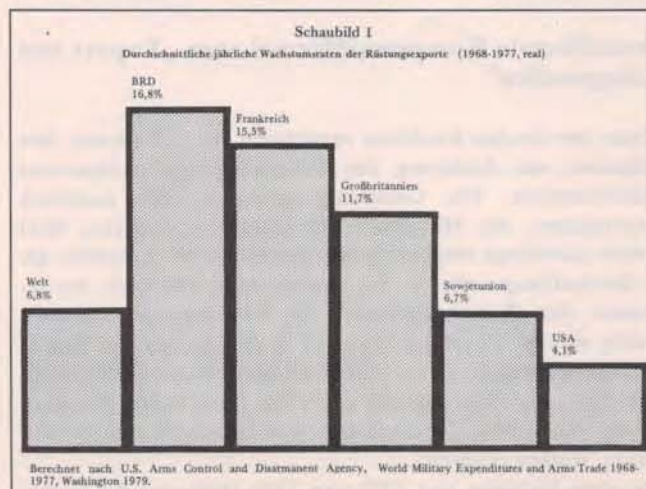
Aber zurück in die 60er Jahre. Transfers veralteter Waffen der Bundeswehr machten nur einen Teil der bundesdeutschen Militärhilfe aus. Daneben wurden Schiffe, Winterkleidung, Lazarette, Fallschirme und vor allem Ausbildungspersonal zur Verfügung gestellt. Weitaus größter Empfänger war Israel mit Lieferungen im Wert von ca. 240 Mio DM, gefolgt vom Sudan mit 120 Mio DM und Nigeria mit 100 Mio DM.⁷

Die Rüstungsexportpolitik der CDU-geführten Bundesregierung paßte sich also in das von den USA vorgegebene Schema der Militarisierung der Dritten Welt gegen die Sowjetunion ein. Während die USA vor allem die Staaten an der Grenze zur Sowjetunion und in Lateinamerika mit Waffen versorgten, nahm die Bundesrepublik als (noch) kleines Rad im Getriebe einige afrikanische Länder in die militärstrategische Obhut.

Israel erhielt die Militärhilfe vor allem im Rahmen der „Wiedergutmachung“. Gerade diese Lieferungen brachten die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung zu Fall: Die ägyptische Regierung erkannte trotz Hallstein-Doktrin 1965 die DDR diplomatisch an, als das ganze Ausmaß der Lieferungen bekannt wurde (siehe im einzelnen: AIB 2/1979, S. 10-13; d. Red.).

Dieser Fall plus die Lieferung an Indien und Pakistan machten auch der Bundesregierung deutlich, daß Rüstungsexporte irgendwie beschränkt werden mußten, wollte die Bundesregierung vor dem Grundgesetz halbwegs glaubwürdig bleiben.

Im Grundgesetz heißt es in Artikel 26: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen. Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“ Das im Grundgesetz angekündigte Gesetz war fast 12 Jahre später, im April 1961, in Kraft getreten (Kriegswaffenkontrollgesetz). In ihm wurde das Verbot der Lieferung bei Gefahr der Verwendung in einem Angriffskrieg wiederholt. Als zusätzliches Versagungsgebot für eine Genehmigung fand die Vorschrift Aufnahme, daß völkerrechtliche Verpflichtungen



der Bundesrepublik nicht verletzt oder in ihrer Erfüllung gefährdet werden dürften (§ 6 Kriegswaffenkontrollgesetz). Schließlich kann nach dem Gesetz (§ 5) die Genehmigung versagt werden, wenn „Grund zu der Annahme besteht, daß eine Lieferung dem Interesse der Bundesrepublik an der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu anderen Ländern“ zuwiderlaufen würde.

Diese gesetzlichen Vorschriften lassen sich in jeder Richtung interpretieren. Glasklar verboten sind Lieferungen im Falle eines Angriffskriegs – ansonsten gibt es viel Interpretationsspielraum. Ob etwa ein Angriffskrieg vorbereitet wird oder ob völkerrechtliche Verpflichtungen gefährdet werden, liegt nach diesen gesetzlichen Vorschriften in der Beurteilungsmacht der Genehmigungsbehörden (= der Bundesregierung). Sicherlich läßt sich die gesetzliche Lage auch dahingehend interpretieren, daß eigentlich jeder Rüstungsexport verboten sein müßte, da bei keinem Land ausgeschlossen werden kann, daß gelieferte Waffen zu einem Angriffskrieg benutzt werden. Aber eine solche Interpretation ist juristisch nicht durchsetzbar. Notwendig ist eine genauere Fassung gesetzlicher Vorschriften.

Angesichts der politischen Krise des Jahres 1965 schlug die SPD-Fraktion eine solche Gesetzesänderung vor. Nur Waffenlieferungen in NATO-Mitgliedsstaaten sollten gemäß dem erweiterten Kriegswaffenkontrollgesetz erlaubt sein, es sei denn völkerrechtliche Verpflichtungen würden dadurch verletzt.⁸ Die Regierung Ehrhardt wollte nicht so weit gehen. Sie führte stattdessen das Verbot der Lieferungen in „Spannungsgebiete“ ein – aber nicht ins Kriegswaffenkontrollgesetz, sondern als interne Anweisung für die untergeordneten Genehmigungsbehörden. Damit hoffte man in Zukunft Peinlichkeiten wie Pakistan/Indien und Israel/Ägypten vermeiden zu können, ohne die gesetzliche Lage zu verändern. Dadurch sollte verhindert werden, der bundesdeutschen Rüstungsindustrie, deren Kapazitäten nach dem Abebben der ersten Beschaffungswelle für die Bundeswehr nicht mehr allein national auszulasten waren, das Geschäft mit dem Rüstungsexport zu verderben.

Der Begriff „Spannungsgebiet“ ist – wenn er nicht genauer definiert wird – wenig geeignet, Rüstungsexporte zu begrenzen. Denn „Spannungen“ sind in der Dritten Welt die Regel. Die soziale und ökonomische Krise in der Dritten Welt führt an verschiedensten Stellen zur Anwendung militärischer Gewalt, nach innen und außen, ohne daß dies vorhersehbar ist. Konsequenz ausgelegt führt der „Spannungsgebiet“-Begriff dazu, nur an ganz wenige Länder mit intakten politischen und sozialen Strukturen zu liefern – in der Auslegung des Auswärtigen Amtes, das für die Bundesregierung die „Spannungsgebiete“ festlegt, sind „Spannungsgebiete“ auf solche Länder beschränkt, die in oder kurz vor militärischen Auseinandersetzungen stehen.

Sozialliberale Kompromißformel zum „Export von Kriegswaffen“

Unter der Großen Koalition verzichtete die SPD darauf, ihre Initiative zur Änderung des Kriegswaffenkontrollgesetzes durchzusetzen. Die Genehmigungspraxis blieb praktisch unverändert, die Militärhilfe in Länder der Dritten Welt wurde allerdings eingeschränkt. Das langsame Anlaufen der 2. Beschaffungswelle für die Bundeswehr ließ auch das Interesse der Rüstungsindustrie an Rüstungsexporten zeitweilig sinken. Zentral blieb auch in dieser Zeit der Begriff „Spannungsgebiete“. Trotzdem wurden etwa nach Portugal, das Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre seine Kolonialkriege in Angola, Mocambique und Guinea-Bissau intensivierte, Waffen geliefert.

Mit dem Wahlsieg von SPD und FDP 1969 war die Erwar-



Wandzeitung der Befreiungsbewegung PAIGC von 1973: Diese abgeschossenen Flugzeuge der portugiesischen Kolonialkriegstruppen stammten aus BRD- bzw. NATO-Beständen

tung verbunden gewesen, daß Rüstungsexporte in die Länder der Dritten Welt nachhaltig eingeschränkt werden würden. Zu dieser Erwartung gaben z.B. die Äußerungen des damaligen Bundesverteidigungsministers Helmut Schmidt Anlaß, der in einem Interview mit der Rüstungszeitschrift Wehr und Wirtschaft erklärte: „In Bezug auf den Export von Waffen und Waffensystemen habe ich mir in den 50er Jahren als Bundestagsabgeordneter eine grundsätzliche Meinung gebildet, gemeinsam mit Freunden, die ich in den 60er Jahren und auch seitdem ich Bundesminister der Verteidigung bin, nicht geändert habe... Die Bundesregierung sollte sich beschränken auf die Partnerländer des nordatlantischen Bündnisses. Nicht liefern aber sollte sie – und auch nicht die Lieferung befördern – an Länder außerhalb unseres Bündnisses.“⁹

Statt einer Gesetzesänderung im Sinne des 1966 vorgeschlagenen Entwurfes tat sich auf juristischem Gebiet zunächst gar nichts. Dafür wurden Geschäfte, die noch während der Großen Koalition gegen Opposition aus den Reihen der SPD abgeschlossen worden waren, abgewickelt; so von Kriegsschiffen, Militärtransportflugzeugen und Kleinwaffen an das kriegführende Portugal und von U-Booten an das Obristen-Regime in Griechenland. Während sich diese Exporte noch mit der Formel der NATO-Zugehörigkeit rechtfertigen ließen, stand z.B. die Genehmigung des Exportes von 3 Schnellbooten nach Ekuador 1970 in klarem Widerspruch zu den verkündeten Absichten des Bundesverteidigungsministers.

Für diese windelweiche Haltung der sozialliberalen Koalition in Sachen Rüstungsexporte schon zu ihrem Beginn wird von Insidern die Haltung der FDP verantwortlich gemacht.¹⁰ Die FDP, liberaler Wirtschaftspolitik verpflichtet und aus Prinzip gegen jede Beschränkung der Wirtschaft, beharrte

auf der Beibehaltung des alten Begriffes des „Spannungsgebietes“.

Im Juni 1971 einigte man sich auf einen Kompromiß. Die neuen Exportkontrollen sollten nicht gesetzlich verankert, sondern als Kabinettsrichtlinien für die Genehmigungspraxis verbindlich sein. Die entscheidende Kompromißformel der „politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern vom 16. Juni 1971“ lautet: „Als ein weiterer Beitrag zur Sicherung des Friedens in der Welt soll der Export von Kriegswaffen in Länder außerhalb des Bündnisses grundsätzlich unterbleiben. Der Export sonstiger Rüstungswaren ist soweit wie möglich zu beschränken.“¹¹

Im weiteren wird dann das „grundsätzlich“ erläutert. „Grundsätzlich“ sind da wiederum nur Lieferungen von Kriegswaffen in „Spannungsgebiete (Festlegung durch das Auswärtige Amt)“ verboten. In „sonstige Länder“ sind sie mit Ausnahmegenehmigungen in Einzelfällen aufgrund besonderer politischer Erwägungen möglich. Für sonstige Rüstungsgüter, d.h. Rüstungsgüter nach dem Außenwirtschaftsgesetz, aber nicht Kriegswaffen nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz, sollen Genehmigungen für Länder in Spannungsgebieten nur erteilt werden, „wenn eine Störung der auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu befürchten“ ist. Für sonstige Rüstungsgüter in „sonstige Länder“ sollen Genehmigungen nur erteilt werden, soweit die im Rahmen der entsprechenden gesetzlichen Vorschriften zu schützenden Belange nicht gefährdet sind“.

Inhaltlich also bedeuteten die „Grundsätze“ nur einen sehr geringen Fortschritt gegenüber der Situation seit 1966. Die Willkür wurde damit allerdings schriftlich fixiert und für Außenstehende leichter feststellbar. Die FPD, die das Auswärtige Amt kontrollierte und kontrolliert, hatte eindeutig mehr von ihren Vorstellungen durchbringen können als der Teil der SPD, der einer Meinung mit Helmut Schmidt war.

Rüstungsexportboom in den 70er Jahren zu 3/4 in die Dritte Welt!

Wie wenig die Grundsätze zur Kontrolle der Rüstungsexporte geeignet waren, zeigte sich bereits Anfang der 70er Jahre, noch stärker aber gegen Ende der 70er Jahre (vgl. Schaubild 2). Die bundesdeutschen Rüstungsexporte stiegen stark an und überschritten vermutlich¹² 1977 erstmals die 2-Mrd-DM-Marke.

Die meisten dieser Rüstungsexporte gingen in Länder der Dritten Welt – nach Angaben der US-amerikanischen Abrüstungsbehörde ACDA ca. 3/4 des gesamten Transfervolumens.¹³ Eine Liste der Empfänger bundesdeutscher Rüstungslieferungen vornehmlich der 70er Jahre, die sich aus verschiedenen Quellen zusammenstellen läßt, verzeichnet 80 Länder in der Dritten Welt (siehe Schaubild 3).

Wichtigste Quelle, neben der Veröffentlichung der US-amerikanischen Abrüstungsbehörde ist dabei ein regierungsamtlicher „Überblick“ über die bundesdeutschen Rüstungsexporte, den der Spiegel im April 1979 veröffentlichte. Der Vergleich dieser beiden Quellen zeigt gravierende Unterschiede, die auf unterschiedliche Definitionen von „Rüstungsgut“ und unterschiedliche Erfassungskriterien zurückzuführen sind. Im „Überblick“ sind vermutlich Lieferungen, die über NATO-Partnerstaaten der Bundesrepublik abgewickelt wurden (vgl. unten) nicht miteinfaßt.

Trotzdem zeigen beide Quellen übereinstimmend, wer die meisten Waffen aus der Bundesrepublik 1978 erhielt: der Iran unter dem Schah-Regime (über 1 Mrd DM). Danach folgen laut „Überblick“: Argentinien, Nigeria, Ekuador und Venezuela, laut ACDA: Algerien, Ägypten und Venezuela.

Insgesamt wurden nach einem US-amerikanischen Kongreßbericht zwischen 1974 und 1979 Rüstungsgüter für 5 Mrd DM aus der Bundesrepublik in Länder der Dritten Welt exportiert.¹⁴

Was für Waffen wurden hauptsächlich geliefert? ¹⁵ An erster Stelle stehen vom Wert her die Exporte von Kriegsschiffen. In den 70er Jahren wurden geliefert:

- U-Boote an Argentinien, Ekuador, Griechenland, Indonesien, Kolumbien, Peru, die Türkei und Venezuela,
- Schnell- und Patrouillenboote an Abu Dhabi, Argentinien, Ekuador, Ghana, Iran, Malawi, Nigeria, Saudi Arabien, Singapur und die Türkei,
- Fregatten an Nigeria,
- Landungsschiffe an Nigeria, Korvetten an Portugal und Minensuchboote an Brasilien.

An zweiter Stelle sind Flug- und Panzerabwehrraketensysteme zu nennen, u.a. an Brasilien, den Libanon, die VR China, Syrien, Ägypten, den Iran, Südafrika, Kuwait, Irak, Chile und Argentinien. Diese Lieferungen erfolgten größtenteils über Frankreich, teilweise über Italien (siehe unten).

Eine bundesdeutsche Spezialität sind Kleinwaffen und Anlagen zur Herstellung von Kleinwaffen. Das Standardgewehr der Bundeswehr etwa, das G 3 von Heckler und Koch wird in 36 Ländern der Dritten Welt benutzt. Munitionsfabriken und Kleinwaffenfabriken wurden u.a. in Algerien und im Iran aufgebaut.

Der Export von Flugzeugen aus bundesdeutscher Fertigung läuft erst langsam an. Bis vor wenigen Jahren wurden lediglich Klein-Transportflugzeuge der Typen Do 28 und F 27 und 28 (in Zusammenarbeit mit Fokker, Niederlande) ausgeführt. Inzwischen beginnen die Lieferungen von Hub-



schaubern des Typs Bo 105 (u.a. nach Chile, den Philippinen, Nigeria, Sudan und VR China) und des Alpha-Jets (nach Togo, Elfenbeinküste, Marokko, Nigeria und Oman) wertmäßig eine Rolle zu spielen.

Das einzige Gebiet auf dem in den 70er Jahren der Export restriktiv gehandhabt wurde, sind die gepanzerten Fahrzeuge. Exportanträge für den Export von Leopard-Panzern nach dem Iran und von Marder-Schützenpanzern nach Ekuador wurden Mitte der 70er Jahre abschlägig beschieden. Inzwischen aber wird in Argentinien ein Panzer nach bundesdeutschen Blaupausen produziert: der TAM, der dem Marder nachempfunden ist. Weiterexporte nach Pakistan und China sind im Gespräch.

Nicht allen diesen und den anderen Geschäften, die den Rüstungsexport so ansteigen ließen, hat die Bundesregierung ausdrücklich zugestimmt.

Militärlastkraftwagen, Motore für Panzer und Kriegsschiffe z.B. gelten nach den bundesdeutschen Gesetzen weder als „Kriegswaffen“ noch als „Sonstige Rüstungsgüter“. Bei ihrem Export wird nach Genehmigungen gemäß Kriegswaffen-

Schaubild 3

Empfängerländer bundesdeutscher Rüstungstransfers
Nicht-NATO-Staaten

(1) Land	(2) Lieferungen laut ACDA 1967-76 in Mio DM	(3) Lieferungen laut ACDA 1967-77 in Mio DM	(4) Lieferungen laut „Überblick...“ in Mio DM, 1974-78	(5) Lieferungen laut „Zusammenfassen- der Überblick...“ in Mio DM, 1976-78	(6) Kriegswaffen	(7) Teile von Waffen	(8) Fertigungs- unterlagen	(9) Fabrikations- anlagen
Ägypten	345	350						x
Äthiopien	15	10						x
Afghanistan	—	—			x			
Algerien	395	530				x		
Angola	—	25						
Argentinien	150	75	120	434	x	x	x	x
Bangladesh	—	—			x	x	x	x
Bolivien	—	—			x	x		x
Brasilien	100	75			x	x		x
Brunei	—	—			x	x		
Burma	15	25			x	x		x
Burundi	15	10						
Chile	5	—			x			
Ecuador	65	200	321		x	x		x
El Salvador	5	—			x	x		
Ghana	115	25				x		
Guatemala	—	—				x		
Guyana	—	—			x			
Hongkong	—	—			x	x		
Indien	30	25				x		x
Indonesien	15	10			x	x		x
Irak	115	150				x		
Iran	900	1000	120	960	x	x	x	x
Israel	15	—			x	x		x
Kamerun	15	—						
Kenia	5	10			x	x		
Kolumbien	135	100			x	x		x
VR Kongo	5	—						
Kuweit	65	50						
Libyen	50	200						x
Malaysia	5	10			x	x		x
Marokko	35	100						
Mauritius	—	—			x			
Mexiko	—	—			x			
Nepal	—	—			x			x
Nikaragua	—	—			x	x		
Niger	5	10						x
Nigeria	65	25	435	56	x	x	x	x
Nordkorea	—	25						
Oman	—	—				x		
Pakistan	15	25			x	x		x
Paraguay	—	—			x	x		x
Peru	295	150			x	x		x
Philippinen	5	25			x			x
Qatar	—	—						x
Sambia	15	10						
Saudi Arabien	35	10		57		x		
Singapur	30	25			x	x	x	x
Somalia	15	25						
Sudan	5	—			x	x		x
Südkorea	—	50				x		
Syrien	115	10						x
Taiwan	—	—				x		
Thailand	15	25	16		x	x		x
Trinidad	—	—			x			
Tunesien	15	25				x		
Uruguay	—	—			x	x		
Venezuela	135	300	164		x	x		x
Vereinigte Arab. Emirate	—	225				x		x
Zaire	50	50						

(Quellen: (2) ACDA, World Military Expenditures and Arms Transfers, 1967-76, Washington 1979; (3) ACDA, World Military Expenditures and Arms Transfers, 1968-77, Washington 1979; (4) -(9) nach der Spiegel 14/79; soweit nicht anders angegeben, umfassen die Angaben den Zeitraum 1969-1979)

kontrollgesetz oder Außenwirtschaftsgesetz nicht gefragt. In den bundesdeutschen Vorschriften wird nach dem Prinzip verfahren, daß nur ausschließlich militärisch nutzbare Waren kontrolliert werden, auch militärisch nutzbare Waren hingegen nicht.

Die bekannten Mercedes-Benz-Unimogs z.B. sind bei vielen Militärs in der Dritten Welt im Einsatz. Sie waren es z.B. in Uganda unter Idi Amin und in Nikaragua unter Anastasio Somoza. Der Hubschrauber Bo 105 von Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) wird auch in zivilen Versionen geliefert, ist aber als Aufklärer und Transporthubschrauber dadurch nicht weniger leicht militärisch nutzbar. Nach Chile z.B. wurde die „zivile“ Version geliefert.

Mercedes-Benz-Motore treiben beispielsweise die brasilianischen Radpanzer EE-9 Cascavel und EE-11 Urutu an, die unlängst die schwierige Wüstenfahrt von Libyen nach N'djamena im Tschad gut überstanden. 2/3 aller Schnellbootmotoren, darunter auch die in den südafrikanischen S-Booten der „Rafael“-Klasse stammen aus deutscher Produktion, von MTU Friedrichshafen. Spezialwerkzeugmaschinen, die für die Herstellung von Zündern oder Kleinwaffen geeignet sind, gingen – ohne Genehmigungserfordernis – an eine Reihe von Ländern, ebenso wie elektronische Bauteile und Komponenten.

Freiwillig verzichtet auf eine Kontrolle hat die Bundesregierung auch beim Transfer von Konstruktionszeichnungen und sonstigen Fertigungsunterlagen für Waffen, Munition und Kriegsgerät, obwohl diese nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz (§ 7 Abs. 2) möglich gewesen wäre. So dürfte der Nachbau des Gewehres G 3 von Heckler und Koch in insgesamt 6 Länder in der Dritten Welt nicht genehmigt worden sein. Unklar ist der Fall beim TAM-Panzer, der in Argentinien nachgebaut wird. Hier wurden 2 Busteiltypen bei Thyssen-Henschel in Kassel gefertigt und als Baumuster nach Argentinien exportiert – also ein genehmigungspflichtiger Transfer. Der spektakulärste Fall in dieser Richtung betrifft den Nachbau von Schnellbooten der Firma Lürssen in Israel und deren Export nach Südafrika.

Der ökonomisch gesehen wichtigste Weg, die Anfrage nach einer Exportgenehmigung zu umgehen, war in den 70er Jahren die Zusammenarbeit bundesdeutscher Rüstungsfirmen mit ausländischen Rüstungsfirmen. Der Export in NATO-Länder wird, wie oben beschrieben, grundsätzlich nicht begrenzt.

Eigentlich ist nach den Grundsätzen der Verbleib dieser Waffen in NATO-Staaten durch eine Endverbleibsklausel festzustellen, aber diese Bestimmung hat den Rüstungsexport über Drittländer nicht einschränken können. Zum einen hat die Bundesregierung z.B. Frankreich gegenüber in einem Rahmenabkommen von 1972 auf diese Kontrolle verzichtet. Zum anderen sind Komponenten von Waffensystemen halt oft als zivile Waren deklarierbar und werden erst nach dem Zusammenbau von Teilen im Ausland als Waffen eindeutig erkennbar.

In großem Stil betreibt MBB in Zusammenarbeit mit der französischen Firma Aerospatiale dieses Umgehungs-geschäft. Die gemeinsame Tochterfirma Euromissile mit Sitz in Paris hat lediglich 130 Angestellte – sie vertreiben die Lenkwaffen, die diese Firma angeblich herstellt, lediglich. Hergestellt werden sie zur Hälfte in Frankreich und zur Hälfte in der Bundesrepublik. Ein Großteil des Umsatzes (1978 ca. 1 Mrd DM) wird im Export gemacht.

MBB arbeitet auch mit anderen Firmen aus NATO-Ländern zusammen, so mit der italienischen Firma Oto-Melara (auch auf dem Gebiet der Panzerabwehrwaffen) und mit der belgischen Firma Poudre Reunis Belge (zur Herstellung der Panzerfaust Armbrust). Weitere Konsortien haben Krauss-Maffei mit Oto Melara in Italien (Leopard-Nachbau), Dynamit Nobel mit Muiden Chemie, Niederlande (Munitions-

Stand des internationalen Waffenexportgeschäfts

Die letzten 10 Jahre werden, was die Dritte Welt betrifft, wahrscheinlich nicht als Entwicklungsdekade, sondern als „Rüstungsdekade“ in die Geschichte eingehen. So problematisch die zur Verfügung stehenden Angaben über den internationalen Waffenhandel auch sein mögen, realistisch dürfte es sein, davon auszugehen, daß das Volumen der weltweit getätigten Waffenexporte gegenwärtig bei etwa 20 Mrd Dollar liegt. Dabei schließen Rüstungstransfers weit mehr ein als den Export von Munition und Waffen. Hinzugezogen werden müssen neben verschiedenen Zusatzgeräten und Ersatzteilen, die ein Waffenexportgeschäft in der Regel begleiten oder nach sich ziehen, vor allem Transfers von militärischen Produktionsanlagen, Produktions-Know-How und von Personal. Gerade die Bedeutung dieser letztgenannten Transferformen ist in den letzten Jahren erheblich gewachsen.

Nach Angaben der US-Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (ACDA) haben sich die Waffenexporte in der Periode von 1968 bis 1977 verdoppelt und wiesen eine jährliche Zuwachsrate von durchschnittlich über 9% auf, wobei die Steigerungsraten besonders in den Jahren 1971-73 und 1975-77 überdurchschnittlich hoch waren. Nach Angaben des Stockholmer SIPRI-Instituts gingen in den 70er Jahren 74,3% aller Großwaffentransfers in Länder der Dritten Welt und 25,7% in industrialisierte Länder. ACDA gibt an, daß die Importe der Entwicklungsländer 1968 noch 68% des internationalen Waffenhandels ausmachten und 1977 schon 78% betragen.

Westliche Spitzenexporteure: USA, Frankreich, Großbritannien, BRD

Eindeutiger Schwerpunkt des internationalen Waffenhandels war am Ende der 70er Jahre der Nahe und Mittlere Osten, der allein 39,4% der transferierten Waffen auf sich vereinigte (1968 noch 11,8%). Danach folgen Europa mit 25,3%, Afrika mit 16,6% (1968 noch 2,5%), Ostasien mit 6,4% (1968 noch 38,5% – Indochinakrieg!), Lateinamerika mit 5,8% (1968: 2,9%) und Südasiens mit 4,2% (1968: 5,2%). Innerhalb des Nahen und Mittleren Ostens entfielen 1977 wiederum 64% der gesamten Waffenimporte auf nur drei Länder: den Iran, Israel und Saudi Arabien.

„Nach politischen Gesichtspunkten eingeordnet,“ heißt es im neuesten SIPRI-Jahrbuch 1980/81, „bleibt der Waffenexport in starkem Maße eine westliche Angelegenheit: während der 70er Jahre kamen 66% der Lieferungen von Großwaffen aus NATO-Mitgliedsstaaten, während die Mitgliedsstaaten der Warschauer Vertragsorganisation für 28% verantwortlich waren.“

Nach ACDA-Angaben ergibt sich für 1977 unter den westlichen Großwaffenlieferanten (gerechnet nach den Anteilen am Weltmarkt) folgende Rangfolge: USA – 39,2%, Frankreich – 7,4%, Großbritannien – 4,7% und Bundesrepublik Deutschland – 4,5%. Die Erhöhung der Anteile westeuropäischer Lieferländer ging dabei vor allem auf Kosten der USA, die noch 1968 über 50% der welt-



Bundesdeutsche U-Boote der 3. Klasse 209; nach Argentinien jetzt Chile?

weiten Waffenexporte stellte, während die BRD zu diesem Zeitpunkt im internationalen Vergleich eine vernachlässigenswerte Größe darstellte. „Das Wachstum bundesdeutscher Waffenexporte,“ konstatiert SIPRI, „ist eine neue Entwicklung der 70er Jahre und besonders des Zeitraums 1975-79.“

„Verkäufe (von Waffen; d. Red.) aus der Bundesrepublik haben während der 70er Jahre in alle Regionen der Dritten Welt zugenommen, am spektakulärsten nach Südamerika. Insbesondere in Westdeutschland gebaute Unterseeboote, Schnellboote und Fregatten werden für Käufer aus der Dritten Welt zunehmend attraktiv. Dies geschah vor dem Hintergrund wiederholter Versicherungen der Bonner Regierung, daß eine restriktive Rüstungsexportpolitik verfolgt würde, zuletzt betont im 1979er Weißbuch zur Verteidigung.“ (SIPRI)

Mit der quantitativen Explosion der Waffenexporte und den Verschiebungen auf Seiten von Anbietern und Nachfragern ging in den 70er Jahren auch eine Erhöhung der Zahl der importierenden Länder und ein Wandel zum Export hochkomplexer Waffensysteme einher. 1960 operierten z.B. erst vier Entwicklungsländer mit Überschallflugzeugen. 1977 schon 47. Die Zahl der Entwicklungsländer, die 1977 im Besitz von gepanzerten Militärfahrzeugen waren, wuchs seit 1960 von 38 auf 83 an. Einige Länder der Dritten Welt, besonders Brasilien, Israel, Indien und Südafrika, verfügen heute über ein bedeutendes militärisches Produktionspotential und sind selbst zu Waffenexporteuren geworden.

In diesen Entwicklungen spiegelt sich auch eine bemerkenswerte Veränderung der internationalen Transfermethoden wider. Militärhilfsprogramme, wie sie die USA u.a. vor allem in der Periode des Kalten Krieges auf der Basis von Schenkungen durchführten, wurden mittlerweile weitgehend durch den Waffenhandel auf kommerzieller Basis abgelöst. Träger und Nutznießer dieses Waffenhandels sind in erster Linie die transnational operierenden Rüstungskonzerne.



Von Befreiungskämpfern im südlichen Afrika zerstörter Mercedes

Produktion), Rheinmetall mit De Kruitborn, Niederlande (Munition), Dornier mit Dassault, Frankreich (Produktion des Alpha-Jet) und Rheinmetall mit FMC, USA (Bau eines gepanzerten Mehrzweck-Feuerunterstützungs-Kampffahrzeugs) aufgebaut. Exporte erfolgen grundsätzlich aus den NATO-Drittländern, in denen Rüstungsexporte noch weniger kontrolliert werden als in der Bundesrepublik.

Schließlich hat die Bundesregierung in einer Reihe von Fällen die Fakten so gebogen, bis sich eine Lieferung im Rahmen der bestehenden Vorschriften genehmigen ließ. So wird der Alpha-Jet, der als Trainings- und auch als Erdkampfunterstützungsflugzeug verwendbar ist, nicht als Kriegswaffe eingestuft. Das Flugzeug, das mit einer 30-mm-Kanone bewaffnet ist und mehrere hunderte von kg schwere Bomben tragen kann, ist für die Bundesregierung im Export ein Schulflugzeug und damit keine Kriegswaffe.

Während im Frühjahr 1978 der Export von Fregatten nach Argentinien genehmigt wurde, wurden in der Hauptstadt Buenos Aires Verdunklungsübungen durchgeführt und die Reservisten mobil gemacht. Die Bundesregierung hatte Argentinien nicht als „Spannungsgebiet“ angesehen. Der Konflikt mit Chile um den Beagle-Kanal (siehe AIB 3/1979, S.

Kriegsbeihilfen an den Aggressor Irak

Daß sich das irakische Hussein-Regime bei seinem am 22. September 1980 eröffneten „Blitzkrieg“ gegen den Iran (siehe AIB 1/1981, S. 16-22) vornehmlich auf die Belieferung mit französisch-bundesdeutschen Waffen stützen konnte, ist durch Enthüllungen vom November 1980 und Januar 1981 erwiesen. Mehr noch vereinbarten französisch-bundesdeutsche Stellen Mitte November 1980 eine dramatische Ausweitung ihrer Waffenexporte an den Aggressor, während die Sowjetunion, die bis Mitte der 70er Jahre das Gros der Rüstungsgüter für die irakische Armee bestritt, nach Ausbruch des Konflikts Irak-Iran ihre Militärlieferungen an Bagdad gänzlich einstellte.

Am 16.11.1980 wurde in Paris ein französisch-irakisches Vertragspaket über Waffenlieferungen in Höhe von über 2 Mrd Dollar abgeschlossen. Darunter fällt die Lieferung von 150 Kampfflugzeugen Alpha-Jet und einer unbekanntenen Zahl von Raketen und Lenk Waffen. 25 dieser Alpha-Jets erreichten den Irak bereits am 20. November 1980 über Jordanien und Saudi Arabien. 5 weitere Alpha-Jets wurden dem Irak kurz darauf ausgehändigt, verblieben aber vorerst zur Ausbildung irakischer Piloten auf französischem Territorium. Das wußte die Westberliner Zeitung Der Abend am 8.1.1981 zu berichten.

Alpha-Jets, Raketen u.a.m. für Bagdad

Ihre Informanten waren Mitarbeiter der beiden bundesdeutschen Rüstungsfirmen Dornier und Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB), die es wissen müssen. Denn Dornier ist Gemeinschaftsproduzent mit der französischen Firma Dassault-Breguet, MBB produziert über das Gemischtunternehmen Aérospatiale (SNLAS) ebenfalls mit. Und als Partner des Konsortiums THOMSON-CSF steuern die bundesdeutschen Konzerne Siemens und AEG Rüstungselektronik zu diesem Waffengeschäft bei.

Im Widerspruch zu ihrer Behauptung, bundesdeutsche Rüstungsexporte in „Spannungsgebiete“ nicht zu billigen, unternahm die Bundesregierung in diesem Fall überhaupt nichts, um die französisch-bundesdeutschen Waffenlieferungen an den kriegführenden Irak zu stoppen. Genauso war sie bei den unmittelbar vorausgegangenen Rüstungsgeschäften mit dem Irak verfahren.



Bundesdeutsche Panzerabwehrrakete Hot

32-34; d. Red.) war der Bundesregierung zwar bekannt, nicht aber, daß „zwischen Argentinien und Chile Spannungen bestehen“. Der Konflikt sei immer auf juristischem Gebiet ausgetragen worden.¹⁶ Insgesamt, so der Staatssekretär Schnell 1978 in einem Interview, sei „die Liste der Spannungsgebiete im Laufe der letzten Jahre etwas gelockert worden“.¹⁷

Welche politischen Schlüsse lassen sich aus der dargestellten Rüstungsexportpolitik der 70er Jahre ziehen? Betrachtet man die Länder, an die geliefert wurde und die Waffen, die geliefert wurden, ist man geneigt, die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung in den 70er Jahren als chaotisch zu bezeichnen.

Zwar wurden die meisten Rüstungswaren an reaktionäre zivile oder militärische Diktaturen in der Dritten Welt geliefert, aber auch Lieferungen an Peru (Bestellung der U-Boote



Bundesdeutsch-französischer Alpha-Jet

Die Pariser Zeitung Le Monde enthüllte am 4.11.1980, daß der Irak im Krieg am Persischen Golf beispielsweise den Kampffubschrauber Gazelle, bestückt mit der Panzer-Rakete Hot, einsetzt. Koproduzent dieser Panzer-Rakete aber ist MBB/München.

Am 6.11.1980 berichtete die Pariser Le Monde, die französische Regierung habe Bagdad 60 Kampfflugzeuge des Typs Mirage F 1 verkauft, von denen die ersten noch Ende desselben Monats angeliefert werden sollten. Diese Mirages sollen ausgerüstet werden mit der Luft-Boden-Rakete ASMP. Deren Hersteller ist wiederum Aérospatiale (SNLAS), alias MBB/München.

Von derselben französisch-bundesdeutschen Gemischtfirma stammen schon die seit 1974 an den Irak, Saudi Arabien, Kuwait und Abu Dhabi gelieferten Panzerabwehr-Raketen Milan und die Luftabwehr-Raketen Roland. Und welche Garantie gibt es dafür, daß von den in Bonn projektierten 300 Leopard II und rund 1.700 weiteren Panzerfahrzeugen für Saudi Arabien nicht zahllose an den Irak weitergereicht werden, wie im Fall Alpha-Jet?

Die Pariser Zeitschrift L'Express vom 4.10.1980 vermerkte, daß die französische Regierung bereits seit Anfang 1980 über die irakischen Kriegspläne unterrichtet gewesen sein soll. Die Bundesregierung traf seitdem mehrfach mit ihr zu Konsultationen in Sachen Naher und Mittlerer Osten zusammen, darunter in Gipfeltreffen Kanzler Helmut Schmidt mit Frankreichs Präsident Giscard d'Estaing am 4./5. Januar 1980 usw. Andererseits wurden die irakisch-saudiarabische Bande am Vorabend des Krieges am Golf enger denn je geknüpft. Präsident S. Hussein reiste just am 5. August 1980 zum ersten offiziellen Staatsbesuch seit 1958 nach Riad. „Man weiß heute“, so L'Express weiter, „daß der Besuch Husseins in Riad kein anderes Ziel hatte, als die Führer Saudi Arabiens über den bevorstehenden Angriff auf den Iran zu informieren und sich der wohlwollenden Neutralität Saudi Arabiens zu versichern.“

Daß das neokolonialistische Musterregime der Sauds diese Information nicht an seine „Freunde“ in Washington, Paris und Bonn weitergegeben haben könnte, ist schwer vorstellbar. Die Bundesregierung hat überdies nach Kriegsausbruch die französisch-bundesdeutsche Waffenexportflut nach Bagdad mit abgesegnet. Sie hat keine Art von Stellungnahme abgegeben, um auf Frankreich gegenläufigen Druck auszuüben.

Bonn trifft damit ebenso wie Paris die schwere Verantwortung, den Aggressionskrieg gegen die iranische Revolution ermuntert zu haben und am Leben zu erhalten – getreu dem Motto „Keine Waffen in Spannungsgebiete“...

1974) oder Algerien (Waffenfabrik) erfolgten. Das ökonomische Argument der Auslastung vorhandener Rüstungskapazitäten stand bei der Begründung von Genehmigungen auch in Fällen, in denen nach den Grundsätzen der Bundesregierung nicht hätte geliefert werden dürfen, klar im Vordergrund. Politische Überlegungen scheinen nur in Grenzbereichen eine Rolle gespielt zu haben, etwa bei möglichen Lieferungen an Südafrika, der Lieferung von Panzern an verschiedene Länder, oder der Belieferung kriegführender Staaten. Andere Kriterien blieben weitgehend wirkungslos, etwa der flexible „Spannungsgebiet“-Begriff oder die Überlegung, ob Waffen für innere Auseinandersetzungen taugen, die für die Begründung von U-Boot-Exporten herangezogen wurde, Exporte von Kleinwaffen jedoch nicht verhinderte. Auch die Rüstungsindustrie schätzte die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung als chaotisch und unberechen-

bar ein. Die einzige Möglichkeit, um herauszukommen, was die Bundesregierung genehmigt und was nicht, war nach Meinung des Lobbyistenblattes Wehrdienst der Antrag auf Genehmigung eines Exportes.¹⁸ Ablehnungen mußten so zwar in Kauf genommen werden, hielten sich aber zahlenmäßig in Grenzen.

1981 könnte für den Rüstungsexport aus der Bundesrepublik ein entscheidendes Jahr werden. Die Bundesregierung ist bereit, die Konsequenz aus der Kritik an ihrer Nichtanwendung der Grundsätze von 1971 zu ziehen – aber nicht in der Richtung des sozialdemokratischen Gesetzentwurfes von 1966, sondern in Richtung auf eine weitergehende Lockerung der Rüstungsexporte mit außenpolitischer Zielsetzung.

Die Rüstungsexporte werden in den nächsten Jahren anwachsen – mit oder ohne Saudi Arabien- und Chile-Geschäft. Der bereits zitierte Bericht des US-amerikanischen Kongresses geht davon aus, daß zwischen 1974 und 1979 Waffen im Wert von 12 Mrd DM in der Bundesrepublik bestellt, aber nur für 5 Mrd DM Waffen exportiert wurden. Die Orderbücher enthielten also Anfang 1980 noch Bestellungen über 7 Mrd DM aus den Jahren 1974 bis 1979. 1980 sind weitere Aufträge hinzugekommen, so von Korvetten für Kolumbien, U-Booten für Indien und Chile und Transportflugzeugen vom Typ Transall für Indonesien. Verhandlungen werden geführt über Alpha-Jet Flugzeuge für den Irak, U-Boote für Brasilien und Flugzeugabwehrraketen vom Typ „Roland“ für Argentinien. Ende 1980 wurde das erste einer vermutlich größeren Zahl von kleinen Zollbooten nach Südafrika ausgeliefert.¹⁹

Rückkehr zu einer „neuen“ Bonner Exportpolitik

Alle diese Exporte liegen innerhalb des Genehmigungsrahmens, den die Bundesregierung in den 70er Jahren festgelegt hatte. Unter geübter Dehnung der Begriffe „Spannungsgebiete“ und „Kriegswaffen“ ließen sich alle rechtfertigen – Chile ist ebensowenig „Spannungsgebiet“ wie andere Militärdiktaturen und das Schiff nach Südafrika als „Forschungsschiff“ deklariert, also keine „Kriegswaffe“. Der Export von Panzern nach Saudi Arabien ließe sich notfalls auch noch mit den in den 70er Jahren entwickelten Legitimationsformeln begründen. Das dies nicht getan wird, sondern daß z.B. Außenminister H. D. Genscher offen für eine Aufgabe des Begriffes „Spannungsgebiete“ und für die Einführung eines noch unspezifischeren Begriffes des „nationalen Interesses“ plädiert,²⁰ deutet darauf hin, daß dieses Geschäft nicht nur ein weiteres in einer langen Reihe, sondern ein ganz besonderes sein könnte.

Dafür spricht auch, daß die Industrie eigentlich recht wenig Interesse am Geschäft mit den Saudis hat.²¹ Wenn tatsächlich die 300 Panzer für Saudi Arabien von den 1.800 für die Bundeswehr, die bereits fest eingeplant waren, abgezogen werden, ergibt sich für sie kaum Zusatzverdienst. Auch das Argument, daß man mit dem „Speck“ Rüstungslieferungen die fetten „Mäuse“ Zivilgeschäfte fangen könnte, wirkt angesichts des bereits vorhandenen Geschäftsvolumens mit Saudi Arabien kaum.

Die Begründungen der Befürworter des Saudi-Arabien-Panzergeschäftes sind politisch. Da ist die Rede von der Sicherung der Ölquellen und der vorbeugenden Abwehr einer sowjetischen Südexpansion. Das Leistungsbilanzdefizit läßt sich auch mit Panzer nicht schließen, wohl aber eine vermeintliche Lücke im militärischen Abschirmring gegen die Sowjetunion. Eine ähnliche Lücke glaubten die USA und die Bundesrepublik in der Türkei erkannt zu haben – die Türkei wird gegenwärtig auf Kosten des bundesdeutschen

Steuerzahlers militärisch aufgerüstet.

Die Türkei gehört der NATO an, Saudi Arabien ist ein zwar reiches, aber nicht durch militärische Bündnisse mit der Bundesrepublik verbundenes Land. Geht die Genehmigung für das Saudi-Arabien-Geschäft mit der genannten politischen Begründung durch, sind wir, was den Rüstungsexport in die Dritte Welt angeht, der Zeit vor 1965 wieder ein gutes Stück näher. Militärhilfe an andere „antikommunistische“ Länder in größerem Umfang wird dann bald folgen.

Dies geschähe unter sozialdemokratischer Regierungsführung, mit einem sozialdemokratischen Parteiführer, der den Satz mitprägte „Mehr Waffen machen die Menschheit nicht sicherer, nur ärmer“, im Verbund mit Ronald Reagan, dem reaktionärsten und außenpolitisch vermutlich aggressivsten US-Präsidenten seit H. Truman, trotz der Erfahrungen der ersten Hälfte der 60er Jahre.

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Bundesminister der Verteidigung, Weißbuch 1979, Bonn 1979, S. 38
- 2) Neben den vieldiskutierten 300 Leopard-II-Panzern dürfte – aus militärtaktischen Gründen – der Export von gepanzerten Fahrzeugen zur Unterstützung, also Spähpanzer, Transportpanzer, gepanzerte Mannschaftswagen usw. zur Ausrüstung einer Panzerbrigade gefordert werden.
- 3) Diese Grundsätze sind offiziell nie veröffentlicht worden. Auszüge sind in verschiedenen halbamtlichen Zeitschriften und Dokumentationen erschienen. Ein Nachdruck ist z.B. zu finden in: T. Mammitzsch, Die rechtlichen Grenzen von Rüstungsproduktion und Rüstungshandel, Militärpolitik Dokumentation, Heft 18, Frankfurt 1980
- 4) Im Rüstungslobbyistenblatt Wehrdienst hieß es in der Ausgabe Nr. 760, 30.6.1980, S. 1: „Leichter als bisher tut sich die SPD-geführte Bundesregierung mit der Genehmigung deutscher Rüstungsexporte in Nicht-Nato-Länder. In Industriekreisen war eine Lockerung der bislang außerordentlich restriktiven bundesdeutschen Rüstungsexport-Politik eigentlich erst für die Zeit nach der Bundestagswahl vom 5. Oktober erwartet worden. Erste Aufweichtendenzen sind seit Mai/Juni zu erkennen.“
- 5) Vgl. zu einzelnen Geschäften: U. Albrecht, Der Handel mit Waffen, München 1971; zur rechtlichen Seite: T. Mammitzsch, a.a.O.
- 6) Nach: SIPRI, Arms Trade with the Third World, London 1971
- 7) Angaben für den Zeitraum bis 1970 nach: Albrecht, a.a.O., S. 198; die Militärhilfe-Programme der 70er Jahre sind voluminös nicht mit denen der 60er Jahre vergleichbar; eine Änderung zeichnete sich erst mit dem Türkei-Hilfe-Programm 1980 ab.
- 8) Der Antrag ist – genau wie die zitierten Gesetzespassagen – nachgedruckt in: T. Mammitzsch, a.a.O.
- 9) Wehr und Wirtschaft, Nr. 7-8/1970, S. 393
- 10) Siehe dazu: U. Albrecht, Politik und Waffengeschäfte, München 1972, S. 17ff.
- 11) Abgedruckt in: T. Mammitzsch, a.a.O.
- 12) Es gibt keine offiziellen Zahlen über die bundesdeutsche Rüstungsausfuhr. Das Statistische Bundesamt versteckt die Angaben über Rüstungstransfers unter „Sonstige Exporte“ bzw. „Regierungsimporte“. Angaben aus anderen Quellen sind häufig durch politische Interessen motiviert und entsprechend kritisch zu würdigen. Die Angaben aus verschiedenen Quellen weichen erheblich voneinander ab.
- 13) US-Arms Control and Disarmament Agency, World Military Expenditures and Arms Transfers, 1968-1977, Washington 1977
- 14) Vgl. US-Senate, Report by the Committee on Foreign Relations, U.S. Conventional Arms Transfer Policy, Washington D.C., Juni 1980
- 15) Vgl. zu den einzelnen Geschäften: M. Brzoska/H. Wulf, Offensive im Rüstungsexport, in: Aufrüsten um Abzurüsten?, Reinbek 1980 und: U. Albrecht/P. Lock/H. Wulf, Arbeitsplätze durch Rüstung? Reinbek 1978
- 16) Bundestagsprotokolle 1977, S. 4785
- 17) Frankfurter Rundschau (FR), 18.2.1978
- 18) Wehrdienst, Nr. 760, 30.6.1980
- 19) Vgl. zu den einzelnen Geschäften die laufende Berichterstattung in epd-Entwicklungspolitik, sowie spezifisch zum Südafrika-Geschäft: Marineforum 12/1980, S. 757
- 20) Nach FR, 19.1.1981
- 21) So etwa der Tenor in der Rüstungszeitschrift Wehrtechnik, Nr. 2/1980, Kommentar des Chefredakteurs Flume; vgl. auch die Äußerungen Wolff von Amerongen, zit. nach: FR, 21.1.1981

Alfonso Ibaruri Barrios

Die Befreiungsfront erkämpfte die Initiative

Unser Mittelamerika-Sonderkorrespondent Alfonso Ibaruri Barrios war vorort, als die salvadorianische Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) am 10. Januar d.J. zur Generaloffensive antrat und als sie deren Ergebnis bilanzierte. Seine Gesprächspartner, die FMLN-Leitungsmitglieder Ana Guadalupe Martínez (siehe auch Kasten), Mario Aguinada Carranza wie auch S. Jorge Handal insistierten: Wenn gleich diese Offensive keinen Überraschungssieg über die christdemokratisch-militärische Junta brachte, darf dies nicht über die dabei von den Volkskräften errungenen Positionsgewinne, nicht über den hohen Wert der dabei gesammelten Kampferfahrungen und Schlußfolgerungen hinwegtäuschen. Andererseits ist die tiefe Krise des Militärregimes (siehe AIB 2/1981, S. 4ff.) keineswegs behoben. Der Entscheidungskampf in El Salvador dauert an.

Ungeachtet aller Unzulänglichkeiten, die man der Januaroffensive 1981 der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) entgegenhalten mag, hat sie doch alles in allem das Kräftependel in El Salvador zugunsten der antidiktatorischen Volkskräfte verschoben. So jedenfalls lautet die übereinstimmende, durchaus selbstkritische Bilanz führender FMLN-Kommandanten wie Mario Aguinada Carranza, Ana Guadalupe Martínez – mit beiden führte ich Gespräche – oder Schafiq Jorge Handal.

FMLN-Erstziele wurden eingelöst

Vorab bleibt festzuhalten, daß die Volkskräfte 1980/81 einen riesen Schritt nach Vorne getan haben, indem ihnen sowohl die Herstellung der Einheit der revolutionären Organisationen in der Farabundo-Martí-Front (Oktober 1980) als auch einer Allianz der revolutionären und demokratischen Kräfte im Rahmen der Demokratisch-Revolutionären Front (FDR) gelang (siehe im Einzelnen AIB 2/1981, S. 7/8; d. Red.). Dies hat dazu geführt, daß die Junta im Landesinnern zunehmend isoliert wurde und sich die salvadorianische Revolutionsbewegung international als glaubwürdige Alternative profilieren konnte.

Überdies vermochte man aus mehr oder weniger vereinzelt und unkoordiniert arbeitenden bewaffneten Gruppen in einem Jahr ein schlagkräftiges revolutionäres Volkshier der FMLN zu schaffen, dessen Ausbildungsstand und Bewaffnung jener der Sandinistas kurz vor der Befreiung Nikaraguas (1979) kaum nachsteht. Mit der Einigung auf einen einheitlichen Kriegsplan konnten die revolutionär-demokratischen Kräfte zum Jahresanfang 1981 schließlich aus einer Phase der strategischen Defensive – zumindestens auf mili-

tärischem Feld – in eine Phase der strategischen Offensive übergehen.

Mit der Generaloffensive vom 10. Januar 1981 wurden die im voraus vom FMLN-Oberkommando festgelegten Erstziele überwiegend erreicht. Diese Ziele lauteten:

- Durch die Einleitung größerer militärischer Aktionen national und international die Kraft, Stärke und Handlungsfähigkeit der revolutionär-demokratischen Kräfte El Salvadors zu demonstrieren.
- Dem Feind auf dem militärischen Feld die Initiative aus der Hand zu nehmen.
- Durch verstärkten militärischen Druck auf Regierung und Armee einerseits die Junta politisch zu schwächen und andererseits die Bedingungen für politische Übereinkünfte mit Sektoren des Militärs, der Kirche und des Bürgertums zu verbessern.
- In der Bevölkerung die Siegeszuversicht und die Bereitschaft zur Teilnahme an Aufstandsaktionen zu fördern.

Auf die Frage, ob die Offensive ein Mißerfolg gewesen sei, erwiderte S. Jorge Handal: „Nein, sie war kein Mißerfolg. Wir hatten als erstes militärisches Ziel die Ausdehnung des Krieges auf das ganze Land und die Schaffung einer Bewegung, die die Guerillaaktionen mit Aktionen größerer Tragweite verbindet. Wir hatten auch ein politisches Ziel: Nach außen die weltweite Solidarität begünstigen, im Innern lokale Aufstände ermöglichen und eine für die Gruppierung der demokratischen Kreise der Armee um die Nationale Befreiungsfront FMLN günstige Lage zu schaffen. Es handelte sich nicht darum, den Feind sofort zu schlagen.

Unsere Propaganda, das ist richtig, sündigte anfangs durch triumphalistische Auswüchse. Welches ist unsere Bilanz? Wir haben unsere ersten Ziele erreicht. Unsere Kräfte haben



Salvadorianische Juntatruppen in Bedrängnis

Erfahrungen gesammelt, wir haben unser Hinterland erweitert und neue Stützpunkte geschaffen. Konkret haben wir die vorgeschobenen Basen des Feindes in zahlreichen Kleinstädten neutralisiert."

In der Tat wurde dem Feind insbesondere auf dem militärischen Feld die Initiative aus der Hand genommen. Er ist heute nicht mehr in der Lage, in einem Teil des Landes größere Truppenverbände zu konzentrieren, ohne andere Stellungen zu entblößen: die Guerilla bestimmt, wo gekämpft wird. Dabei führt die FMLN – wie M. Aguinada Carranza erläuterte – einen Bewegungskrieg. D.h. sie hält bestimmte Stellungen aufgrund ihrer logistischen und wafentechnischen Unterlegenheit (keine Luftwaffe) immer nur vorübergehend, um sich dann wieder zurückzuziehen. Die Tatsache, daß die Guerilla besetzte Ortschaften wieder verläßt, ist somit nicht Ausdruck einer militärischen Niederlage, sondern Ausdruck einer realistischen militärischen Strategie.

Negativ einzuschätzen ist, daß sich nach den ersten Anfangserfolgen in den Reihen der FDR jener unangemessene „Triumphalismus“ ausbreitete. FDR-Sprecher benutzten das Wort der „Endoffensive“ ohne Absprache mit der FMLN-Führung.

Schwächen Triumphalismus und Generalstreik

Außerdem rief die FDR ebenfalls unabgesprochen zum Generalstreik auf, den die FMLN-Führung, in Kenntnis der Tatsache, daß aufgrund der Repression in El Salvador ein richtiger Generalstreik nur in dem durch die Gewehre erkämpften Freiraum zu organisieren ist, erst als allerletzten Schlag gegen die Junta vorgesehen hat. Vor diesem Hintergrund muß der 2-tägige Generalstreik, der etwa 50% der ökonomischen Tätigkeit des Landes lahmgelegt hat und vor allem auch zahlreiche Staatsangestellte einbezogen hat, noch als Erfolg gewertet werden.

Die Schwierigkeit einen politischen Generalstreik in San Salvador zu organisieren, der in eine allgemeine Volkserhebung nikaraguanischen Zuschnitts einmünden könnte, hat freilich auch zu tun mit der außerordentlichen Repression gegen die Arbeiterbewegung (zahlreiche ihrer Führer wurden in den letzten Monaten ermordet) und der Konzentration der militärischen Juntakräfte gerade in der Hauptstadt. Die militärische Gegenkonzentration der FMLN aber fehlte während der Januaroffensive 1981 gerade hier.

Der Generalstreikaufruf konnte nicht voll durchschlagen, da „in der Hauptstadt kaum Guerillakräfte konzentriert waren, die den Massen einen Schutz gegeben hätten“. So resümierte A. Guadalupe Martinez. „Stattdessen gab es einen politischen Aufruf zum Streik, der nach 48 Stunden abflaute...

Ana Guadalupe Martinez/José Ramon Medrano Die Hauptrolle spielt das Volk



FRAGE: Es gab ursprünglich Verwirrung darüber, um was für eine Art von Offensive es sich handelt. Die Erwartungshaltung war, die Guerilla versuche den entscheidenden Schlag gegen die Junta zu führen.

ANTWORT: Man kann nicht bei militärischen Aktionen – schon gar nicht, wenn man von Erhebung oder Offensive spricht – von einer halben Aktion reden, von einer Teiloffensive etwa. Es ist erforderlich, gerade die Anfangsphase zu betonen. Auf den Beginn der Offensive waren schon große Hoffnungen gesetzt worden, denn es gab bereits seit längerem eine verfälschende Informationspolitik darüber. So war die Erwartungshaltung entstanden, die Offensive werde dem Regime in El Salvador ein Ende bereiten.

Ich glaube, wir müssen klarstellen, daß die Offensive zunächst als ein qualitativer Schritt unserer Truppe geplant war, von einer defensiven Haltung mit Unterstützung der Bevölkerung in eine militärische Offensive überzugehen. Nachdem das Regime seit Monaten einen Ausrottungsfeldzug betreibt, wartete die Bevölkerung auf militärische Aktionen der FMLN. Wir erachteten es als notwendig, einen neuen Weg der Konfrontation des Volkes mit den reaktionären Kräften freizumachen. So bereiteten wir für den 10. Januar einen eher militärischen als politischen Zusammenstoß vor. (...)

FRAGE: Worin bestand ursprünglich das Ziel der Offensive?

ANTWORT: Zunächst ging es darum, innerhalb unserer Kräfte eine offensive Haltung zu schaffen, und unseren militärischen Führern Erfahrungen mit einer Großoffensive zu vermitteln. Zum anderen befand sich der Feind in der Offensive und versuchte, uns mit großen Truppenkontingenten zu schlagen, etwa in Morazán.

Logistisch waren wir vor der Offensive schwächer und verfügten über viel weniger Waffen als jetzt, trotz aller Kräfte, die der Feind hier zusammenzog. Seine nächste Offensive in San Vicente hatte wegen der Schläge, die wir ihm in Morazán und Chalatenango versetzt hatten, schon erheblich weniger Kraft. Wir haben gezeigt, daß wir in der Lage waren, die militärische Situation zu beherrschen. Dabei war das erst der Anfang der Offensive. Unser Ziel war gar nicht, Garnisonen einzunehmen.

Unser Gesamtplan war nicht überall erfolgreich, aber wir haben dennoch die von uns kontrollierten Zonen ausgedehnt. Dagegen ist die militärische Offensive an der zentralen Front fehlgeschlagen. Hier war der politischen Aktivität gegenüber der militärischen eine größere Bedeutung beigemessen worden. Im Gegensatz zum Feind hat die Guerilla ihre Kräfte nicht auf San Salvador konzentriert und die Hauptstadt unterschätzt. (...)

FRAGE: Verfügt die FMLN über ausreichende Waffen um zum Zeitpunkt einer allgemeinen Erhebung das Volk auszurüsten?

ANTWORT: Ich glaube, wenn wir uns darauf beschränken, die Stärke der FMLN nur darin zu sehen, ob sie das Volk bewaffnen kann, begehen wir einen Fehler. Denn die Lösung ist nicht nur militärisch, sondern politisch.

Die Massen müssen nicht bewaffnet sein, denn zunächst können sie sie (die Waffen; d. Red.) gar nicht benutzen. Der Zusammenstoß ist nicht militärisch, sondern es geht um eine politische Zermürbung der Junta. Wenn wir uns nur auf die Konfrontation mit einem anderen Heer einließen, wären wir schon verloren. Wir können uns nicht mit einem Heer vergleichen, das hauptsächlich von einer Militärmacht wie den USA versorgt wird.

Wir führen einen revolutionären Krieg, in dem der militärische Bereich eine Rolle spielt, aber nicht die hauptsächliche. Diese Rolle nimmt das Volk ein. (...)

(Quelle: IDES, Berlin-West, Nr. 24/30.1.1981)



FMLN-Guerrilleros nahe San Salvador

Die Massen fühlten sich nicht unterstützt, den Streik massiv durchzuführen, und für die politisch-militärischen Organisationen war er zu schwach, als daß sie ihn in eine Erhebung hätten überführen können... Der Streikaufruf zu diesem Zeitpunkt war ein politischer Fehler." Eine wichtige Lehre, die sich bei der perspektivischen Endoffensive auszahlen könnte.

Die Volkskräfte müssen sich dabei allerdings auf einen harten Kampf einstellen, da die Juntatruppen durch eine massive Waffen- und Munitionszufuhr aus den USA, Israel und Venezuela (siehe Mittelamerika-Beiträge in diesem Heft; d. Red.) sowie durch die Armeen von Honduras und Guatemala Überlebenshilfen erhalten. Die Tatsache, daß das revolutionäre Volksherr so nicht über eine offene Grenze – wie die Sandinistas im Falle Kostarikas – verfügt und nur wenige Gebiete El Salvadors für den klassischen Guerillakampf (Wälder, Berge) geeignet sind, erschwert den bewaffneten Befreiungskampf ohnehin. Es beeinträchtigt beispielsweise die Sicherstellung des Nachschubs bei länger andauernden Gefechten. Und es bedeutet, daß eines der wesentlichsten Rückzugsgebiete der Guerilleros die Hauptstadt selbst ist.

Das Schicksal El Salvadors wird indessen nicht alleine auf dem militärischen Feld entschieden, sondern wesentlich auch auf der politischen und diplomatischen Ebene. Hier hängt für die revolutionär-demokratischen Kräfte sehr viel davon ab, inwieweit es ihnen gelingt, die Junta weiter zu isolieren.

Im Lande kommt es darauf an, diejenigen Kräfte in das Vorhaben zur Bildung einer Demokratisch-Revolutionären Regierung einzubeziehen oder zu neutralisieren, die bisher noch eine unentschiedene Haltung einnehmen oder sogar auf der Seite der Regierung kämpfen, wie Teile der Kirche, der Großteil der mittleren und kleineren Unternehmer, größere Teile des Militärs. Daß die Aussichten für eine zumindestens partielle Einbeziehung dieser Kräfte nicht schlecht sind, wenn die FDR/FMLN es nicht beim bloßen Appell zur Zusammenarbeit bewenden läßt, sondern auch konkrete Angebote unterbreitet, zeigt das aktuelle Beispiel des „neuen Heeres“.

Diesem Schritt lag die Einsicht der Volkskräfte zugrunde, daß sich die Hauptarbeit der FDR/FMLN hier nicht auf den

Aufruf zur Desertion oder offenen Rebellion beschränken kann. Darauf spricht nur eine kleine Minderheit revolutionärer Offiziere an. Die Mehrheit der Offiziere hat zwar real Angst vor der „kommunistischen Gefahr“ und denkt und handelt auch entsprechend den Normen einer militärischen Institution (Disziplin usw.). Sie verspürt aber trotzdem eine starke Unzufriedenheit über die gegenwärtige Regierungspolitik und zweifelt teilweise sogar an der Legalität dieser Regierung, zumal die Ausbootung des reformwilligen Junta-Obersten A. Adolfo Majano im Dezember 1980 und die Einsetzung des Ultrarechten Guitierrez als Oberkommandierenden durch völlig irreguläre Abstimmungen im Heer eingeleitet wurde.

Majano, der weiterhin im Untergrund von San Salvador lebt, versuchte seither dem Denken und Fühlen dieser großen Gruppe von unzufriedenen Militärs Ausdruck zu verleihen, indem er einerseits die Regierungsjunta scharf angriff, andererseits seine Nichtzugehörigkeit zur FDR betonte und für eine Verhandlungslösung plädierte. Die FDR/FMLN zeigte sich bereit, ein Abkommen zu schließen, das den Teilen des Militärs, die sich gegen die Duarte-Junta wenden, eine mitgestaltende Rolle bei Bildung des neuen Volksheeres und auch eine Beteiligung an der zu bildenden Revolutionsregierung zugesteht.

Genau dies geschah dann am 4. Februar 1981, als in Morazan zwischen dem FMLN-Oberkommando und der im Oktober 1979 putschtragenden Juventud Militar (Junge Militärs) ein gemeinsames 10-Punkte-Programm für ein „neues Heer“ (Wortlaut siehe Kasten) vereinbart wurde. Im Manifest von Morazan, das von Kommandant Joaquin Villalobos (FMLN), Leoncio Pichinte (FDR-Präsidium) und Hauptmann F. Mena Sandoval (Juventud Militar) unterzeichnet wurde, heißt es, daß der Krieg in El Salvador „der Kampf eines ganzen Volkes gegen eine Handvoll Unterdrücker ist. Revolutionäre, demokratische, religiöse und militärische Kräfte haben sich zusammengeschlossen, um die Interessen des Volkes zu verteidigen und einen wirklichen Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit zu erlangen... Die Proklamation der Juventud Militar vom 15. Oktober 1979 und das FDR/FMLN-Programm für eine Demokratisch-Revolutionäre Regierung stimmen im wesentlichen überein“.

Das Abkommen von Morazan spiegelt nicht nur die Kräfteverschiebung zugunsten der antidiktatorischen Opposition in El Salvador wider. Es könnte auch unter Umständen die Tür für eine politische Verhandlungslösung wieder öffnen, die von der FMLN/FDR-Führung keineswegs ausgeschlagen wird.

Die Junta weiter isolieren!

„Wir stellen (militärische) Offensive und Verhandlungen nicht einander gegenüber,“ betonte FMLN-Kommandant S. Jorge Handal Anfang Februar d.J. in San Salvador. „Aber verhandelt werden muß mit den USA und nicht mit der Junta. Die Faschisten stellen in meinem Land nichts dar. Die US-amerikanische Regierung hat uns vom ersten Tag der Offensive an ihren Wunsch, mit uns zu diskutieren, mitteilen lassen. Wir waren einverstanden; aber sie hat die Tür brutal zugeschlagen. Gleichzeitig stärkte sie militärisch die Junta... Sehr starken Druck übt sie auf unsere Nachbarn Guatemala und Honduras aus, indem sie sie auffordert, der Junta militärisch beizustehen. Wir sind unsererseits immer zu Diskussionen mit der Regierung Reagan bereit.“

Alles, was unterdessen weltweit an antiinterventionistischem Druck auf die Reagan-Administration mobilisiert werden kann, bringt die salvadorianischen Volkskräfte dem Sieg näher.

10-Punkte-Programm für ein neues Heer

1. Das neue Heer wird unter gemeinsamer Verantwortung sowohl der patriotischen Offiziere der alten Armee als auch der Stäbe der revolutionären Streitkräfte aufgebaut.
2. Die militärischen Ränge und Verdienste beider Seiten werden anerkannt.
3. Schaffung einer neuen Militärschule unter folgenden Kriterien: das im revolutionären Volkskrieg erworbene Wissen und Bewußtsein, die Fähigkeiten der patriotischen Offiziere und die Beiträge aller Militärakademien der Welt, wenn sie helfen wollen, ohne Souveränität und Unabhängigkeit zu gefährden.
4. Neue Militärrechte
5. Schluß mit allen Privilegien und der Korruption als System militärischer Laufbahnen.
6. Revision der Militärverträge mit den USA, Chile, Argentinien, Venezuela, Südkorea, Nationalchina und Israel.
7. Das neue Heer erkennt die Rolle der FMLN als Avantgarde an und unterstellt sich der Demokratisch-Revolutionären Regierung.
8. Das neue Heer definiert sich als Garant des Auftrags der neuen Regierung.
9. Gerechte Verfahren gegen Offiziere, die mit der Repression verbunden waren.
10. Im weiteren Verlauf des Krieges werden die Gefangenen gerecht und nach der Genfer Konvention behandelt.

(Quelle: IDES, Berlin-West, Nr. 25/6.2.1981)

Unmittelbar nach dem Amtsantritt der Reagan-Administration vom 20. Januar 1981 stellte Außenminister Alexander Haig klar, die bisherige Unterstützung Washingtons für die mittelamerikanischen Militärdiktaturen sei zu gering gewesen und müsse drastisch ausgeweitet werden. Präsident Ronald Reagan, der eine direkte US-Militärintervention in der Region (zum aktuellen Stand siehe AIB 2/1981, S. 3ff.) schon im Oktober 1980 nicht ausschließen mochte, strich unverzüglich die zugesagte Wirtschaftshilfe für Nicaragua und stockte die Hilfe für die salvadorianische Junta auf jährlich 30 Mio Dollar auf. Unterdessen landen in Ilopango, nahe San Salvador, ununterbrochen US-Transportflugzeuge des Typs Hercules mit Teils „leihweisem“ Kriegsmaterial: Kampfhubschraubern, Granatwerfern, Granaten (rund 10.000 im Januar d.J.), M-16 Gewehren uam. Nach Aussage des Oberkommandierenden der salvadorianischen Farabundo-Marti-Front (FMLN) S. Cayetano Carpio wurden ferner weitere 800 US-Offiziere und Techniker von Panama nach El Salvador verlagert. In Honduras wurde der US-Beraterstab für die Armee um 23 US-Offiziere erweitert. Und den allzu geschwätzigen US-Botschafter in San Salvador R. White ersetzte man durch F. Chapin – den zuvor schon Zuständigen im Washingtoner Verteidigungsministerium für Waffenlieferungen nach El Salvador... Der kanadische Journalist Tim Drainin zeigt auf, welche Mittelamerika-Konzeption der Reagan-Mannschaft sich dahinter verbirgt. Wie sich die revolutionären Kräfte Mittelamerikas und der Karibik auf die akute Bedrohung durch Washington einstellen, veranschaulichen die Stellungnahmen des nikaraguanischen Innenministers und Sandinista-Führungsmitgliedes Tomas Borge, des kubanischen Präsidenten Fidel Castro, des Generalsekretärs der Partei der Volksavantgarde Kostarikas Francisco Gamboa sowie der Führungmitglieder der salvadorianischen Farabundo-Marti-Front Mario Aguinada Carranza, Herman Cienfuegos und Juan Jose Medrano.



Tim Drainin Das Konzept der Reagan-Administration

„Unter Reagan, einem zügellosen CIA und einem offenen US-Militarismus würde eine Einmischung höchstwahrscheinlich in unserem eigenen Hinterhof stattfinden.“

Jeffrey Klein, Mother Jones, Sept./Okt. 1980

Nach Meinung einiger führender Berater Reagans, hat Carters Politik Kuba ermutigt, seine revolutionären Aktivitäten in Zentralamerika zu verstärken, so daß lokale Unruhen in El Salvador, Guatemala und Honduras zum offenen, regionalen Krieg führen könnten. El Salvador scheint dem Zusammenbruch inzwischen recht nahe zu sein, einige Berater legen dem Präsidenten nahe, die Entsendung von Marine-Infanteristen in Betracht zu ziehen. Wie die Dinge sich entwickeln, scheint Mittelamerika für Ronald Reagan die Krisenzone zu werden, die der Persische Golf für Jimmy Carter und Südostasien für Richard Nixon und Lyndon Johnson war. The New Republic, 29.11.1980

„Ich stimme mit unserer Hilfe für Nicaragua nicht überein, weil wir sie in der Illusion leisteten dadurch eine zutiefst linke Regierung zu verhindern... daß wir dort eine irgendwie gemäßigte Regierung hätten... Wir sehen hier die Anwendung der Domino-Theorie... und ich denke, es ist für das amerikanische Volk an der Zeit einzusehen, daß wir der letzte Domino-Stein sind.“ Ronald Reagan, September 1980

Der wachsende Widerstand der Opposition in Mittelamerika auf der einen, die räumliche Nähe zu den Vereinigten Staaten auf der anderen Seite, läßt dieses Thema auf der Tagesordnung der kommenden Regierung ganz oben stehen. Jeane Kirkpatrick, Reagans Chefberaterin und designierte Sprecherin für Lateinamerika: „Die Probleme in Lateinamerika müssen sofort in Angriff genommen werden.“

Unter der Regie von Reagans außenpolitischem Chefberater Richard V. Allen bereitet die Professorin der Georgetown University mit weniger als einem Dutzend Experten die künftige Mittelamerikapolitik vor. Die prominentesten unter



Protestdemonstration vor dem Weißen Haus in Washington: „Keine US-Intervention in El Salvador!“ „Keine Hilfe mehr für die Regierung!“

ihnen sind drei konservative Akademiker und ein pensionierter General: Roger Fontaine, früherer Direktor für lateinamerikanische Studien am Georgetown Center for Strategie and International Studies (CSIS) und gegenwärtig Professor am American Enterprise Institute (AEI); James Theberge, ebenfalls früherer Direktor für lateinamerikanische Studien beim CSIS und Botschafter in Nicaragua von 1975-77; Pedro Sanjuan, AEI-Direktor für Angelegenheiten der westlichen Welt und Generalleutnant Daniel O. Graham, ein fanatisch antikommunistischer Falke, früherer Direktor der Defense Agency. Dieses Team, wie viele andere von Richard Allen zusammengestellt, ist ein Teil dessen, was für die Washington Post als das „Who is who“ (Wer ist wer? ; d. Red.) rechter Theoretiker und Aktivisten benannt.

Diese Berater waren monatelang damit beschäftigt, die sechs Nationen Zentralamerikas zu bereisen, um eine zusammenhängende, verständliche US-Strategie zu erarbeiten. Obwohl Reagan und seine Berater es stets unterließen, Einzelheiten ihrer Pläne bekannt zu geben, sind deren Grundlagen doch ständig wiederholt worden.

Wirtschaftlich ist Mittelamerika nicht bedeutend für die USA. Weniger als 1% der Exporte gehen in diese Region und der Wert der Investitionen wird auf einen Buchwert von weniger als 1 Mrd Dollar geschätzt. Jedoch betrachtet Reagans Team sie in einer weltpolitischen Perspektive und analysiert dieses Gebiet einschließlich der Karibik in Kategorien der weltweiten Ost-West-Rivalität.

Das „Mare Nostrum“ der USA

Reagans Strategen warnen davor, daß dieser südliche Nachbar angesichts der Zunahme der sowjetischen Präsenz (als solche werden interne sozialistische Kräfte ebenso wie Hilfeleistung Kubas, der UdSSR oder anderer sozialistischer Staaten bezeichnet; d. Red.) ein Schwerpunkt in Amerikas Verteidigungssystem werden könnte. Nach James Theberge erfordert die Verteidigung des US-Festlandes und der gesamten westlichen Hemisphäre einen ungehinderten Zugang zur Karibik, sowie zu gewissen Territorien, Militärbasen und zum Panamakanal. Überdies versorgen die 20 Länder und 7 Protektorate der Karibik zusammen die USA mit praktisch dem gesamten Bedarf an Bauxit und mit bedeutenden Mengen an strategisch wichtigen und seltenen Rohstoffen wie Nickel, Eisenerz und Kupfer.

Der Panamakanal selbst wird als lebenswichtiger Welthandelsweg betrachtet. 25% der US-Ölimporte passieren dieses Gebiet, das einige das „amerikanische Mittelmeer“ nennen. Dieser Prozentsatz könnte beträchtlich steigen, falls sich Berichte bewahrheiten, die in diesem Gebiet Ölvorräte von der 6-7fachen Menge der gesamten Vorkommen in Saudi Arabien und am Persischen Golf vermuten.

Geschichtlich ist die Karibik der preiswerte Brotkorb für die USA als Lieferant großer Mengen an Zucker, Bananen, Fleisch und Kaffee. Schließlich verkörpert dieses expansive „Mare nostrum“, wie US-Militärstrategen die Karibik traditionell bezeichnen, US-Investitionen in Höhe von 13,7 Mrd Dollar. (...)

Reagans Berater sind der Meinung, daß Carters Beharren auf einer Politik der Menschenrechte dem Ansehen und der in-

nenpolitischen Sicherheit der treuesten antikommunistischen Verbündeten geschadet habe und Schuld an der rapiden Verschlechterung ihrer Beziehungen zu den Vereinigten Staaten sei. Andererseits hat dies die Unterstützung der USA in internationalen Gremien wie den Vereinten Nationen oder der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) gekostet.

„Dies wird im Januar ein Ende finden“, gelobte Jeane Kirkpatrick, „die Reagan-Regierung wird sich auf traditionelle Weisheit und traditionellen Brauch besinnen.“ Kirkpatrick erklärt, daß die Vereinigten Staaten aufhören müßten, jede Regierung zu kritisieren, die versucht, Terrorismus und Guerillaaktionen zu unterbinden. „Im Gegenteil, seitdem alle Länder für den Kommunismus anfällig sind, werden wir ihnen helfen müssen.“

Ein weiterer Reagan-Berater, Roger Fontaine, erweist der Ära des Kalten Krieges Referenz, indem er die kommende Lateinamerika-Politik Reagans mit der Truman-Doktrin vergleicht: „Sie erinnern sich, daß die Truman-Doktrin für Griechenland in den späten 40er Jahren geschaffen wurde, um die dortige Regierung vor bewaffneten Minderheiten zu schützen, die von außen, vornehmlich von der Sowjetunion ausgerüstet und gelenkt wurden. Eine ähnliche Situation herrscht nun in einigen Ländern Lateinamerikas vor.“

Volle Stützung antikommunistischer Verbündeter

Fontaine unterstellt, daß dort bewaffnete Minderheiten, hauptsächlich von Kuba unterstützt, versuchen, die Regierungen zu destabilisieren. Dank der Anwendung der Truman-Doktrin, so Fontaine, wird Lateinamerika – speziell El Salvador und Guatemala – Empfänger unbegrenzter wirtschaftlicher und militärischer Hilfe, einschließlich der Entsendung von US-Militärberatern, werden.

Zu Beginn der Amtszeit Carters (1977-81; d. Red.) wurde seiner Politik oft nachgesagt, den Strategien der multinationalen Konzerne zu entsprechen. Dies ergab sich nicht nur aus der Tatsache, daß viele Angehörige der Carter-Administration – einschließlich des Präsidenten – selbst Ex-Trilateralisten sind, sondern auch aus der Bestimmtheit, mit der Carter die angeblich für die US-Interessen dringlichste Frage verfolgte: die Verhandlungen um den Panamakanal.

Jedoch wurde Carter gegen Ende seiner Amtszeit nahezu vollständig von der internationalen Geschäftswelt im Stich gelassen. Deutlichste Anzeichen hierfür war die kürzliche



Säulen der Reagan-Administration (v. l. n. r.): Außenminister Haig, Präsident Reagan, Verteidigungsminister Weinberger, Lateinamerika-Chefberater Allen

Lateinamerika-Reise von David Rockefeller, dem Vorstandsvorsitzenden der Chase Manhattan Bank und Gründer der Trilateralen Kommission. Als selbsternannter Botschafter des Präsidentschaftskandidaten überbrachte Rockefeller den Diktatoren den einschmeichelnden Satz, daß „Mr. Reagan es deutlich machen werde, er werde sich so mit den Problemen der Welt befassen, wie sie tatsächlich sind“. Die Reagan-Regierung werde künftig den Handelsinteressen eine weit größere Bedeutung zukommen lassen, insbesondere, falls Verbündete wie John Connally und George Shultz ins Kabinett gelangen sollten. (...)

Schon hat die „Wallfahrt“ der Konservativen aus der Region nach Washington begonnen, um sich die Unterstützung der an die Macht kommenden Republikaner zu sichern. Vertreter der in der *Allianza Productiva* organisierten Privatwirtschaft in El Salvador konferierten in der letzten Novemberwoche (1980; d. Red.) mit Beratern Reagans. Ihnen wurde die Zusicherung gegeben, den Streitkräften des Landes Kampfausrüstungen zu liefern.

Wenige Tage darauf traf sich der Präsident Kostarikas, Rodrigo Carazo, nach Gesprächen mit Präsident Carter mit (dem zukünftigen Vizepräsidenten; d. Red.) George Bush und anderen Reagan-Gehilfen. Als zuverlässiger Unterstützer der salvadorianischen Junta wird der christsoziale Carazo in eine politische Allianz mit dem Norden Zentralamerikas gezogen. Carazo hat auch öffentlich Befürchtungen geäußert, Nicaragua könnte sich zum Kommunismus hin entwickeln. Obwohl er über El Salvador ebenso besorgt ist wie die Amerikaner, weiß Carazo die weitreichenden Auswirkungen einer direkten US-Intervention in dem spannungsgeladenen Gebiet einzuschätzen. Von ihm kann erwartet werden, daß er hinter den Kulissen für die Unterstützung indirekter US-Eingriffsmöglichkeiten – einschließlich verstärkter Geheimdienstaktionen – werben wird.

„Wallfahrten“ schon vor Reagans Amtsantritt

1. Die militärische Intervention:

Jeder Reagan-Berater, der auf die Gefahr einer direkten amerikanischen Intervention angesprochen wird, leugnet zwar immer ihre Wahrscheinlichkeit, weigert sich aber auch, diese Möglichkeit völlig auszuschließen. Ein Reagan-Fachmann, zuständig für Verteidigungsfragen, Fred Ikle, betonte, als er von *US News and World Report* (24.11.1980) danach gefragt wurde, daß „Präsident Reagan den Einsatz militärischer Macht als letztes Mittel betrachtet. Aber“, schränkte er ein, „wir müssen uns vergegenwärtigen, in dieser unzulänglichen Welt ist die militärische Stärke in einem gewissen Sinn das Rückgrat der Diplomatie.“

Das „Rückgrat“ der USA umfaßt in der Karibik inzwischen Dutzende von Luft- und Seebasen, ebenso 20-30.000 Soldaten, die auf Puerto Rico, die Panamakanalzone, Guantánamo, die Bermudas und die Bahamas verteilt sind.

2. Geheimdienstaktionen:

Wenn es eine Lektion gibt, so sagen die Republikaner, die sie aus den jüngsten „Niederlagen“ im Iran und in Nicaragua gelernt hätten, dann die, daß Geheimdiensttätigkeiten eine größere Rolle spielen müssen.

Henry Kissinger erklärte, durch „die Schwächung des CIA haben wir uns praktisch um die Fähigkeit gebracht, Geheimdienstaktionen durchzuführen. Das ist besonders gefährlich in Gebieten, in denen eine große Grauzone zwischen militärischer Intervention und den herkömmlichen diplomatischen Kanälen besteht. Auch außer den gesetzgeberischen Beschränkungen, unter denen die Geheimaktionen zu leiden hatten, soll Carter die Geheimdienstler an einer sehr kurzen Leine gehalten haben, da er viele Untergrundaktivitäten moralisch nicht gutheißen konnte.

In Sorge um die Verfügungsgewalt über die gesamte Bandbreite von geheimgehaltenen Handlungsmöglichkeiten verfaßte ein für Geheimdienstfragen zuständiger Unterausschuß des Republikanischen Komitees einen Entwurf zur Generalüberholung des Geheimdienstapparates der USA. Nach ihrem Bericht, der dem Republikanischen Konvent vorgelegt, aber von der US-Presse weitgehend ignoriert wurde, richten sich nun die Übergangsteams Reagans.

Unter der Leitung von Richard V. Allen erarbeiteten ehemalige CIA-Agenten und pensionierte Militäroffiziere, darunter General Daniel Graham, folgende Richtlinien:

a) mehr Geheimunternehmungen. Indem die Geheimdienste als „von unschätzbarem Wert für die nationale Sicherheit“ bezeichnet werden, zieht der Report die Schlußfolgerung, daß „sie gestärkt werden sollen“. Das soll erreicht werden durch die Schaffung eines „absolut geheimen“ kombinierten Informations- und Abwehrdienstes, genannt Dienst für Auslandsoperationen (FOS).

b) die Mobilisierung des gesamten Regierungsapparates für die Spionage. Die neugegründete FOS würde von jeder Bundesbehörde „verlangen, alle schriftlichen Unterlagen über Arbeitsaufträge im Ausland aus Gründen der verdeckten“ und umfassenden Zusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Privatunternehmen würden ermutigt, ebenso zu verfahren. (...)

Die neue Reagan-Administration wird versuchen, den öffentlichen Eindruck einer drastischen Kehrtwendung der US-Politik gegenüber Mittelamerika zu vermeiden. Stattdessen wird sie ihr Schwergewicht auf die Geheimunternehmungen legen, um ihre politischen Zielvorstellungen zu erreichen. Reagan hat jedoch soviel Betonung in der Öffentlichkeit auf die Wiederherstellung des US-amerikanischen Prestiges und das Stellunghalten bei „vitalen US-Interessen“ gelegt, daß eine militärische Intervention als letztes Mittel zum Einsatz käme, um dem Verfall der US-Chancen in der Region gegenzusteuern. Es ist hingegen keinesfalls sichergestellt, daß Reagans Administration soweit und so schnell, wie es ihr wünschenswert erscheint, bei der Verfolgung ihrer interventionistischen Politik gehen kann.

Vier grundlegende Faktoren könnten die Bestrebungen der Republikaner mäßigen:

- die öffentliche Opposition in den USA selbst;
- die internationale Opposition;
- Divergenzen unter den US-Politikern selbst;
- die drohende Gefahr einer Vietnamisierung Mittelamerikas.

Ausweitung der Geheimdienstoperationen

Egal, wie stark die Prahlereien der US-Militärs sein mögen, eine weitere direkte Intervention würde eine breitere Opposition hervorrufen. Eine US-Intervention in El Salvador, so schätzt die FDR (Demokratisch-Revolutionäre Front El Salvador; d. Red.), würde 200.000 Menschen das Leben kosten, da sich das Volk verteidigen würde. Auch Nicaragua würde sich bei dieser Gelegenheit auf die Seite der Befreiungsbewegungen stellen. Das Gespenst eines mittelamerikanischen Regionalkrieges, der zu einem antiimperialistischen Kampf auswächst, muß der US-Vertreter einer harten Linie in Furcht versetzen.

„El Salvador ist in vieler Hinsicht ein Sumpf, der darauf wartet, betreten zu werden“, meint William Leo Grande, ein Experte für die Beziehung zwischen Zentralamerika und den USA an der American University in Washington, „und wir können nur hoffen, daß die Reagan-Administration ein gutes Gespür haben wird, da nicht hineinzutreten.“ (Quelle: *Central American Update*, Kanada, Dezember 1980, nach: *IDES*, Berlin-West, Nr. 22/16.1.1981)



Mario Alfonso Carranza

Der US-Interventionismus hat Varianten

Unser Sonderkorrespondent in Mittelamerika, Alfonso Ibaruri Barrios, fand im Januar d.J. Gelegenheit, die Sicht der salvadorianischen Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) zur Gefahr bzw. den Varianten einer Ausweitung des US-Interventionismus in El Salvador/Mittelamerika zu erfragen. Sein Gesprächspartner Mario Alfonso Carranza gehört der FMLN-Leitung an.

In Honduras gibt es in der Armee Sektoren, die gegen eine Intervention sind, weil dadurch Honduras, das für die Bourgeoisie zur Zeit politisch relativ stabil ist, mit unabsehbaren Folgen in den Konflikt miteinbezogen würde.

Anders sieht es im Falle Guatemalas aus. Obwohl die Guerilla in Guatemala zur Zeit deutlich erstarkt, besitzt die guatemalteckische Armee, 70.000 Mann, noch genügend Kapazitäten, um mit größeren Kontingenten in El Salvador zu intervenieren. Schon jetzt sind über 10.000 Mann an der salvadorianischen Grenze stationiert und die guatemalteckische Regierung scheint auch den festen Willen zu haben, ihren Beitrag bei der Bekämpfung der salvadorianischen Revolution zu leisten. Für die Regierung der USA ist eine direkte Intervention mit Marineinfanteristen nur die allerletzte Möglichkeit. Vorher werden die USA alle anderen Mittel

ausschöpfen, wie:

- Eine Verstärkung der Militärhilfe,
- Entwicklung von stärkerem Druck auf Nikaragua, um ein potentielles Hinterland der Revolution deutlich zu schwächen,
- den Einsatz von guatemalteckischen Truppen.

Sollten alle diese Möglichkeiten ausgeschöpft sein, ohne daß die revolutionären Kräfte entscheidend geschwächt worden sind, werden sich die USA aufgrund der für sie schwer kalkulierbaren Risiken einer Vietnamisierung Mittelamerikas, — was die unmittelbare Folge einer Intervention wäre — immer noch überlegen müssen, ob sie auch unter einer Regierung Reagan nicht direkte Verhandlungen mit den revolutionären Kräften aufnehmen, wozu es unter der Carter-Administration schon Ansätze gab.

Die revolutionären Kräfte El Salvadors stehen solchen Verhandlungen nicht ablehnend gegenüber, wenn für das Volk von El Salvador ein Verhandlungsergebnis erreicht werden kann, das die Macht der repressiven Apparate, insbesondere der Nationalgarde und der Polizei, sowie der paramilitärischen Gruppen, endgültig bricht und den Weg öffnet für eine deutliche Verbesserung der Lebensbedingungen der salvadorianischen Bevölkerung.

Herman Cienfuegos/Juan Jose Medrano

Die Region würde zum Riesenfeuer

Die Führung der FMLN hat erklärt, daß die Auswirkungen einer militärischen Intervention durch die USA in El Salvador und Guatemala folgende wären:

1. Auf der einen Seite sind wir nicht allein. Die guatemalteckischen Brüder von der revolutionären Bewegung würden uns aktive Hilfe leisten, die eine verschärfte Situation in Guatemala hervorrufen würde. Denn sie sind in der günstigen Lage, unseren Kampf zu unterstützen, um somit jegliche Intervention von dieser Seite zu unterbinden.

2. Wir haben nach Einschätzung unserer Situation — und das haben wir auch verkündet — erklärt, daß jegliche Intervention in einem dieser Länder, egal woher sie kommt, uns zwingen würde unseren Krieg und unsere Operationen gegen unseren Willen auf Honduras auszudehnen. Das würde bedeuten, daß wir unseren Operationsradius notgedrungen ausdehnen würden; und nicht nur weil wir das wollen, sondern weil wir die Hilfe der Bewohner dieser Grenzgebiete und größerer Teil der hondurensischen Bevölkerung haben.

Dadurch würde eine schwerwiegende Situation entstehen, was im Gegensatz zu unserer Vorstellung steht. Auf der anderen Seite würde uns das Volk von Kostarika helfen. Zur Zeit erfolgt dies schon, denn sie befinden sich auch in einer kritischen Situation.



Das Volk von Nikaragua mit seiner Avantgarde, der FSLN (Sandinistische Front der Nationalen Befreiung; d. Red.), hat die ausreichende Fähigkeit seine Revolution alleine zu verteidigen, die sie viele Opfer und Anstrengungen gekostet hat. Wir können auch feststellen, daß eine solche Intervention, wie es geplant ist, auch Auswirkungen auf den Vertrag des Panamakanals haben würde.

Abschließend können wir zusammenfassen, daß durch eine Intervention in El Salvador ein Funke entstehen würde, der die Region in ein Riesenfeuer verwandeln würde.

(Quelle: IDES, Berlin-West, Nr. 24/30.1.1981)

Tomas Borge

Gegen die Bedrohung verteidigungsbereit sein



Gedenkfeier für an der Grenze zu Honduras ermordete Milizionäre Anfang Februar 1981 in Managua: „Das ganze Volk in die Milizen!“

Wir stehen vor einem Jahr des Kampfes zur Steigerung der Produktion des Landes und zur Stärkung der Kräfte, die die Revolution verteidigen. Das bedeutet, daß Produktion und Verteidigung die Hauptziele der Revolution sind und als vorrangige Aufgaben des revolutionären Prozesses betrachtet werden.

Es kann keine angemessene Verteidigung ohne eine angemessene Produktion geben, doch eine befriedigende Produktion wäre nutzlos ohne eine angemessene Verteidigung. Es gibt keine Revolution ohne eine Konterrevolution, und wir müssen uns gegen die Konterrevolution verteidigen, indem wir im Innern darauf bedacht sind, gegenüber den aggressiven Drohungen von außen auf der Hut zu sein.

Wir können deshalb sagen, daß Verteidigung und Produktion die Hauptziele sind, die das Nationale Direktorium der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN) aufgestellt hat, und dies wurde auch in der Botschaft des Direktoriums erklärt.

FRAGE: 1980 hat unser Volk in einer energischen und entschlossenen Weise auf die inländischen Reaktionäre reagiert. Glauben Sie, daß sie ihre Angriffe fortsetzen werden?

T. BORGE: Ich habe bereits gesagt, daß es keine Revolution ohne eine Konterrevolution gibt. Es ist unvermeidlich, daß die Klassen, die entmachtet wurden, versuchen, ihre Macht zurückzuerlangen. Niemand sollte sich deshalb der Illusion hingeben, daß die Reaktionäre und Konterrevolutionäre die Hände in den Schoß legen werden. Wir müssen uns auf einen schwierigen, komplexen und harten Kampf vorbereiten, und das wird im vor uns liegenden Jahr das Hauptziel des Kamp-

fes des nikaraguanischen Volkes und seiner Avantgarde sein.
FRAGE: Der amerikanische Imperialismus hat versucht, sich in El Salvador oder in viele andere Länder Mittelamerikas einzumischen, oder zur Zeit mischt er sich heimlich in El Salvador ein. Halten Sie es für möglich, daß diese Einmischung 1981 unverhüllt sein wird?

T. BORGE: Wir machen uns keine Illusionen, auch nicht darüber, daß der Imperialismus eine versöhnliche Haltung gegenüber unserem Prozeß einnehmen könnte. Man muß wissen, wie mit politischen Angelegenheiten umzugehen ist, aber Imperialismus ist Imperialismus und er wird sich nie ändern.

Der Kampf unseres Volkes, der ein antiimperialistischer Kampf und ein Kampf gegen die einheimischen Reaktionäre ist — die Werkzeuge des Imperialismus in unserem Lande — wird auch weiterhin im wesentlichen ein antiimperialistischer Kampf, ein Verteidigungskampf sein. Wir versuchen, uns gegen die mehr oder weniger unverhüllte imperialistische Bedrohung unseres Volkes zu verteidigen.

Nikaragua steht in diesem Jahr an einem bedeutsamen historischen Scheideweg. Und wenn ich von Produktion und Verteidigung gesprochen habe, wollte ich zum Ausdruck bringen, daß es ein Jahr zur Konsolidierung des revolutionären Prozesses sein muß.

FRAGE: Kommandant Borge, Sie haben gesagt, daß Produktion und Verteidigung die Hauptaufgaben für 1981 sind. Wie sollte sich unser Volk auf die Verteidigung vorbereiten?

T. BORGE: Es ist erforderlich, den Qualitätsgrad der Volksmilizen zu erhöhen. Es ist erforderlich, die Sandinistischen Verteidigungskomitees effektiver zu machen. Unser Volk muß sich auf den Kampf vorbereiten. Ich glaube, das ist von größter Wichtigkeit.

(Quelle: Radio Sandino, Managua, 2.1.1981, nach: Nicaragua-Nachrichten, Wuppertal, Nr. 1/Januar 1981)

Sandinistische Verteidigungskomitees Zu Opfern für das salvadorianische Volk bereit

Die Nationale Leitung des Sandinistischen Verteidigungskomitees (CDS) hat ihre Mitglieder aufgerufen, sich, falls nötig, auf Opfer zur Unterstützung des salvadorianischen Volkes vorzubereiten. Niemand kann besser als wir Nikaraguaner die Bedeutung des Kampfes verstehen, der in El Salvador geführt wird, stellte die Nationale Leitung des CDS fest.

Weiter heißt es: Ebenso wie sie haben wir die Folgen eines langen und blutigen Krieges durchlitten, der zahlreiche Menschenleben gefordert und große materielle Schäden verursacht hat. In einem an das nikaraguanische Volk gerichteten Kommuniqué wies die Nationale Leitung des CDS die Massen an, sich zu Opfern zur Unterstützung des heldenhaften salvadorianischen Volkes bereitzumachen. Wir werden aus unserem antiimperialistischen und revolutionärem Bewußtsein und aus unserem Geist der Solidarität mit den kämpfenden Völkern die Fähigkeit gewinnen, unsere Armut mit dem salvadorianischen Volk zu teilen.

(Quelle: Radio Sandino, Managua, 12.1.1981, nach: Nicaragua-Nachrichten, Wuppertal, Nr. 1/Januar 1981)

Fidel Castro

Die Yankees gebührend empfangen!

Fidel Castro, auf dem 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas (PCC) als deren Generalsekretär wiedergewählt, sprach auf der Abschlußkundgebung am 20. Dezember 1980 vor 1,3 Mio Menschen eingehend über die Gefahr eines US-Angriffs auf Kuba und Mittelamerika. Seine Orientierung lautete auf Volksmobilisierung zur Vorbereitung auf den Ernstfall und auf Solidarität mit der mittelamerikanischen Revolution.

(...) Nun, wir glauben, daß eine der Hauptaufgaben, die der 2. Parteitag (der Kommunistischen Partei Kubas – PCC; d. Red.) bewältigt hat, die Vorbereitung der Partei und unseres Volkes auf die schwierige internationale Lage war, die wir durchmachen, die Vorbereitung der Partei und unseres Volkes auf jede eventuelle Konfrontation mit dem Imperialismus.

Selbstverständlich haben wir Herrn Reagan klargemacht, daß wir vor seinen Drohungen keine Angst haben. Wenn es etwas gibt, das wir überhaupt nicht mögen, so ist dies die Bedrohung durch irgendjemanden. Wir mögen es nicht, wenn uns jemand einzuschüchtern versucht. Wir mögen es einfach nicht. Außerdem hat unser Volk schon lange vergessen, was Furcht ist. Unser Volk verlor das Gefühl der Angst vor langer Zeit.

Wir sind uns der Tatsache bewußt, daß die internationale Lage schwierig und kompliziert ist. Wir sind uns dessen bewußt, daß es eine ganz reale Kriegsgefahr gibt. Wir wissen auch, daß es zur Beendigung des Wettrüstens und der internationalen Spannungen sowie zur Beseitigung der Kriegsgefahr notwendig ist, zu kämpfen und die Weltöffentlichkeit zu mobilisieren. Zur Verwirklichung dieses Ziels können wir im Rahmen unserer bescheidenen Kräfte beitragen. Wir wissen sehr gut, in was für einer Welt wir leben.

Lieber tausendmal sterben als uns ergeben!

Wie wir bereits im Bericht an den Parteitag ausführten, hat die Menschheit noch nie Zeiten wie die heutige erlebt, mit so umfangreichen Kernwaffenarsenalen, mit Zehntausenden von Kernwaffen, die auf alle möglichen Ziele gerichtet sind. Wir wissen, daß die Gefahr des Ausbruchs eines weltweiten Konflikts zu irgendeinem Zeitpunkt groß ist, und wir glauben, daß die Menschheit, besonders unser Volk, sich dieser Gefahren bewußt sein muß und sich zum Kampf dagegen wappnen muß, jeder Einzelne unter Aufbietung all seiner Kräfte. Es bleibt eine Tatsache, daß man gegenüber diesen Realitäten eine eindeutige Haltung einnehmen muß.

Uns drohen eine Reihe von Gefahren. Gewiß, falls ein weltweiter Konflikt ausbricht, wären davon ausnahmslos alle Nationen betroffen. Da unser Land jedoch in diesem Teil der Welt, nahe den USA liegt, werden wir, abgesehen von der Gefahr eines weltweiten Konflikts, ständig von imperialistischen Attacken bedroht, und diesen Realitäten gegenüber muß man eine eindeutige Haltung einnehmen.

Die Imperialisten sprechen gelegentlich von ihrer Bereitschaft zur Aufhebung der Blockade und zur Schonung unseres Lebens, falls wir aufhörten, Internationalisten zu sein,

falls wir unsere Kämpfer aus Angola und Äthiopien zurückzögen und unsere engen Bindungen zur Sowjetunion lockerten. Es versteht sich von selbst, daß wir nicht zum Vergnügen oder aus einer Laune heraus Zehntausende von Kämpfern in anderen Ländern haben. Wenn wir jedoch eines Tages auch nur einen einzigen Mann zurückholen, so deswegen, weil er nicht länger gebraucht wird oder aufgrund eines Abkommens zwischen den Regierungen dieser Länder und uns, aber niemals als eine Konzession gegenüber dem Imperialismus!

Und unsere Bindungen gegenüber der Sowjetunion werden wir nie aufgeben. Niemals! Diese Bindungen werden fortbestehen, solange es die Sowjetunion und Kuba gibt, denn wir sind ein revolutionäres, ein zuverlässiges Volk, beständig, loyal und dankbar, und wir verabscheuen Opportunismus! Und wenn wir zwischen Verrat und Tod wählen müßten, würden wir tausendmal eher den Tod wählen!

Über Prinzipien verhandelt man nicht. Es gibt Völker auf der Welt, die mit Prinzipien handeln, aber Kuba wird niemals über Prinzipien verhandeln! Und wir sind sicher, daß weder diese noch künftige Generationen über Prinzipien verhandeln werden!

Mit welchem Recht wollen uns die Vereinigten Staaten vorschreiben, wer unsere Freunde sein sollen? Sie drohen uns also mit der Fortsetzung der Wirtschaftsblockade? Sollen sie sie 100 Jahre beibehalten, wenn sie wollen. Wir sind bereit, 100 Jahre zu widerstehen, d.h. falls der Imperialismus so lange überlebt.

Sie drohen uns mit Seeblockaden? Sollen sie doch diese Art von Blockade errichten und sie werden schon sehen, was das kubanische Volk aushalten kann!

Wenn wir uns über das ganze Land verstreuen müßten und das Land bebauen müßten, um zu überleben, und zwar mit Ochsen und Pflügen, mit Hacke und Spaten, so würden wir es eben so tun, aber wir würden fortfahren, Widerstand zu leisten. Wenn sie denken, wir würden uns ergeben, bloß weil wir keine Elektrizität oder keine Busse oder kein Dieselöl oder sonst etwas mehr hätten, dann werden sie schon sehen, daß sie uns nie auf die Knie zwingen können, daß wir Widerstand leisten können für ein Jahr, zehn Jahre oder so lange wie nötig; sogar wenn wir leben müßten wie die Indianer, die Christoph Columbus vor 500 Jahren hier vorfand, als er landete.

Eins noch, wir würden dennoch nicht mit Speeren und Bogen kämpfen. Wir hätten ja Gewehre, Granaten oder Minen in Händen. Vielleicht auch Panzer, Kanonen, Panzerfäuste, Flugabwehrkanonen, alles was wir kriegen könnten! Die Imperialisten sollten sich lieber keine Hoffnungen machen. Wir könnten ihnen eigentlich sagen, sie sollten sich keine Hoffnungen mehr machen – und uns nicht länger bedrohen! Wenn sie sich dazu entschließen, uns anzugreifen, sollten sie damit rechnen, es mit Männern, Frauen, alten Leuten und sogar Kindern – sogar mit dem kleinen Pionier, der hier heute gesprochen hat – zu tun zu bekommen. Sollten sie es wagen, in unser Land einzumarschieren, so werden hier mehr Yankees sterben als im 2. Weltkrieg, denn wir werden den Kampf unter keinen Umständen aufgeben: an der

Front, hinter der Front, im Untergrund. Solange in unseren Adern noch ein einziger Tropfen Blut fließt, werden wir nicht aufhören zu kämpfen.

Dies sollten wir tun und dies werden wir tun! Wir werden ja sehen, was passiert; wir werden sehen, was passiert, denn es fehlt uns weder an Kämpfern noch an Waffen. Wenn sie sich viel Mühe sparen wollen und daher beschließen, 20 Atombomben zu werfen, sollen sie es ruhig tun. Die Drohung mit Atombomben kennen wir bereits, und soweit ich mich erinnere, hat kein Bürger dieses Landes — kein einziger — deswegen eine schlaflose Nacht verbracht. Ohne Übertreibung, wir würden lieber tausendmal sterben als uns ergeben! Wir werden dem Imperialismus kein einziges Zugeständnis machen. Wir werden kein einziges unserer Prinzipien widerrufen!

Die Völker der Welt sind heutzutage nicht mehr so schwach, und ich glaube, wenn erst einmal alle Völker Lateinamerikas ihr Land mit soviel Entschlossenheit verteidigen wie Kuba, wie Nicaragua oder wie Grenada, dann wird die imperialistische Beherrschung in dieser Hemisphäre der Vergangenheit angehören.

Dazu könnten wir noch die Entschlossenheit der Revolutionäre von El Salvador rechnen und die Entschlossenheit der Revolutionäre von Guatemala. Die Imperialisten drohen mit Intervention in Mittelamerika, als ob das die Revolutionäre in Mittelamerika einschüchtern könnte. Seit 20 Jahren



kämpfen die Revolutionäre von El Salvador und Guatemala offen und im Untergrund, und sie würden es viel leichter finden gegen Invasoren zu kämpfen als gegen Lakaien der Yankees, die noch eine eigene Uniform, eine eigene Flagge und eine eigene Nationalhymne besitzen.

Humberto (Ortega, Sandinistaführer und Gast des PCC-Parteitag; d. Red.) hat eben von Sandino gesprochen. Damals waren andere Zeiten, das Kräfteverhältnis sah damals anders aus als heute, und es gab auch noch nicht die mächtige internationale revolutionäre Bewegung und die Solidarität wie heute. Sicher hat Sandino mit einer Handvoll schlecht bewaffneter Leute die Yankee-Invasoren geschlagen, und die Invasoren mußten das Land verlassen, um Somoza und die Nationalgarde zu hinterlassen — bis Somoza mit der Natio-

nalgarde dasselbe Ende fand, das alle Somozas und ihre Lakaien in diesem Weltteil erwartet.

Wir können also zwei grundlegende Schlußfolgerungen aus diesem Parteitag ziehen.

Einmal, Arbeit und Anstrengungen zur Erhöhung der Produktion und zum Ausbau der Dienstleistungen. Ich sagte, es gibt zwei Schlußfolgerungen, die wir in unserem Leben berücksichtigen müssen. Zunächst also müssen wir die vor uns liegenden Schwierigkeiten meistern und uns der Arbeit und dem Dienst widmen. Wir müssen unsere Anstrengungen verdoppeln, in der Landwirtschaft, in der Schule, in den Krankenhäusern, überall rationaler arbeiten und größere Anforderungen stellen. Kurz, ich meine, wir müssen mehr und besser arbeiten als je.

Kernaufgaben: Produktion und Verteidigung!

Zweitens müssen wir uns auf die Verteidigung des Landes vorbereiten. Mit anderen Worten, die beiden Hauptaufgaben sind Produktion und Verteidigung. Wir müssen die Territorialverteidigungsmilizen organisieren und die Partei und das Volk auf den Kampf unter allen Bedingungen vorbereiten. Wir müssen die Entschließung unterstützen, die der Milizionär vorgetragen hat, der im Namen der territorialen Verteidigungseinheiten von Pinar del Rio über die Sammelaktion für den Kauf von Waffen und die Verwendung unserer Freizeit und sogar eines Teils unseres Urlaubs für das Ausbildungsprogramm sprach, um die Wirtschaft nicht zu beeinträchtigen.

Die beiden Aufgaben dürfen nicht in Konkurrenz zueinander treten. Die Arbeit im Produktions- und im Dienstleistungsbereich muß Hand in Hand mit dem Kampftraining gehen. Wir müssen uns vorbereiten, darüber gibt es keine Zweifel. Wir müssen uns vor allem auf unser Training verlassen, mehr als auf die Zurechnungsfähigkeit des Feindes. Wir müssen uns auf unsere eigenen Kräfte stützen und dürfen uns nicht auf den gesunden Menschenverstand des Feindes verlassen. Und darum müssen wir notwendiger denn je ein Volk von Arbeitern und Soldaten werden.

Wir befinden uns inmitten der Zuckerrohrernte, und es geht gut voran. Die durchschnittliche Auslastung der Kapazitäten beträgt 88%, eine Zahl, die im letzten Dezember (1979; d. Red.) überhaupt nicht erreicht wurde, an keinem einzigen Tag. Die Arbeiter in den Zuckerfabriken und auf den Zuckerrohrfeldern arbeiten mit ungewöhnlichem Eifer, und ich glaube, in ihnen findet die Atmosphäre von Arbeit und Kampf ihren Ausdruck, die im Land vorherrscht.

Wenn wir unsere normale Beschäftigung wieder aufnehmen, wenn alle Delegierten des Parteitages wieder zu Hause sind, sollten sie sich von dem Gedanken und der Verpflichtung leiten lassen, die Produktion, den Dienstleistungsbereich, die Zuckerrohrernte und die Verteidigungsaufgaben uneingeschränkt zu unterstützen. Wir werden uns nicht an Überlegungen machen, ob die Yankees unser Leben schonen wollen oder nicht. Wir sollten uns damit beschäftigen, wie wir uns auf den Kampf vorbereiten und sie wissen lassen — wie es auf dem Parteitag hieß —, daß sie „eine harte Nuß zu knacken haben werden und einen tödlichen Stachel in ihrer Seite finden werden“. Das sind die zwei grundlegenden Gedanken, die wir vom Parteitag mitnehmen sollten. (...)

(Quelle: Granma, Weekly Review, Havanna, 28.12.1980)

Kuba-Broschüre

Broschüre zum 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas mit der Übersetzung der Parteitagsrede Fidel Castros
Hrsg.: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Sternenburgstr. 73, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/210648, Schutzgebühr 0,50 DM.

Francisco Gamboa

Die mittelamerikanische Revolution im Aufwind

Die revolutionäre Krise auf dem mittelamerikanischen Festland (Nikaragua, El Salvador, Guatemala) ist auch an den Volkskräften Kostarikas, der „Schweiz“ dieser Region, nicht spurlos vorübergegangen. Das zeigt der hier dokumentierte Beitrag von Francisco Gamboa, Generalsekretär der Partei der Volksavantgarde Kostarikas, den er auf der Internationalen Wissenschaftlichen Konferenz Ende Oktober 1980 in Berlin hielt. In dem soeben erschienenen AIB-Sonderheft 1/1981 (Bestellkarte in der Heft-Mitte) sind die wichtigsten Materialien der Berliner Konferenz zusammengefaßt, darunter Revolutionsanalysen der Befreiungsbewegungen zu Nicaragua, Grenada, El Salvador und Guatemala. In AIB 4/1981 soll eine gesonderte Einschätzung der inneren Entwicklung Kostarikas folgen.

(...) Mittelamerika und die Karibik sind zu einer Region stärkster revolutionärer Aktivität unserer Zeit geworden. Das Unterdrückungssystem des Imperialismus und der Oligarchien ist in Lateinamerika, nach dem Sieg der kubanischen Revolution (1959; d. Red.), in eine tiefe Krise geraten. Diese Krise vertiefte sich mit dem Sieg der sandinistischen Revolution in Nicaragua (im Juli 1979; d. Red.) und mit der Verschärfung des Kampfes der Völker in anderen



Ländern Mittelamerikas, besonders in El Salvador und Guatemala. (...)

Neben den bereits genannten Faktoren der Krise sind wir der Ansicht, daß sich in Mittelamerika in aller Schärfe neue Wesenszüge der allgemeinen Krise des Kapitalismus zeigen, Wesenszüge, die uns an die Möglichkeit denken lassen, daß die Krise in eine qualitativ neue Etappe eintritt. Ein Beispiel dafür ist die Tatsache, daß sich unsere Länder von der ökonomischen Katastrophe der Jahre 1974/1975 nicht erholen konnten und wir schon wieder die ersten harten Schläge einer neuen Krisenperiode des Kapitalismus verspüren.

Nikaragua — Auftakt der Revolution in Mittelamerika

Die Revolution in Nicaragua, deren Aktionen sich teilweise auf dem Territorium anderer mittelamerikanischer Länder abspielten und an denen die Bürger dieser Länder einen aktiven Anteil nahmen, hatte ganz entscheidende Auswirkungen auf die Politik, die Ökonomie und den Grad des revolutionären Bewußtseins am Isthmus. Die kubanische Revolution leitete die Revolution auf dem Kontinent ein, aber mit der Revolution in Nicaragua begann viel konkreter und unmittelbarer die Revolution in Mittelamerika.

Andererseits halten die blutigen Ereignisse in El Salvador und Guatemala die Flamme des Kampfes am Isthmus am Brennen und entfachen sie zu noch höherer Glut. Die Analyse der Lage Mittelamerikas in den politischen Thesen zum 13. Parteitag der Partei der Volksavantgarde endet daher mit folgenden Worten: „Wir können mit Fug und Recht feststellen, daß alle Völker des Isthmus, mit unterschiedlichem Entwicklungsstand, mit unterschiedlichen Mitteln, nach Maßgabe der Eigenheiten, die durch die Besonderheiten jeder dieser Gesellschaften geprägt sind, vor einem Prozeß stehen, der nach Einheit strebt: die mittelamerikanische Revolution.“ Im Rechenschaftsbericht an den 13. Parteitag heißt es: „Das Hauptkennzeichen der gegenwärtigen politischen Lage ist das Vorhandensein einer Krise, die die wichtigsten Gebiete des nationalen Lebens erfaßt hat, und die wachsende Entwicklung der Volksbewegung... Diese Krise zeigt, daß die Probleme zur Zerschlagung der alten Formen der Wirtschaftsstruktur und der imperialistisch-oligarchischen Herrschaft drängen.“

Die Kampfkraft, die sich im Volk entwickelt hat, wächst von Tag zu Tag: Die Zahl der Streikenden nimmt unaufhörlich zu, ebenso die Entschlossenheit und das Ausmaß ihrer Forderungen; die Gewerkschaftsbewegung wächst; es ist eine schnelle Entwicklung verschiedener Formen der Volksorganisation und eine Stärkung ihrer Kampfkraft zu verzeichnen.

Fast täglich liest man in unserer bürgerlichen Presse vom Bau von Barrikaden oder von Straßensperren wie auch von Zusammenstößen mit der Polizei. Ein Beispiel ist der Streik der Arbeiter von Puerto Limon, der fast den Charakter eines Aufstandes annahm, es gab Tote und Verletzte unter den Streikenden und der Polizei.

Man kann also zusammenfassend sagen, daß die politische Aktivität der Volksmassen in den 70er Jahren einen starken Aufschwung erlebt hat, und daß diese Entwicklung durch die Entwicklung des revolutionären Prozesses in Nicaragua wesentlich beschleunigt wurde.

Unsre Partei der Volksavantgarde, die Partei der Kommunisten Kostarikas, und die anderen revolutionären Parteien des Landes, die Sozialistische Partei und die Revolutionäre Bewegung des Volkes, leisteten einen hervorragenden Beitrag zur Solidarität mit Nicaragua und sogar in der höchsten Form der Solidarität, in der Teilnahme am bewaffneten Kampf.

Aber es ist wichtig zu sagen, daß der größte Teil der Bevölkerung in irgendeiner Form Solidarität mit Nicaragua übte. Der Haß gegen die Diktatur Anastasio Somozas hatte fast alle Schichten der Gesellschaft erfaßt. So erklärt sich teilweise zumindest die Haltung der Regierung und der Massenmedien, die fast ausnahmslos auf der Seite der Sandinistas standen.

Ein bedeutender Teil der gegenwärtigen politischen Krise ist bestimmt durch die wachsende Angst unserer Bourgeoisie aufgrund der Entwicklung in Mittelamerika. Diese Angst führt dazu, daß sie sich so schnell wie möglich organisieren muß, um der Welle der Revolution die Stirn zu bieten. Eine der unmittelbaren Auswirkungen dieser Haltung ist die Kampagne zur Blockierung sämtlicher Solidarität mit dem Volk von El Salvador.

Während die Bourgeoisie Kostarikas ihre Reihen gegen die Revolution in Nicaragua und gegen den revolutionären Prozeß in El Salvador schließt, unterdrücken die Armeen, Regierungen und die Oligarchie der anderen mittelamerikanischen Länder die Volksbewegung in ihren eigenen Ländern. Sie arbeiten gleichzeitig offen mit den Überresten der Somoza-Banden bei der Organisation konterrevolutionärer Aktionen zusammen und geben der Diktatur in El Salvador Unterstützung in vielfältiger Form. Diese reicht von der direkten militärischen Zusammenarbeit bis zum Schutz der Grenzen El Salvadors, um den Revolutionären das Überschreiten der Grenze unmöglich zu machen und ihnen den Nachschub abzuschneiden.

Die Gefahr einer direkten Militärintervention

Andererseits dürfen wir als Mittelamerikaner nicht einen Moment lang die Gefahr einer direkten militärischen Intervention außer acht lassen, sei es nun eine Intervention der USA oder der venezolanischen oder kolumbianischen Armee, die beide im Auftrage des Imperialismus als Berater für die Armee El Salvadors tätig sind.

Natürlich würde eine Intervention in El Salvador oder eine mögliche Aggression gegen Nicaragua die Frage der internationalen Solidarität auf eine höhere Stufe stellen. Wenn wir als Mittelamerikaner davon sprechen, daß sich unsere Region in ein neues Vietnam verwandeln könnte, denken wir an die enge Verknüpfung der revolutionären Prozesse und an die lebenswichtige Notwendigkeit, vereint gegen eine imperialistische Aggression zu kämpfen.

Hunderte von Kostarikanern, darunter 350 Mitglieder unserer Partei, haben in den Reihen der sandinistischen Befreiungsarmee gekämpft. Viele Kostarikaner, darunter Mitglieder unserer Partei, gaben ihr Leben bei der Erfüllung internationalistischer Aufgaben. Auch heute helfen viele Kostarikaner beim Wiederaufbau in Nicaragua mit. In der gleichen Weise unterstützen wir den revolutionären Prozeß in El Salvador, und wir sind entschlossen, diese solidarische Hilfe im Rahmen unserer Kräfte zu verstärken.

All das heißt, daß uns die imperialistische Aggression, in



Sandinista zur Konterrevolution: „Das wird Dich hindern, Dein häßliches Haupt zu erheben.“

welcher Form sie auch immer auf uns zukommen möge, zutiefst in den revolutionären Prozeß einbezogen und fest mit unseren mittelamerikanischen Brüdern vereint vorfinden wird. Zur Entwicklung der Revolution in Kostarika sagt das vom 13. Parteitag ausgearbeitete Programm: „In unserem Land herrschen geeignete Bedingungen für die Entwicklung des revolutionären Kampfes auf dem nichtbewaffneten Weg. Unsere Partei hält es für ihre Pflicht, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, damit sich der Veränderungsprozeß auf diesem Wege vollzieht mit möglichst wenig Gewaltanwendung. Sie muß aber für den Fall, daß sich die Bedingungen im Lande ändern, vorbereitet sein, d.h. für den Fall, in dem die herrschende Klasse die politischen und sozialen Veränderungen, derer unser Land dringend bedarf, mit Waffengewalt zu verhindern sucht.“

Das Programm weist auf die Gefahren hin, die unserem Land drohen und stellt fest, daß die Abhängigkeit des Landes vom amerikanischen Imperialismus und die Existenz von Militärdiktaturen in einigen Nachbarländern Faktoren sind, die „dem Prozeß des friedlichen Übergangs entgegenwirken“. (...)

Für uns ist die Solidarität eine vorrangige Aufgabe. Wir stehen dem Meinungs Austausch und der Zusammenarbeit mit allen revolutionären Bewegungen unserer Region und der gesamten Welt offen gegenüber. Wir sind Mitglied einer Einheitsbewegung, die die revolutionären Parteien unseres Landes vereint, und achten respektvoll und unterstützen nach Kräften die kommunistischen Parteien und anderen revolutionären Kräfte Mittelamerikas. (...)

Die Einheit im Kampf kann niemals eine völlige Identität der Meinungen erfordern. Wir arbeiten mit anderen revolutionären Bewegungen Mittelamerikas auf der Grundlage der Achtung und ernsthaften Diskussion der jeweiligen Positionen zusammen. (...)

Wir stehen fest zusammen gegen einen gemeinsamen Feind, den US-Imperialismus, der auf dem mittelamerikanischen Isthmus schwere Schläge hinnehmen muß. Ganz eindeutig erschüttert der heldenhafte Kampf der Völker Nicaraguas, El Salvadors und Guatemalas die Grundfesten des Imperialismus auf seinem Hinterhof. Diese kleinen Länder spielen im allgemeinen Rahmen des Kampfes der Völker der Welt eine bedeutende Rolle im Ringen um Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus. Die Völker Mittelamerikas, ein von der Welt fast ignoriertes Gebiet, Sitz verhaßter Diktaturen, Schauplatz faschistischer Unterdrückungsmethoden, erheben sich heute gegen den Imperialismus. Diese Völker brauchen wachsende Solidarität in ihrem mutigen Kampf.

Peru nimmt im gegenwärtigen politischen Kontext Lateinamerikas einen wichtigen Platz ein. Nach 12jähriger Militärherrschaft – Reformphase unter General J. Velasco Alvarado (1968-75) und eine zweite Phase der Restauration unter General Morales Bermudes (1975-80) – ist das Land nach den allgemeinen Wahlen im Mai 1980 wieder zu bürgerlich-demokratischen Herrschaftsformen zurückgekehrt (siehe AIB 11-12/1980, S. 56-57).

In dieser Situation vermochte es die peruanische Linke, sich einmal mehr zu einem gewichtigen Faktor zu profilieren. Bei den Kommunalwahlen vom November 1980 konnte die Vereinigte Linke (IU) ca. 1/3 der Stimmen auf sich vereinigen. Am 15. Januar 1981 ließ ein 24stündiger Generalstreik, der von mehreren großen Gewerkschaften Perus ausgerufen wurde, aufhören. Die Protestaktion, die von der Regierung Belaunde mit massivem Polizeieinsatz beantwortet wurde, richtete sich gegen die drastischen Preiserhöhungen von Nahrungsmitteln, Brennstoffen und Fahrpreisen.

Prof. D. Boris, Mitherausgeber des AIB, konnte in dem folgenden Interview mit G. Espinoza Montesinos einige Hintergründe dieser peruanischen Entwicklung ausleuchten. G. Espinoza war von 1960-65 Vorsitzender des Fortschrittlichen Studentenverbandes Perus (FEP) und 1969-76 Generalsekretär der Allgemeinen Arbeiterkonföderation Perus (CGTP), des zentralen Gewerkschaftsverbandes, der ca. 70-80% der gewerkschaftlich Organisierten des Landes repräsentiert. Heute ist er Mitglied der Politischen Kommission und Sekretär für Internationale Beziehungen der Peruanischen Kommunistischen Partei (PCP).

Interview mit G. Espinoza Montesinos

Zum Kommunalwählerfolg der Linken



AIB: Welche Bedeutung haben die Kommunalwahlen? Wie schätzen Sie den Kommunalwahlkampf, die Taktik und das kommunalpolitische Programm der Vereinigten Linken ein?

G. ESPINOZA: Man muß zunächst bedenken, daß Kommunalwahlen in diesem Land nicht häufig stattfinden. Die am 23. November (1980; d. Red.) abgehaltenen sind die ersten seit 14 und die zweiten seit mehr als 20 Jahren. Auch deswegen sind sie wichtig, aber vor allem sind sie dies deshalb, weil sie gestatten, die Fluktuationen der Wählerschaft einzuschätzen, die in unserem Land innerhalb der letzten drei Jahre dreimal befragt worden ist (im Juni 1978, im Mai 1980 und jetzt erneut im November 1980).

Der Wahlkampf der Vereinigten Linken ist sehr vernünftig gewesen. Er hat sich auf die grundlegenden Probleme des Volkes bezogen, zu einer Zeit, in der dieses unter Krisenlasten leidet, auf die Unfähigkeit der herrschenden Klassen, einen Ausweg zu finden und auf die Notwendigkeit, zu begreifen, daß dieser Weg die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft ist. Im übrigen hat er den Faktor der Einheit gut genutzt, um die unentschlossenen Linkswähler zu gewinnen, die Anfang Mai (1980; d. Red.) aus der Erwägung heraus, daß die zersplitterte Linke keine Sicherheit bieten könne, die Volksaktion (AP) gewählt hatten.

Das kommunalpolitische Programm hatte im wesentlichen diesen Charakter, wie es sich auch auf die dringenden Be-

dürfnisse der Bevölkerung bezog. Deshalb hat es sehr tief eingeschlagen. Man muß zweifellos bedenken, daß es, weil es das erste Einheitsprogramm der Linken war, sehr detailliert unterschiedliche Gesichtspunkte aufnehmen mußte. Dadurch ist es bereichert, aber auch komplexer geworden. Wir haben keinen Grund, unzufrieden zu sein. Die Revolutionäre Volksallianz Amerikas (APRA)¹ hat aufgrund ihrer reaktionären Politik und ihrer internen Widersprüche verloren. Die Regierung hat bereits nach kurzer Amtszeit ihre Unbeliebtheit gezeigt. Die ultrarechten Parteien – wie die Christliche Volkspartei (PPC) – sind nicht fähig gewesen, aus irgendetwas Nutzen zu ziehen.

Die einzige Bewegung, die einen Aufstieg erlebt, ist die Volksbewegung, die in der Vereinigten Linken zusammengeschlossen ist. Zum ersten Mal in der Sozialgeschichte Perus wird die Linke in mehreren der wichtigsten Städte Perus die Regierungsgewalt innehaben. Auch in unserem Land werden wir einen Südkegel (Cono Sur) haben, nur, daß dieser fortschrittlich sein wird, gebildet aus Tacna, Moquegua, Arequipa und Puno (Hauptstädte der südlichen Departements des Landes; d. Red.), wo die Linke die Mehrheit in den Stadträten hat und sogar die Bürgermeister stellt.

AIB: Wie reihen sich diese Wahlen in die Entwicklung der politischen und der Wahlkonjunktur seit der „zweiten Phase“ der Militärherrschaft ein? Wie erklärt sich der wichtige Aufschwung der Volkskämpfe und der Kämpfe der peruanischen Arbeiterklasse während dieser Phase?

G. ESPINOZA: Kürzlich haben wir bei einer Parteiveranstaltung darauf hingewiesen, daß der Wahlvorgang vom 23. November (1980; d. Red.) sich in einen Prozeß einordnet, der 1978 unter der Militärherrschaft von Morales Bermudez eingeleitet wurde. Das ist ein Prozeß, der unter dem Vorwand, „die Macht an die zivilen Kräfte zu übergeben“, die Positionen der reaktionären Parteien zu konsolidieren sucht und danach trachtet, die Herrschaft der alten bürgerlichen Demokratie in unserer Heimat wiederherzustellen. Deswegen muß man, wenn man über die Kommunalwahlen spricht, auf die politische Niederlage zurückkommen, die unser Volk seit August 1975 erlitten hat und die sich im Abbau der revolutionären Umgestaltungen ausdrückte, die in den sieben vorangegangenen Jahren in der peruanischen

Gesellschaft durchgeführt wurden.

Auch wiesen wir darauf hin, daß dieser Rückschlag sich im Lande nicht kampfflos, nicht ohne den eisernen Widerstand der Arbeiter ereignete. Beweis dieses nachhaltigen Volkswiderstandes waren die nationalen Arbeitsniederlegungen im Juli 1977, im Mai 1978 und auch im Juli 1979.

Die Arbeiter kämpften energisch gegen die repressive und aushungernde Politik der Militärregierung in ihrer „zweiten Phase“ und verteidigten die zuvor erreichten revolutionären Errungenschaften ebenso wie die übertretenen Gesetze. Auch heute noch dauern, trotz der vergangenen Zeit, die gewerkschaftlichen und Volkskämpfe an: zur Verteidigung der Arbeitsplatzsicherheit,² der Industriellen Gemeinschaft,³ der Agrarreform, des Streikrechts und des Rechts auf gewerkschaftliche Organisierung und vieler anderer Errungenschaften, die von Morales Bermudez⁴ willkürlich nicht anerkannt wurden und die auch heute von dieser reaktionären Zivilregierung nicht anerkannt werden, womit sie einen eindeutigen Beweis für etwas erbringt, was wir schon immer gesagt haben und was nicht alle verstanden: daß eine reaktionäre Regierung nicht notwendig eine Militärregierung sein muß, weil auch zivile Regierungen reaktionär sind, wenn sie die Interessen des Imperialismus und der industriellen Großbourgeoisie vertreten, wie es in diesem Fall geschieht.

AIB: Wie sind – Ihrer Meinung nach – das Velasco-Regime, das von ihm Erreichte, seine Widersprüche, seine Grenzen und die Ursachen für das Scheitern seiner Pläne zu bewerten?

G. ESPINOZA: Die Regierung von Velasco Alvarado ist objektiv die einzige patriotische und antiimperialistische Regierung des republikanischen Peru gewesen. Die einzige, die soziale Bedeutung und sozialen Inhalt hatte, trotz ihrer wichtigen klassenmäßigen Schranken.

Die Velasco-Regierung machte auch Fehler

Die Regierung Velasco machte bedeutende Schritte in der Agrarfrage, in der Nationalisierungspolitik, bei der Wiedererlangung und dem Schutz der Rohstoffe, bei der Entwicklung einer unabhängigen und souveränen Außenpolitik, beim Schutz der am stärksten verarmten Bevölkerungsschichten, Selbst die Last der Wirtschaftskrise wurde nicht – wie es jetzt geschieht – auf die Schultern der Volksmassen abgewälzt, dank der Orientierungen der Regierung, die es erlaubten, die Subventionierung der Güter des grundlegendsten Bedarfs aufrechtzuerhalten.

Dies bedeutet nicht, daß die Velasco-Regierung keine Fehler begangen hätte. Zweifellos beging sie diese. Ihr Hauptfehler war, sich nicht auf die Massen zu stützen. Der Regierung mangelte es an Unterstützung durch das Militär und am Zusammenhalt der Streitkräfte. Auch fehlte ihr eine strategische Konzeption des revolutionären Prozesses, was dazu beitrug, die Einheit aller demokratischen und fortschrittlichen Kräfte um die revolutionäre Macht zu hemmen.

Zweifellos hat diese Periode des nationalen Lebens vieles hinterlassen. Unter anderem die erhöhte Politisierung der Massen, die es eigentlich ermöglicht, daß die Linke heute eine große Unterstützung durch die breitesten Massen erfährt.

AIB: Was denken Sie über die Politik der Linken (und ihrer verschiedenen Strömungen und Parteien) gegenüber dem Velasco-Regime und dem Regime von Morales Bermudez?

G. ESPINOZA: Die Peruanische Kommunistische Partei (PCP) hatte einen historischen Erfolg: sie nahm das Neue im nationalen Leben wahr, die fortschrittliche und patriotische Richtung, den antiimperialistischen Kurs der von Velasco im Bewegung gesetzten Veränderungen und unterstützte sie in-

folgedessen. Die besagte Unterstützung verband sich mit einem Kampf, der gegen die klassenmäßigen Schranken der Regierung eingeschlagen worden war, gegen ihre Vorurteile und ihre autoritären und sogar repressiven Konzeptionen.

Dies geschah nicht bei allen Gruppen der Linken, unter denen man die Maoisten und die Troztkisten benennen kann. Historisch gesehen wird man sagen können, daß die von ihnen angenommene Position derjenigen gleichkam, die im Land von den Parteien der reaktionärsten Rechten ergriffen wurde.

Die Dinge veränderten sich, als Velasco entmachtet wurde. Der Aufstieg von Morales Bermudez wurde von unserer Partei nicht in angemessener Weise betrachtet, die nicht begriff, daß er einen Rückschritt und eine politische Niederlage für unser Volk bedeutete. Objektiv gesehen brachte die PCP 18 Monate damit zu, den Wechsel vollständig wahrzunehmen und ihre Linie zu verändern. In diesem Zeitraum nützten die maoistischen und troztkistischen Gruppen, die gegen Velasco gekämpft hatten und Opposition gegenüber Morales Bermudez aufrechterhielten, die Unzufriedenheit der Massen aus. Dies zahlte sich politisch schnell für sie aus. Jetzt hat sich die Situation bereits weiterentwickelt.

Wir alle haben kritisch und selbstkritisch Bilanz unserer Linie gezogen, und wenn auch noch nicht alle Fehler explizit eingestanden sind, in der Praxis sind sie aufgehoben. Heute kämpfen z.B. die Maoisten und Troztkisten für die Arbeitsplatzsicherheit, die sie früher bekämpft haben, für die Industrielle Gemeinschaft, die sie einst als „faschistische Ausgeburt“ kennzeichneten, für die Verteidigung der Agrarreform, die sie als „korporativistisch“ einstufte, usw.

Diese politischen Veränderungen haben es erlaubt, die Beziehungen innerhalb der Linken spürbar zu verbessern und haben die Bemühungen um die Einheit erleichtert. Gerade deswegen ist die Vereinigte Linke entstanden.⁵

AIB: Was können Sie über die Spezifika der PCP im Vergleich zu anderen Parteien der Linken sagen?

E. ESPINOZA: Die PCP ist die älteste und organisierteste Bewegung der peruanischen Linken. Wer ihre politische Linie oder ihre Positionen zum nationalen oder internationalen Bereich diskutiert, erörtert zweifellos nicht diese anderen Charakteristika, die zusammenhängen mit den revolutionären peruanischen Traditionen, mit der relativ starken organischen Struktur der PCP und ihrer Fähigkeit, die Massen in Bewegung zu setzen und zu mobilisieren.

Ein kennzeichnendes Merkmal der PCP ist zweifellos ihre starke Verwurzelung in der Arbeiterklasse. Immer hatte die Kommunistische Partei ihre Hauptwirksamkeit in der Gewerkschaftsbewegung, und die aktuellen Ereignisse bestätigen diese Aussage. Es gibt in der peruanischen Linken keine Kraft, die sich im Arbeits- oder Gewerkschaftsbereich mit der PCP messen könnte. Nicht einmal alle anderen geeinten Kräfte der Linken könnten der Kommunistischen Partei diese Präsenz streitig machen.

Anmerkungen:

- 1) Diese 1924 von V. Haya de la Torre gegründete bürgerlich-populistische Partei trug zunächst stark antiimperialistische und antioligarchische Züge, entwickelte sich jedoch spätestens seit den 40er Jahren hin zu gegenteiligen Positionen. Sie besitzt maßgeblichen Einfluß im Kleinbürgertum und der mittleren Bourgeoisie.
- 2) Während der ersten Phase der Militärregierung unter General Velasco Alvarado (1968-75) wurde ein Gesetz zur Arbeitsplatzsicherheit erlassen, das die Möglichkeiten der Entlassung bedeutend einschränkte.
- 3) 1970 wurde den Beschäftigten im industriellen Bereich in Form der sog. Industriellen Gemeinschaften gesetzlich Mitbestimmungs- und Gewinnbeteiligungsmöglichkeiten eingeräumt.
- 4) Der rechtsgerichtete General Morales Bermudez wurde nach einem innermilitärischen Putsch 1975 Präsident und regierte Peru bis 1980.
- 5) Im September 1980, kurz vor den Kommunalwahlen, schlossen sich die Linkskräfte Perus zur Vereinigten Linken (IU) zusammen.

Seit der Phase 1978/79, da das irakische Baath-Regime seinen Rechtskurs verschärfte, die Verfolgungsjagd auf alle national-progressiven Kräfte ausdehnte und diese in den Untergrund bzw. ins Exil trieb, gab es zwischen diesen Kontakten zur Formierung einer antidiktatorischen Front. Am 26.12.1979 hatten bereits vier irakische Oppositionsparteien die Gründung eines Ständigen Koordinationskomitees zur Schaffung einer Nationaldemokratischen Front vereinbart. Das Kernziel des Komitees lautete auf Sturz des Diktaturregimes unter Saddam Hussein und Bildung einer nationaldemokratischen Regierung (siehe AIB 7-8/1980, S. 25-28).

Am 12. November 1980 konstituierten schließlich acht oppositionelle irakische Organisationen in Damaskus die Patriotisch-Nationaldemokratische Front des Irak (PNDF). In ihrem Grundsatzprogramm der hier dokumentierten PND-Charta, stehen Fragen wie die einer realen Volksdemokratie, einer solidarischen Haltung gegenüber der iranischen Revolution und einer irakischen Wiederhinwendung zur Palästinafrage (Beitritt zur Arabischen Standhaftigkeitsfront!) im Vordergrund. Unterzeichner der Charta sind: die Arabische Sozialistische Baath-Partei (prosyrischer Flügel), Kurdische Patriotische Union, Irakische Kommunistische Partei, Sozialistische Arabische Bewegung, Sozialistische Partei des Irak, Irakische Organisation der Volksbefreiungsarmee, Unionistische Kurdische Sozialistische Partei und die Unabhängigen Demokraten.

Charta der Patriotisch-Nationaldemokratischen Front des Irak

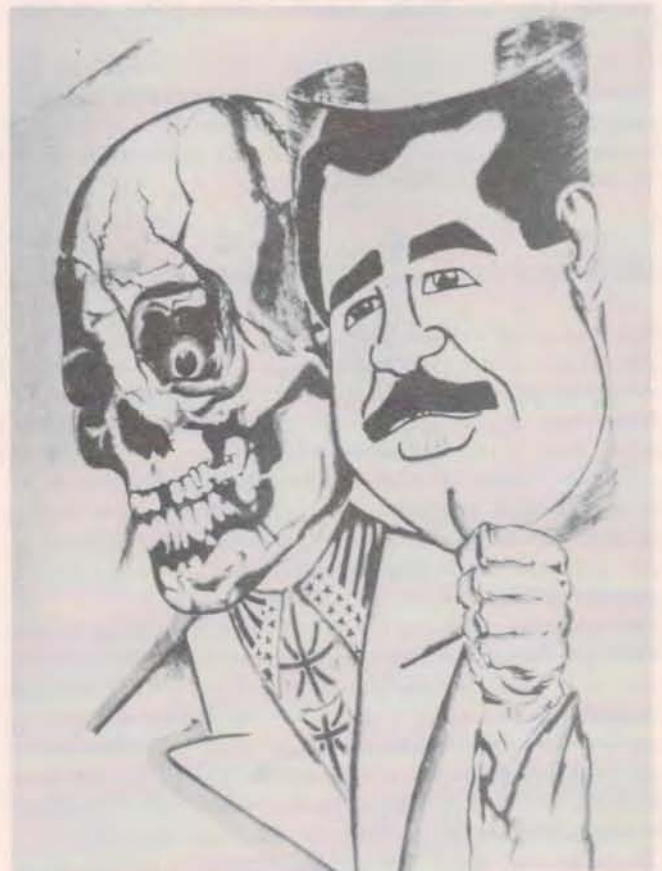
Die Frage der nationalen Solidarität hat im Rahmen der nationalen Bewegung im Irak stark an Bedeutung gewonnen und wurde von allen Kräften des Fortschritts und von den demokratischen Parteien unterstützt. Angesichts der Eigenart der nationalen, gesellschaftlichen Aufgaben erfordert deren Erfüllung die Anstrengung aller antiimperialistischen Schichten und Klassen. Das, was unser Volk erreicht hat, ist das Ergebnis der Solidarität und Allianz aller fortschrittlichen Kräfte.

Die Frage der Allianz in einer Front ist zu einer vorrangigen geworden. Die innere Verantwortung und Zusammenarbeit in der Patriotisch-Nationaldemokratischen Front des Irak (PNDF) ist nach wie vor eine dringende nationale Aufgabe, der sich unsere Front bewußt ist.

Sie kennt auch die wachsende Bedrohung der imperialistischen, zionistischen und reaktionären Aggression gegen die arabische nationale Befreiungsbewegung, die vor allem gegen das arabisch-palästinensische Volk gerichtet ist. Die Notwendigkeit der Vereinigung aller antiimperialistischen Kräfte in der arabischen Welt ist eine Tatsache.

Dank des ununterbrochenen Kampfes unserer arabischen und kurdischen Völker sowie der nationalen Minderheiten unter Führung ihrer nationalen Organisationen konnte unsere nationale Bewegung im Irak seit dem Ausbruch der Revolution vom 14. Juli 1958 wichtige Errungenschaften erreichen. Die Front förderte die Koalition zwischen Arbeiterklasse und Bauern, der städtischen Kleinbourgeoisie und anderer fortschrittlicher Organisationen der Mittelschicht. Alle diese sollten ihre Kräfte vereinigen und mobilisieren, um die Errungenschaften der nationaldemokratischen Revolution sowie die Interessen des irakischen Volkes zu verteidigen.

Den Sturz des despotischen „Baath“-Regimes im Irak würde uns dazu verhelfen, ein demokratisches System im Irak aufzubauen, die reale Autonomie Kurdistans anzuerkennen und damit eine tiefe gesellschaftliche Evolution in Gang zu setzen, sowie am nationalen Kampf gegen den Imperialismus/Zionismus teilzunehmen mit dem Ziel, die eroberten arabischen und palästinensischen Gebiete zu befreien und die Rückkehr des palästinensischen Volkes in seine befreite Heimat, damit im Endeffekt die Errichtung eines unabhängigen Staates zu ermöglichen.



Das heutige diktatorische Regime vertritt im Wesentlichen die Interessen der Bourgeoisie.

Die Politik des bestehenden diktatorischen Regimes verhindert die Teilnahme des Irak am Kampf gegen Imperialismus, Zionismus und arabische Reaktion und führte das Land in eine wirtschaftliche und soziale Krise. Eines seiner Merkmale ist die Usurpierung des Rechts des Volkes auf Selbstbestimmung durch seine legitimen Vertreter.

Im Irak herrscht eine isolierte Clique mit faschistischen Repressionsmethoden über die Volksmassen und verfolgt alle nationalen, demokratischen und progressiven Kräfte, Grup-

pierungen und Parteien. Die regierende Baath-Partei scheute sich nicht, das Volk sämtlicher Freiheiten und demokratischen Rechte zu berauben. Es wurde eine Fülle von Terror- und Willkürgesetzen erlassen, die im Gegensatz zur Charta der Menschenrechte stehen. Die Anwendung dieser Gesetze und anderer terroristischer Erlasse wurde in die Hände außerordentlicher Gerichte und Kommissionen gelegt, deren Führung direkt der regierenden Partei unterstellt ist. Viele unschuldige Bürger sind diesen Scheinprozessen zum Opfer gefallen.

Ein Vernichtungskrieg gegen die Kurden wurde proklamiert. Kurdische Bauern wurden aus ihren Wohnorten in andere Gebiete zwangsumgesiedelt. Die rassistischen Deportationsmaßnahmen gegen das kurdische Volk wurden durchgeführt, um sein Recht auf Autonomie und Selbstverwaltung (gemäß Autonomiegesetz von 1974; d. Red.) zu untergraben.

Zu den direkten Folgen dieser Krise gehören auch die Verschärfung der Lebensbedingungen, der Wohnungsnot, der Transport- und Dienstleistungsmisere, worunter die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung leidet, und das trotz der beträchtlichen Ressourcen, über die das Volk nicht bestimmen kann.

Der Mißerfolg dieser inneren Politik spiegelt sich in seinen Beziehungen sowohl zu den arabischen Ländern als auch auf internationaler Ebene wider und äußert sich am klarsten in der Allianz und Zusammenarbeit mit den reaktionärsten Regimes, die dem Imperialismus dienen und im Abbruch der Beziehungen zur Arabischen Front der Standhaftigkeit (antiimperialistische Allianz Syriens, Libyens, Algeriens, des Südjemen und der Palästinensischen Befreiungsorganisation – PLO, gegründet Ende 1977; d. Red.) im offenen Komplott gegen ihre Mitglieder, insbesondere was die Syrische Arabische Republik und die Volksrepublik Jemen betrifft, dazu in seiner Feindseligkeit gegen die Nationaldemokratische Front im Nordjemen und in seinen Versuchen, innerhalb der arabischen Befreiungsbewegung Unruhe zu stiften sowie die PLO zu schwächen, indem es versucht, eine separatistische Organisation zu schaffen, deren Handlungsspielraum vom Regime in Bagdad bestimmt wird.

Die Demokratie und die Koalitionsregierung

Die reaktionäre Haltung äußerte sich ebenfalls in der Unterstützung des Schah-Regimes bis zu seinem Umsturz (im Februar 1979; d. Red.) und in seinem Widerstand gegenüber der iranischen Revolution sowie der Vertreibung von Tausenden von irakischen Sympathisanten mit der iranischen Revolution. Ein weiterer Beweis ist seine Haltung gegenüber der Revolution in Afghanistan und seine Versuche, die freundschaftlichen Beziehungen mit den sozialistischen Staaten zu stören.

Die Lösung der gegenwärtigen Krise liegt darin, dem Volksinteresse an einer fortschrittlichen Entwicklung des Landes zu dienen. Sie bedingt die Errichtung einer breiten Nationaldemokratischen Front, in der alle antiimperialistischen, antireaktionären Parteien und Kräfte verbündet sind.

Um das diktatorische Regime zu stürzen, müssen wir zu allen Mitteln, also auch dem Mittel des bewaffneten Kampfes, greifen, damit wir ein demokratisches Koalitionsrecht ins Leben rufen können, das die demokratischen Rechte des Volkes respektiert und das Recht der Kurden des Irak auf Autonomie anerkennt. Die Front tritt ein für eine nationaldemokratische Revolution, die den ganzen Irak umfaßt und die materiellen und sozialen Grundlagen für eine zukünftige sozialistische Entwicklung schafft.

Die nationale Front ist eine gemeinsame Führung im Kampf des Volkes für die Verwirklichung dieser Charta. Für die

beteiligten Parteien gibt es keine Vorbedingungen. Ausschlaggebend ist die Politik der Partei, ihre Verantwortung und ihre Leistungsfähigkeit in bezug auf die Mobilisierung des Volkes. (...)

Das Bedürfnis unseres Volkes nach politischer Demokratie und sein Beharren auf deren Verwirklichung haben dazu geführt, daß diese Forderungen im Vordergrund des Kampfes stehen.

Der Kampf der PPDF richtet sich deshalb auf:

I. **Sturz des gegenwärtigen diktatorischen Regimes** und die Errichtung einer Regierung der Nationalen Front, die an das Recht und die Freiheit des Volkes glaubt und sich in ihrer Politik und ihrem Programm auf diese Charta und ihre Ziele sowohl auf irakischer, arabischer als auch internationaler Ebene stützt.

II. **Beendigung aller Erscheinungsformen und Spuren des diktatorischen Regimes**, seiner feindlichen Politik gegenüber der Freiheit des Volkes und seiner patriotischen und demokratischen Rechte.

Beendigung der diktatorischen Erscheinungen im Staatsapparat, in den Gewerkschaftsorganisationen:

1. Schluß mit der politischen Repression gegen das kurdische Volk und die nationalen Minderheiten; Gewährleistung des Rechts des kurdischen Volkes auf wirkliche Autonomie, die sich auf die Charta stützt, und Beseitigung jeder nationalen, religiösen Diskriminierung.

2. Beendigung des Ausnahmezustands, Abschaffung der Gesetze und Erlasse sowie der Institutionen, die solche Zustände legitimiert haben oder praktizieren.

3. Freilassung aller politischen Gefangenen durch den Erlass einer allgemeinen und sofortigen Amnestie.

4. Rückkehr der Zivilisten und Militärs, die aus politischen Gründen entlassen wurden und ihre Wiedereingliederung in ihre Funktionen und Arbeiten in Schulen und Hochschulen.

5. Abschaffung der Ausnahme- und Terrorgerichte sowie der Institutionen, die die Freiheit einschränken.

6. Säuberung des Staatsapparates von reaktionären Kräften, die Verbrechen am Volk verübt haben und Zurechnenschaftziehung dieser Elemente.

7. Verabschiedung eines Gesetzes, das die Rechte der „Martyrer der nationalen Befreiung“ auf soziale Sicherung garantiert.

8. Die Rückkehr aller Flüchtlinge und Deportierten in ihre Wohnungen und Häuser sowie ihre Rehabilitierung.

III. **Verankerung der demokratischen Lebensweise in Gesellschaft und Staat.**

1. Organisationsfreiheit für politische Aktivitäten von nationalen Parteien und Gruppen.

2. Gewährung der Freiheit für Werktätige und Bauern, Studenten, Jugendliche, Lehrer und Frauen und alle Bevölkerungsgruppen zum Zwecke der Durchführung freier und demokratischer Wahlen für Gewerkschaften und Vereinigungen.

3. Gewährung der Pressefreiheit sowie des Rechts auf Publikationen, Versammlungen, Demonstrationen und auf Streiks.

4. Respektierung der Religionsfreiheit der Bevölkerung.

5. Die Übergangszeit.

In der Übergangszeit zu einem demokratischen konstitutionellen System soll ein nationaler Gründungsrat eine Verfassung erarbeiten auf der Grundlage des allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlrechts sowie der Zulassung der nationalen Parteien, die die Kandidaten für ein Parlament aufstellen. In der kurdischen Provinz soll auf gleicher Basis ein Legislativer Rat gebildet und den nationalen Minderheiten das Recht auf administrative und kulturelle Selbstbestimmung gegeben werden.

IV. **Beseitigung der Unterdrückungsaufgaben des Militärapparats** und seine Mobilisierung mit dem Ziel, seine nationale

Rolle bei der Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und der nationalen Souveränität zu spielen bzw. im Kampf gegen die imperialistische und zionistische Aggression und ihre expansionistischen Pläne einen Beitrag zu leisten und die Front des Widerstands und der Standhaftigkeit bei der Abwehr der kolonialistischen und reaktionären Komplotts gegen die arabische nationale Befreiungsbewegung zu unterstützen.

Die arabische Politik und die Palästinafrage

A. Die drängendsten Aufgaben der arabischen nationalen Bewegung

Die arabische nationale Bewegung einschließlich der palästinensischen Revolution sind gegenwärtig einem gezielten imperialistischen zionistischen Angriff ausgesetzt, dessen gefährlichste Form durch die Unterschrift Sadats unter das Abkommen von Camp David (vom September 1978; d. Red.) und unter dem Schutz des amerikanischen Imperialismus zustande gekommen ist.

Diese Vereinbarung zielte darauf, die gerechten Ansprüche des arabisch-palästinensischen Volkes und seinen bewaffneten Kampf zu liquidieren bzw. die Errungenschaften, die die arabische nationale Befreiungsbewegung verwirklicht hat, zu zerschlagen und die Hegemonie des amerikanischen und zionistischen Imperialismus über die Region zu sichern. (...) Daneben werden künstliche Konflikte mit der iranischen Revolution konstruiert zur Schwächung der Solidarität der Völker der Region in ihrem gemeinsamen Kampf gegen die imperialistischen Pläne.

Das herrschende diktatorische Regime des Irak und seine Politik bzw. sein Beitrag in Form einer aggressiven Außenpolitik in Verbindung mit den arabischen reaktionären Regimes dient praktisch den Zielen des amerikanischen Imperialismus. Der Irak versagte im Kampf der arabischen Nation um Selbstbestimmung und trug zur Schwächung ihrer effektiven Abwehr gegen diese Angriffe bei.

Die Front kämpft also, um das diktatorische Regime zu Fall zu bringen und die Errichtung einer nationaldemokratischen Koalition zu ermöglichen.

Aktionsprogramm:

1. Sofortiger Anschluß des Irak an die Standhaftigkeitsfront unter Einsatz der militärischen Macht und des politischen Potentials, was sie effektiver machen könnte.
2. Verstärkung des effektiven Kampfes, um das Komplott von Camp David zum Scheitern zu bringen sowie Sprengung der aggressiven Koalition zwischen amerikanischen Imperialisten und Zionisten sowie ihrem Verbündeten, dem verräterischen Regime Sadats; Konzentrierung des irakischen Militärpotentials auf den Kampf gegen den zionistischen Feind.
3. Verwirklichung verschiedener Formen der politisch-wirtschaftlichen Koordination und Kooperation zwischen den arabischen nationalen Staaten, um den arabischen Kampf für die Befreiung der besetzten Gebiete Palästinas und die Wiederherstellung der Rechte des palästinensischen Volkes zum Erfolg zu führen.
4. Unterstützung der Prinzipien der arabischen Völker und der fortschrittlichen Kräfte gegen Kolonialismus und reaktionäre arabische Regimes bzw. Festigung der Beziehungen zu den verschiedenen Befreiungsbewegungen und Teilnahme am Arabischen Volkskongreß sowie Unterstützung und Festigung der arabischen Einheit.
5. Festigung der solidarischen Beziehungen zur iranischen Revolution, Unterstützung ihres Kampfes gegen den amerikanischen Imperialismus, die Überreste des Schah-Regimes, Unterstützung bei der Verwirklichung ihrer Ziele, der gesellschaftlichen und demokratischen Entwicklung, aller Aktionen, die zur Gewährung der nationalen demokratischen Rechte aller Völker im Iran führen. (...)

C. Die Palästinafrage

Die nationale Front betont, daß die Palästinafrage ein nationales arabisches Problem und der Mittelpunkt des arabisch-zionistischen Konflikts ist. (...)

Deshalb zielt die nationale Front auf die:

1. Unterstützung des Kampfes der PLO als legitimer, alleiniger Vertreterin des palästinensischen Volkes.
2. Unterstützung des Kampfes der palästinensischen Massen in den besetzten Gebieten unter Führung der Palästinensischen Nationalen Front.
3. Mobilisierung des militärischen Gewichts und des politischen Potentials des Irak im nationalen Kampf gegen Zionismus und Imperialismus.

Die Orientierung der Außenpolitik des diktatorischen Regimes des Irak zielte auf folgende Punkte: Annäherung an den Imperialismus; Zusammenarbeit mit den reaktionären Kräften und Regimes, Beteiligung an den Aktionen der arabischen reaktionären Kräfte; Versuche, die nichtpaktgebundenen Länder zu spalten und die Beziehungen zwischen den arabischen Befreiungsbewegungen und ihren Verbündeten, speziell den sozialistischen Staaten, zu stören.

Außerdem wurden die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten verstärkt. Diese Annäherungsversuche haben den Interessen des nationalen Kampfes geschadet. Das jetzige Regime hat die irakischen Kräfte nicht für den Kampf der arabischen Nation gegen den Zionismus und die amerikanischen Angriffe eingesetzt. (...) Deshalb strebt die PLO eine antiimperialistische und antizionistische Außenpolitik an:

- Konsolidierung der Unabhängigkeit, des nationalen Selbstbestimmungsrechts auf der Basis der gegenseitigen Interessen und der Gleichberechtigung in den internationalen Beziehungen;
- Ablehnung ungerechter Abkommen und Verträge;
- Annullierung der Konvention vom 6. März 1975 zwischen dem despotischen Saddam Hussein und dem Schah;
- Solidarität mit allen nationalen Befreiungsbewegungen, die für ihre Freiheit und Unabhängigkeit sowie für eine demokratische und sozialistische Entwicklung kämpfen;
- Schluß mit den kolonialistischen und rassistischen Systemen in der ganzen Welt;
- Festigung der freundschaftlichen Beziehungen und Zusammenarbeit, die auf der Feindschaft gegen den Imperialismus basiert, mit der Sowjetunion und den sozialistischen Staaten, den unabhängigen Ländern sowie mit allen progressiven Staaten und Kräften in der Welt.

(Quelle: Thaura, Damaskus, 13.11.1980)

SERVICE CIVIL INTERNATIONAL, Deutscher Zweig e.V. — AFRIKA-KOMMISSION —

Freiwillige für Workcamps gesucht

In Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen in Afrika (Senegal, Sierra Leone, Elfenbeinküste, Ghana, Togo, Nigeria, Botswana und Lesotho) vermittelt die Afrika-Kommission des SCI im Sommer 1982 wieder Teilnehmer in internationale Workcamps (3-6 Wochen).

Die Freiwilligen helfen durch unbezahlte Arbeit beim Aufbau einer Infrastruktur wie Schulen, Hospitälern u.ä. Dies wird großenteils zur Unterstützung von Selbsthilfeprojekten der ländlichen Bevölkerung durchgeführt.

Voraussetzung zur Teilnahme ist die Beteiligung an zwei Vorbereitungsseminaren im April und Juni 1982. Im Herbst führen wir dann ein Auswertungstreffen durch.

Wir erwarten auch die weitere Mitarbeit in der Afrika-Kommission, beispielsweise bei unserer Solidaritätsarbeit in der BRD.

Informationsmaterial und Voranmeldung (mit Vermerk AIB-Anzeige) bis Ende Dezember 1981 an:

SCI — Afrika-Kommission, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Westliche Invasions-Empfehlungen

In einem Buch unter dem Titel „Dokumente zur australischen Verteidigungs- und Außenpolitik“ wiesen im vergangenen Jahr zwei australische Autoren, George Munster und Richard Walsh, nach, daß die indonesische Invasion der früheren portugiesischen Kolonie Ost-Timor im Jahr 1975 mit der stillschweigenden Unterstützung Australiens und Großbritanniens sowie der USA stattgefunden hat. Das Buch ist von der konservativen australischen Regierung Fraser mit einem Verbotsantrag belegt worden.

Schätzungen des Blutzolls der indonesischen Invasion in Ost-Timor im Spätjahr 1975 reichen von Indonesiens eigener Angabe von 60.000 bis zu einer jüngeren Schätzung von 200.000, die auf einer Konferenz in New York gemacht wurde.

Wie dem auch immer sei, es handelt sich um ein enormes Desaster, das eine kleine Bevölkerung heimsuchte. Geheime Telegramme der Munster-Walsh-Sammlung zeigen, daß britische, amerikanische und australische Politiker gemeinsam stillschweigende Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der Bevölkerung Ost-Timors an den Tag legten, obwohl ihre Einflußmöglichkeiten auf die Indonesier – jetzt westliche „Alliierte“ – beträchtlich waren.

Wo die verschiedenen Möglichkeiten überhaupt diskutiert wurden, da wurde behauptet, daß die Ost-Timoraner sich besser stellen würden, wenn die indonesische Oberherrschaft dem Zusammenbruch der portugiesischen Kolonialherrschaft (nach dem April 1974; d. Red.) folgen würde. Unabhängigkeit würde nur politische und wirtschaftliche Instabilität bedeuten, die eine (damals) 600.000 zählende Bevölkerung dem Kommunismus in die Arme treiben könnten.

Das US-Außenministerium, das damals von Henry Kissinger kontrolliert wurde, wies seine Botschaft in Indonesien an, ihre Berichterstattung über die Ost-Timor-Frage einzuschränken, während der britische Botschafter Sir John Ford empfahl, die Augen zu verschließen vor der Invasion dessen, was er „dieses Problemkind“ nannte.

In einem Fernschreiben vom 17. August 1975 berichtete Richard Woolcott, der australische Botschafter, daß Amerika das Verhalten Indonesiens wegen der Notwendigkeit der Zustimmung des Kongresses für die US-Militärhilfe beeinflussen könnte. Aber Woolcott fügte hinzu: „US-Botschafter Newsom erzählte mir gestern abend, daß er persönliche Anweisung von Kissinger hat, sich nicht in Diskussionen mit den Indonesiern über Timor einzumischen, weil die USA in genug Probleme von größerer Wichtigkeit verwickelt seien... Ich sehe Newsom am Montag, aber seine gegenwärtige Haltung ist die, daß die USA... den Dingen ihren Lauf lassen sollten. Sein etwas zynischer Kommentar mir gegenüber war der, daß wenn die Indonesier intervenieren, sie (die USA) darauf hoffen, daß sie dies 'effektiv, schnell, und ohne Benutzung unserer Ausrüstung' tun würden.“

Die Intervention dauert noch heute an, mit ausgedehnter Nutzung von US-Ausrüstung, besonders des 'Bronco'-Erdkampfflugzeuges. Im gleichen Fernschreiben wies Woolcott darauf hin, daß die indonesische Unterdrückung der Unabhängigkeit Timors im australischen Interesse liege, und wandte sich gegen Pläne für den damaligen Premierminister, Gough Whitlam, eine Botschaft mit der Bitte um Nichtanwendung von Gewalt an Indonesiens Präsident, General Suharto, zu schicken.

Tatsächlich war die Labour-Regierung in dieser Frage geteilter Meinung: Whitlam neigte zu einer indonesischen Machtübernahme, aber der Außenminister, Don Willisee, favorisierte einen Akt wirklicher Selbstbestimmung. Die Invasion fand jedoch erst statt, nachdem Whitlam durch den General-Gouverneur Sir John Kerr aus dem Amt entlassen worden war.

21. Juli 1975

Portugiesisch Timor: Britische Politik vertraulich

An Canberra aus Djakarta

Der britische Botschafter Ford übergab mir auf persönlicher Basis Kopie von Bericht seines Bürochefs (Gordon Duggan) über seinen Besuch in Portugiesisch-Timor in diesem Monat. Wir schicken heute noch Kopie per Geheimkurier. In der Zwischenzeit interessiert Sie eventuell folgender Kommentar von Ford in Begleitbrief an Außen- und Commonwealthamt. Er beginnt:

„Eine Schlußfolgerung scheint aus Gordons Bericht herauszuragen. Das Volk von Portugiesisch-Timor ist nicht in der Lage, das Recht der Selbstbestimmung auszuüben. Seine Politiker werden sich wahrscheinlich weiterhin zanken und streiten und, bei Abwesenheit einer festen Führung durch Lissabon oder einen Militärputsch, wird die politische Konfusion sich verschlimmern und das Gebiet des Territoriums wird noch fruchtbarer für Störungen.“

Duggan sah keine Beweise dafür, daß die Russen oder die Chinesen schon in dem Topf herumrühren, aber jede Art von Zunahme des sowjetischen Einflusses in Lissabon wird die Möglichkeiten erhöhen, daß erstere versuchen werden, die Lage auszunutzen, und wir sollten ein wachsames Auge für Anzeichen haben, daß sie es tun. Sogar ohne sowjetische oder chinesische Intervention sieht es so aus, daß das Territorium mehr und mehr zum Problemkind werden wird, und die Argumente, die für seine Integration in Indonesien sprechen, werden umso stärker. Auch wenn es immer noch in unserem Interesse liegt, eine Einmischung auch in Zukunft zu vermeiden, scheinen die Entwicklungen in Lissabon doch zugunsten einer größeren Sympathie für Indonesien zu sprechen, wenn die indonesische Regierung sich durch die sich verschlechternde Situation in Ost-Timor gedrängt fühlen sollte, energisch zu handeln. Von hier aus gesehen liegt es sicher in Großbritanniens Interesse, daß Indonesien das Territorium so bald und so unaufdringlich wie möglich übernimmt.

Wenn es zum Krach kommt und es gibt Lärm in der UNO, sollten wir die Köpfe einziehen und vermeiden, auf der Seite der Indonesien-Gegner zu stehen.“

Die Gerichtsargumentation der Fraser-Regierung für die Unterdrückung des Buches enthält die besonders vehemente Behauptung, daß die Beziehungen zu Indonesien durch seine Enthüllungen Schaden erleiden würden. Unangenehm ist sicher ein streng geheimes Fernschreiben Woolcotts vom 4. Januar 1975, das den Text eines kurz vorher stattgefundenen Treffens der Assoziation Südostasiatischer Nationen (ASEAN) enthält, auf dem Vorschläge für eine Neutralisierung des Gebietes diskutiert wurden. Das Schreiben besagt, daß der Text – der innerhalb der ASEAN streng geheim sein sollte – über Oberst Setiawan vom indonesischen Geheimdienst BAKIN durchgesickert sei. Andere Dokumente erwähnen die Zusammenarbeit bei „Inlands- und Auslandsaufklärung“ zwischen Indonesien und Australien – etwas, das vorher nicht zugegeben worden war.

Ein anderes Fernschreiben von Woolcott dokumentiert die Rolle Großbritanniens bei der Ingangsetzung des Ost-Timor-Desasters (siehe Kasten).

(Quelle: New Statesman, London, 21.11.1980, S. 6/7; Ausschnitte)

Fiaza N. Makumbi-Kidza

Neubeginn unter Milton Obote

Seit dem Sturz Idi Amins im April 1979 (siehe AIB 5/1979, S. 27-29) sucht Uganda nach einem Ausweg aus der tiefen Krise, in die das Land durch die Terror- und Mißwirtschaft des einstigen Diktators gestürzt wurde.

Am 10. Dezember 1980 fanden im ostafrikanischen Uganda nach 18-jähriger Unabhängigkeit erstmals wieder Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Aus diesen Wahlen ging der Volkskongreß von Uganda (UPC) des früheren Staatschefs Milton Obote mit über 70 der 126 Parlamentsitze als Sieger hervor.

Zur Wahl standen insgesamt vier Parteien als Repräsentanten der unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen. Aussichtsreichster Kandidat neben der UPC war die katholisch-konservative Demokratische Partei (44 Sitze); sie stützt sich vor allem auf die nationale Bourgeoisie und wurde seinerzeit u.a. mit Unterstützung der CDU gegründet. Außerdem kandidierten die antiimperialistisch orientierte Patriotische Bewegung Ugandas (UPM) unter Yoweri Museveni (Stellvertretender Vorsitzender der Militärkommission und einziger Nicht-Obote-Mann dieses Gremiums) und die Konservative Partei, eine unbedeutende Nachfolgeorganisation der monarchistischen Kabaka-Yekka-Partei des Buganda Stammes.

M. Obote – von den Militärs bevorteilt

Bereits im Vorfeld der Wahlen war es zu größeren Auseinandersetzungen zwischen Obote-Anhängern und deren politischen Gegnern gekommen, welche daraufhin die Registrierung der ca. 6 Mio Wahlberechtigten ab Oktober letzten Jahres vorübergehend boykottierten. Anlaß war vor allem die Wahlkreisauflösung, bei der sich die Obote-Gegner benachteiligt fühlten.

Den Wahlen selbst wohnte eine etwa 70-köpfige Beobachtergruppe des Commonwealth bei, die einen insgesamt fairen Wahlverlauf bestätigte. Dennoch kann kaum jemand ernsthaft bestreiten, daß die amtierenden Militärs für ihren Favoriten Milton Obote recht günstige Ausgangsbedingungen schufen. In 17 Distriken disqualifizierte die Wahlkommission – z.T. mit fadenscheinigen Begründungen – oppositionelle Kandidaten, so daß diese Sitze von vornherein an den UPC gingen. Auch der Wahlmodus – in 4 verschiedene Urnen wurden unterschriebene, ansonsten aber völlig identische Stimmzettel gelegt – dürfte eine nachträgliche Überprüfung des Wahlergebnisses unmöglich machen.

Wie zu erwarten, erkennt die DP das offizielle Wahlergebnis nicht an und fordert Neuwahlen. Freilich dürfte sie bei einer gerichtlichen Auseinandersetzung wenig Aussicht auf Erfolg haben.

Nach dem Ende der Amin-Ära übernahm das Koordinationsgremium der Nationalen Befreiungsfront Ugandas (UNLF), der Nationale Konsultativrat (NCC), als provisorische Legislative die Macht und ernannte den 69-jährigen Yusuf Lule (Vorsitzender des Exekutivrates der UNLF) zum Präsidenten.

Die Befreiungsfront war am 22.3.1979 von 22 oppositionellen ugandischen Organisationen in der tansanischen Stadt Moshi mit dem Ziel gegründet worden, das Amin-Regime zu

stürzen. Nach dem gemeinsamen Sieg traten jedoch die tiefen inneren Widersprüche des seiner Zusammensetzung nach äußerst heterogenen Zweckbündnisses sehr schnell zu Tage. So war die Ernennung Lules zum Präsidenten zweifelsohne als politischer Kompromiß zu werten.

Y. Lule, der vor 1962 Minister in der kolonialen Regierung des britischen Protektorats gewesen war, avancierte nach der Unabhängigkeit zum Chef der ugandischen Beamtenschaft. Dem damaligen Premierminister M. Obote war er jedoch zu konservativ und wurde deshalb 1964 auf den angesehenen, doch politisch bedeutungslosen Posten des Chefs der Makerere-Universität abgeschoben. Nach dem Militärputsch Idi Amins 1971 ging er nach London ins Exil.

Bei seinem Regierungsantritt am 13.4.1979 bekannte Lule sich zur Politik der Nichtpaktgebundenheit und kündigte freie Wahlen in spätestens 2 Jahren an; bis dahin sollte jedoch die Aktivitäten politischer Parteien außerhalb der UNLF verboten sein. In der Tat bot sich den neuen Machthabern in Kampala eine innenpolitische Situation, die nur im engen Bündnis aller am Wiederaufbau Interessierten gemeistert werden konnte.

Die unter I. Amin nahezu ruinierte nationale Wirtschaft konnte eine Versorgung der Bevölkerung in keiner Weise gewährleisten. Die unverantwortliche Finanzpolitik jener Regierung hatte das Währungs- und Preisgefüge völlig auseinandergeraten lassen. Ein Arbeiter verdiente im Monat etwa 600 Ugandische Shilling – gerade genug um 3 Bananenstauden oder 4 kg Zucker zu kaufen.

Eine Währungsreform wäre somit dringend nötig, um die im Umlauf befindliche Geldmenge zu reduzieren und die großangelegten Schmuggel- und Schwarzmarktgeschäfte, die das Land zusätzlich ausbluten, zu beenden. Besonders betroffen von der schlechten Versorgungslage sind die Bewohner der wenig fruchtbaren Provinzen im Norden.

Probleme Hunger und Bandenwesen

Nach UN-Schätzung sind dort etwa 470.000 Menschen akut von Hunger und Krankheit bedroht. Verschärfend kommt hinzu, daß bewaffnete Banden im Vorjahr fast die gesamten Viehbestände dieses Gebietes vernichteten, zahlreiche Menschen ermordeten und auch die Arbeit der internationalen Hilfsorganisationen erheblich behinderten. Allein im 1. Quartal 1980 fielen 150.000 Menschen Hunger und Gewalt zum Opfer.

Ein Faktor, der die Meisterung der Vielfalt der Probleme zusätzlich erschwert, ist die außerordentliche Heterogenität der Bevölkerungsstruktur Ugandas. Seine etwa 12 Mio Einwohner gehören zu über 30 verschiedenen, mitunter rivalisierenden Stämmen, die Ende des 19. Jahrhunderts von den britischen Kolonialisten mehr oder weniger willkürlich zu einem Staat zusammengeschlossen wurden. Die größte ethnische Gruppe (etwa 2,5 von insgesamt 12 Mio) sind die Buganda im Südosten des Landes. Schon das vorkoloniale Buganda war im Vergleich zu anderen Gebieten Ostafrikas relativ weit entwickelt; dieser Vorsprung wurde dann nach 1894 von der britischen Kolonialverwaltung weiter ausge-

baut. So kam es zu einem ausgeprägten Nord-Süd-Gefälle mit beachtlichen wirtschaftlichen und infrastrukturellen Entwicklungsunterschieden.

Die Landwirtschaft Ugandas ist mit 60% an der Bruttoproduktion und zu 80% am Export beteiligt. 90% der Bevölkerung hängen vom Agrarsektor ab. Trotz des ausgesprochen fruchtbaren Bodens wurden bislang jedoch nur 12% der Landesfläche landwirtschaftlich genutzt. Die weitgehende Beschränkung auf die von der Kolonialisten eingeführten



Neuer und alter Präsident Milton Obote

Monokulturen Kaffee (70% der Deviseneinnahmen), Baumwolle, Tee und Zuckerrohr sowie die Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Produktion unter der Amin-Regierung machten in den letzten Jahren zunehmende Einfuhren von Nahrungsmitteln erforderlich.

Die noch schwach entwickelte Industrie Ugandas stützt sich vorwiegend auf kleine Betriebe, welche landwirtschaftliche Produkte verarbeiten. Darüber hinaus ist der Abbau von Kupfer, Zinn, Baryll und Wolfram von Bedeutung. Wenn man bedenkt, daß im April 1979 Bergwerke und Fabriken nur noch mit 20% ihrer Kapazität arbeiteten, so wird das Ausmaß der Schwierigkeiten deutlich. Nach internationalen Schätzungen dürfte eine Finanzspritze von 4 Mrd DM nötig sein, um dem heruntergewirtschafteten Staat wieder auf die Beine zu helfen.

Insgesamt war Y. Lule nicht in der Lage, die dringend notwendigen sozioökonomischen Reformen in Angriff zu nehmen. Hinzu kam, daß er bei Kabinettsumbildungen, Berufungen von leitenden Militärs usw. mehrmals den NCC überging und somit die Handlungsfähigkeit dieses Gremiums blockierte. Zunehmender Unmut über seinen Führungsstil führte dazu, daß er nach nur 68-tägiger Amtszeit vom NCC abgesetzt wurde.

Neues Staatsoberhaupt wurde am 21.6.1979 Godfrey Binaisa, der seinerzeit unter M. Obote Generalstaatsanwalt gewesen war, jedoch wegen Differenzen über die von diesem angestrebte Verfassungsänderung zurückgetreten war. Wie Y. Lule ist er Buganda. Um die ethnischen und regionalen Zwistigkeiten zu beenden, begann er mit einer Neuaufteilung des Landes in 33 Distrikte, im Oktober 1979 erweiterte er den NCC von 30 auf 90 Mitglieder und kündigte Wahlen für Juni 1981 an.

Doch auch er wurde nicht Herr der sich verschärfenden innenpolitischen Konflikte. Die vom Westen versprochenen Kredite von 500 Mio Dollar ließen auf sich warten, und die Hoffnungen der Bevölkerung auf baldige Besserung ihrer Lage wurden enttäuscht.

Seit Anfang 1980 mehrten sich im NCC die Zeichen für eine Auseinandersetzung zwischen G. Binaisas Anhängern einerseits und der Obote-Fraktion – die eng mit Tansanias Staatschef Julius Nyerere verbündet ist – andererseits.

Im Februar 1980 entließ G. Binaisa den Obote-Freund Paulo Muwanga (Vorsitzender der Militärkommission) von seinem Amt als Innenminister und zwei Monate später äußerte er den Wunsch, die aus Sicherheitsgründen noch im Land weilenden 10.000 tansanischen Soldaten „durch eine britische Friedenstruppe zu ersetzen“. Bereits im Dezember 1979 hatte G. Binaisa Verteidigungsminister Y. Museveni auf einen weniger einflußreichen Posten abgeschoben.

Unblutiger Putsch gegen G. Binaisa

Mit einer Reihe weiterer Maßnahmen wie der Einschränkung der Versammlungsfreiheit und dem Verbot von Zeitungen mit kritischer Berichterstattung suchte G. Binaisa seine Position zu festigen. Als er Mitte Mai 1980 ein weiteres Mitglied der Militärkommission, den Stabschef der Armee David Ojok absetzte, machte das Militär nicht mehr mit und beendete seine 11-monatige Amtszeit mit einem unblutigen Putsch.

Die Militärkommission benannte einen dreiköpfigen Präsidialrat, der die Geschäfte des gestürzten Präsidenten übernahm. 30 Minister, an der Spitze P. Muwanga, bildeten das neue Kabinett. Die Wahlen wurden auf September 1980 vorverlegt. Des weiteren entschied man, alle Parteien und Gruppierungen der UNLF – entgegen dem früheren NCC-Beschluß – selbständig und mit eigenen Kandidaten antreten zu lassen.

Am 25.5.1980 kehrte Milton Obote nach 9-jährigem Exil aus Tansania zurück. Wichtigstes Anliegen M. Obotes während seiner Regierungszeit 1962-71 war gewesen, ein einheitliches und unabhängiges Uganda aufzubauen. Das bedeutete zum einen die Beendigung von Autonomie und Privilegierung der Südregion, vor allem der Buganda. Zum anderen war eine staatliche Planung und Kontrolle der Wirtschaft erforderlich.

So sah die 1969 verfaßte „Charta des einfachen Mannes“ u.a. eine 60%-ige staatliche Beteiligung an allen ausländischen Gesellschaften vor. Diese Maßnahmen stießen notwendigerweise auf den erbitterten Widerstand der in- und ausländischen Bourgeoisie. Die daraus resultierenden heftigen Auseinandersetzungen, sowie eine starke Kapitalflucht gegen Ende der 60er Jahre trugen dazu bei, daß sich die ökonomische Lage insgesamt verschlechterte. Fehler bei der Umsetzung des fortschrittlichen Regierungsprogramms hatten zur Folge, daß der UPC sich in dieser schwierigen Situation nicht auf breite Kreise der Bevölkerung stützen konnte, was die spätere Machtübernahme durch Idi Amin wesentlich erleichterte.

Gegenwärtig bemüht Milton Obote sich darum, als „liberal gemäßigter“ Politiker zu erscheinen. Laut bürgerlichen Pressemeldungen hat er sich von den Vorstellungen einer sozialistischen orientierten Gesellschaft distanziert und strebt ein „gemischtes Wirtschaftssystem an, in dem wieder mehr Platz für private Initiativen sein soll“. Inwiefern dieser neue Kurs geeignet ist, die Lösung der brennendsten Probleme – Nahrung für alle, Sicherung von Ruhe und Ordnung, Wiederaufbau der Wirtschaft – konsequent voranzutreiben, kann zur Stunde noch nicht abgesehen werden.

Von der Genfer Namibia-Konferenz Januar 1981 stand günstigenfalls eine Einigung über die Durchführung eines Planes des UN-Sicherheitsrates von 1978 zu erwarten. Danach hätten in Gesamt-Namibia freie Wahlen unter Aufsicht der UNO (bzw. einer von ihr gebildeten Überwachungsgruppe, der sog. UNTAG) unter Einschluß der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) stattfinden sollen. Ein Wahlsieg der SWAPO über die von Südafrika und imperialistischen Kräften (auch der CDU/CSU und deren Stiftungen) ausgehaltenen Marionettenparteien, die bislang in Pseudowahlen „erfolgreich“ waren, gilt mehr und mehr als wahrscheinlich.

Dies ist auch dem Besatzungsregime in Pretoria bekannt. Im vergangenen Jahr ergriff es eine Anzahl einseitiger Maßnahmen, um seine Partei, die sog. „Turnhallen-Allianz“, zur Regierungspartei aufzuwerten. Während der Genfer Konferenz konzedierte die SWAPO den Einschluß dieser Gruppe in die südafrikanische Delegation, um die Konferenzeröffnung überhaupt möglich zu machen. Der Verlauf zeigte indessen, daß Südafrika nunmehr entschlossen auf seine eigene „interne“ Lösung ohne die Befreiungsbewegung hinarbeitet und den UN-Plan als Grundlage ablehnt. Offenkundiger Hintergrund: Ein durch den Regierungsantritt der konservativen Reagan-Administration in den USA anscheinend bestärktes Vertrauen in eine fortgesetzte Unterstützung der Politik Pretorias durch die USA und eventuell auch die übrigen tonangebenden Westmächte. Die Reaktionen auf die Genfer Konferenz – nämlich so gut wie keine – lassen befürchten, daß die BRD, Frankreich und Großbritannien als Vorreiter in Europa diesem Kurs folgen.

Stellungnahme Sam Nujomas

Die SWAPO-Position zur Genfer Namibia-Konferenz

(...) Ich habe immer wieder – und auch gestern auf meiner Pressekonferenz – gegenüber der Weltöffentlichkeit unterstrichen, daß die SWAPO auf diesem Treffen bereit ist, ein Waffenstillstandsabkommen zu unterzeichnen und über ein genaues Datum bezüglich der Ankunft der UNTAG (Übergangshilfsgruppe der UNO; d. Red.) in Namibia übereinzukommen, so daß Frieden in unserem umkämpften Land eintreten kann.

Bedauerlicherweise, Herr Vorsitzender, hat die südafrikanische Delegation zu keinem Zeitpunkt während dieses Treffens – und selbst jetzt noch nicht – eine ähnlich feste Entschlossenheit gezeigt, die auf die Bereitschaft Pretorias zu einer Feuereinstellung und darauf schließen ließe, daß man einer festen Terminierung des Beginns eines Ausführungsprozesses zustimme. Stattdessen waren dieses erhabene Treffen und seine Arbeit den unmäßigsten Angriffen und Verunglimpfungen durch Mitglieder der südafrikanischen Delegation ausgesetzt.

Herr Vorsitzender, angesichts der offenkundigen Unnachgiebigkeit und Ausflüchte Südafrikas kann dieses Treffen nicht um die augenscheinliche Schlußfolgerung herumkommen, daß es, wie alle vorhergehenden Bemühungen der internationalen Gemeinschaft um eine friedliche Lösung des Namibia-Problems, dabei gescheitert ist, dieses noble Ziel zu erreichen.

Folgerichtig bleibt dem unterdrückten Volk Namibias keine andere Alternative als seinen Befreiungskampf bis zum endgültigen Sieg fortzusetzen.

Wir sind zuversichtlich, daß Namibia frei sein wird. Kein Volk wurde jemals in ständiger Unterdrückung gehalten. Die Frage ist: um welchen Preis? Die Verantwortung für die fortgesetzten Verluste an Menschenleben und die Leiden liegt bei dem Regime in Pretoria. Wir sind uns über eines sicher, und dies ist, daß die SWAPO die überwältigende

Unterstützung des unterdrückten Volkes von Namibia genießt, dessen Sehnsucht nach Freiheit die Kämpfer der Volksbefreiungsarmee Namibias (PLAN) auch weiterhin dazu inspirieren wird, den bewaffneten Befreiungskampf bis zum endgültigen Sieg weiterzuführen.

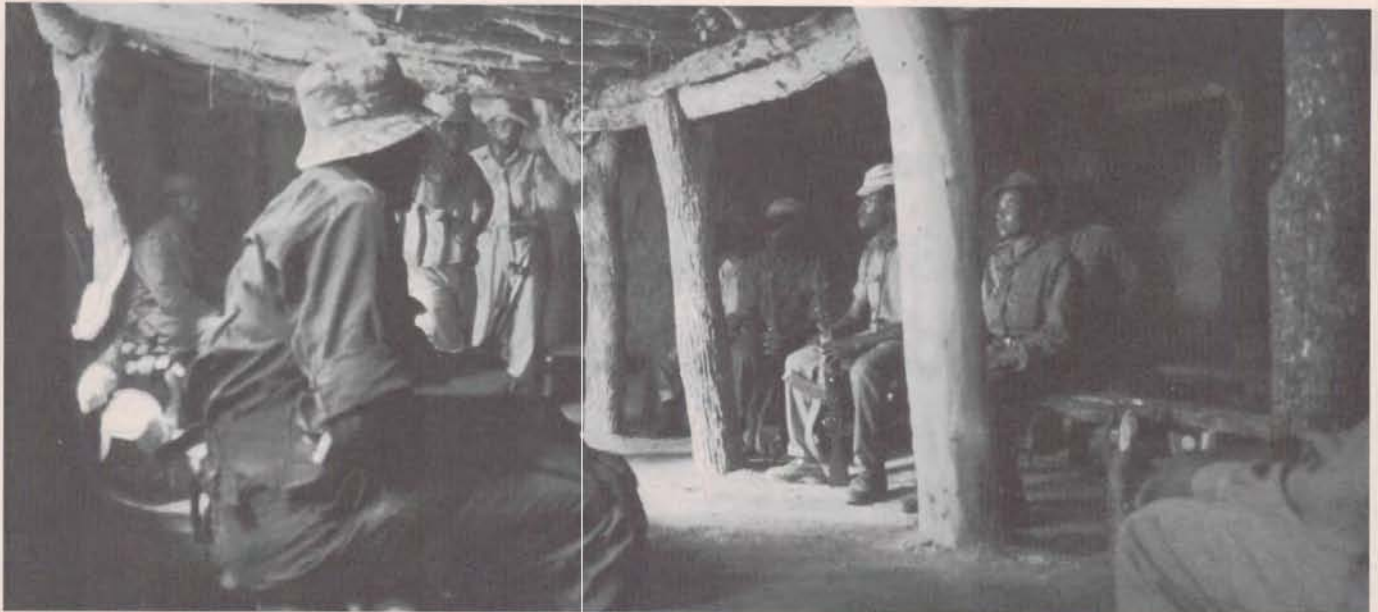
In diesem Sinne kehren wir zu unseren Operationsbasen zurück, um unsere Anstrengungen an allen Fronten des Kampfes zu steigern und zu intensivieren.

Es folgt daraus auch, daß die internationale Gemeinschaft keine andere Wahl hat, als ihre umfassende Unterstützung und Hilfe für die namibischen Patrioten, die der illegalen Besetzung und kolonialen Unterdrückung in Namibia Widerstand leisten, fortzusetzen.

Zu diesem Zweck haben die Vereinten Nationen eine einzigartige und besondere Verantwortung für Namibia und sein Volk, sowie dafür, sicherzustellen, daß es auf diesem Territorium echte Unabhängigkeit erreicht. Auf dieser Grundlage muß die Vollversammlung auf ihrer kommenden neu aufgenommenen Sitzung geeignete Empfehlungen an den Sicherheitsrat über Namibia beschließen. Der Sicherheitsrat sollte aufs Neue mit aller Dringlichkeit dazu aufgefordert werden, umfassende bindende Sanktionen, einschließlich eines Ölembargos, gegen Südafrika zu verhängen, damit das Regime in Pretoria gezwungen wird, seine illegale und unterdrückerische Besetzung Namibias aufzugeben.

Schließlich möchten wir unsere Bereitschaft bekräftigen, unsere Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und all jenen fortzusetzen, die maximale Anstrengungen unternehmen, um in Namibia die baldige Unabhängigkeit herbeizuführen.

(Quelle: Material der International Conference in Solidarity with the Struggle of the People of Namibia, Oslo, 16.1.1981)



Gemeinsame Erklärung der Frontstaaten, Nigerias und der OAU

1. Vom 7.-14. Januar fand hier in Genf eine Vorkonferenz zur Namibia-Frage statt. Die direkten Verhandlungsteilnehmer dieser Konferenz waren, unter dem Vorsitz der Vereinten Nationen, Südafrika und die SWAPO.

2. Zunächst muß hervorgehoben werden, daß diese Konferenz die unmittelbare Konsequenz des von der SWAPO erfolgreich geführten bewaffneten Befreiungskampfes ist. Wenn folglich die SWAPO zustimmte, an diesem Genfer Treffen teilzunehmen, so, weil sie Resultate erwartete, die nach Abschluß des gegenwärtigen bewaffneten Kampfes erreicht werden sollen.

Während dieses Kampfes war Afrika immer auf Seiten der SWAPO und wird dies bleiben. (...)

3. Das Hauptziel der Genfer Konferenz bestand darin, eine Übereinkunft zu erzielen hinsichtlich der Erfüllung des Plans der Vereinten Nationen für die Unabhängigkeit Namibias in Übereinstimmung mit der Sicherheitsratsresolution 435 (1978). Dies schloß Übereinkommen über ein Datum für eine Feuereinstellung sowie für die Einsetzung der UNTAG ein.

4. Die SWAPO erklärte während des Treffens ihre Bereitschaft, ein Abkommen über die Feuereinstellung zu unterzeichnen und sich über ein Datum für die Erfüllung des UN-Plans für die Unabhängigkeit Namibias zu einigen. Dagegen hat Südafrika bezeichnenderweise seine gewohnte Hartnäckigkeit und Unzulänglichkeit an den Tag gelegt, indem es den UN-Unabhängigkeitsplan für Namibia zurückwies. Von Beginn war für die Frontstaaten (Angola, Mocambique, Zimbabawe, Sambia, Tansania und Botswana; d. Red.), für Nigeria und die OAU (Organisation für Afrikanische Einheit; d. Red.) offenkundig, daß Südafrika auf Zeit spielte, indem es die Konferenz von ihrem Hauptziel ablenkte — der Erfüllung der Sicherheitsratsresolution 435 (1978).

Von Beginn an war klar, daß Südafrika hier war, um die Konferenz zum Scheitern zu bringen (...).

Die SWAPO und wir selbst kamen zu dieser Konferenz in der Hoffnung, daß eine Übereinkunft über die Verfahrensweise für die Erfüllung der Sicherheitsratsresolution erreicht werde. Aus diesem Grunde wurde dieses Treffen als das letzte vor der Einsetzung der UNTAG angesehen.

5. Die SWAPO kam hierher, um ernsthaft zu verhandeln. Sie hatte auf positive Ergebnisse dieses Treffens gehofft. Dasselbe gilt für die Frontstaaten, Nigeria und die OAU. Bedauerlicherweise benutzte das südafrikanische Regime dieses Treffen, um Zeit zur Verlängerung seiner illegalen Besetzung Namibias zu gewinnen.

6. Nachdem die Genfer Konferenz die erhofften Ergebnisse nicht zu erbringen vermochte — aufgrund der gewohnten Verachtung und Mißachtung der internationalen Gemeinschaft durch Südafrika — bleibt uns keine Alternative als die Unterstützung der Ausweitung und Verstärkung des von der SWAPO heroisch geführten bewaffneten Kampfes.

Diesbezüglich unterstreichen die OAU-Mitgliedsländer in ihrer Gesamtheit ihre volle Unterstützung für die SWAPO. Afrika verpflichtet sich zu verstärkter materieller und finanzieller Unterstützung der SWAPO bis zum endgültigen Sieg und der völligen Befreiung Namibias. Die Vereinten Nationen, ja die internationale Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit, müssen sich ebenso zurückgestoßen sehen wie Afrika. Wir fordern daher die internationale Gemeinschaft auf, unsere Motive zu verstehen und sich der Situation zu stellen, indem sie wirksame Maßnahmen gegen das Apartheidregime Südafrikas ergreift, einschließlich wirtschaftlicher Sanktionen gemäß Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen.

Genf, 14. Januar 1981

(Quelle: Material der International Conference in Solidarity..., Oslo, 16.1.1981)

Interview mit Thozamile Botha

Der politische und ökonomische Kampf der Arbeiter sind eins

Die erste Jahreshälfte des vergangenen Jahres erlebte eine der intensivsten Streikwellen in der jüngeren Geschichte Südafrikas (vgl. AIB 6/1980). Zehntausende afrikanischer, aber auch farbiger und indischer Arbeiter befanden sich im Ausstand und vermochten in etlichen Fällen ihre Forderungen durchzusetzen.

Einer der bedeutendsten dieser Streiks begann im Dezember 1979 in der Ford-Fabrik bei Port Elizabeth. Führer und Symbolfigur dieses Arbeiterkampfes wurde Thozamile Botha, der zugleich Vorsitzender der Schwarzen Bürgerorganisation von Port Elizabeth war. Auf die Entlassung Bothas antworteten die schwarzen Arbeiter von Ford mit einem achtwöchigen Streik, der u.a. die Wiedereinstellung Bothas zum Ziel hatte. Als der Streik seine Ziele erreichte, wurde Botha verhaftet und gefoltert. Nach der Freilassung setzte sich Botha ins Ausland ab und arbeitet seither in den Auslandsorganisationen des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) und des nichtrassischen, quasiillegalen Gewerkschaftsverbandes von Südafrika (SACTU).

Insbesondere die Verbindung des Kampfes im Betrieb mit dem Kampf gegen Mißstände und für Bürgerrechte in den „community“ genannten Wohnvierteln der Schwarzen, die in außergewöhnlich hohem Maße Arbeiterviertel sind, trug zum Erfolg und zur Breite der Streiks bei. Diese Verbindung stellt auch die konsequente Fortführung von „community“-Projekten dar, wie sie etwa von Gruppen der Bewegung des „Schwarzen Selbstbewußtseins“ propagiert werden, und zugleich die Überwindung ihrer durch die Beschränkung auf diesen Bereich gegebenen Schwächen.

FRAGE: In ihren fortgesetzten Aktionen zur Unterstützung ihrer Forderungen nach Anerkennung von Gewerkschaften, höheren Löhnen usw. entwickeln die schwarzen Arbeiter die wirkungsvollsten Methoden sich zu organisieren und diese Forderungen durchzusetzen. Was kannst Du den schwarzen



Arbeiter bei AEG in Johannesburg

Arbeitern in Südafrika aus Deinen Erfahrungen als Arbeiterführer und insbesondere aufgrund der erfolgreichen Streiks bei Ford in Port Elizabeth weitergeben?

T. BOTHA: Nun, meine Erfahrung besteht darin, daß die Arbeiter nur durch Einheit gewinnen können. Die Gewerkschaft, der sich die Arbeiter anschließen, sollte jedoch eine progressive Gewerkschaft sein, deren Zielvorstellungen und Interesse auch die Befreiung des unterdrückten Volkes in Südafrika einschließen. Alle Arbeiter müssen sich in einem Betrieb in einer Gewerkschaft vereinigen und eine Gewerkschaft bilden, die wirklich ihr Sprachrohr ist, eine Gewerkschaft, deren Führung nicht vom Management bezahlt wird, eine Gewerkschaft, welche die Interessen der Arbeiter vertritt.

Die Arbeiter müssen aufstehen und mit einer Stimme rufen: Ein Betrieb – eine Gewerkschaft! Ein Südafrika – ein Gewerkschaftsverband. Das ist sehr wichtig. Unsere Einheit liegt in unserer Stärke. Die Arbeiter im Lande stehen im Kampf gegen den Feind und sie erkennen ihre Macht, ihre Arbeitermacht.

Ein Betrieb – eine Gewerkschaft!

Allein die Orientierung ist jetzt notwendig. Wir als Arbeiter dürfen uns nicht von den reaktionären Kräften, von Organisationen wie der TUSCA,¹ irreführen lassen, die predigen, daß Gewerkschaften sich nicht in die Politik einmischen sollen. Die bloße Existenz eines schwarzen Arbeiters in einer Fabrik ist ein politischer Sachverhalt, und deshalb ist es für eine Gewerkschaft unmöglich, sich von den politischen Aktivitäten abzusondern, die ihn an seinem Wohnort betreffen. Mit anderen Worten, es besteht ein Wechselverhältnis zwischen den Problemen, mit denen er dort konfrontiert ist, wo er wohnt, und denen an seinem Arbeitsplatz.

Die Probleme, denen sich ein Arbeiter in unserem Land gegenüber sieht, sind Probleme, die von seinem Arbeitgeber geschaffen wurden. So behaupten zum Beispiel Ford und andere ausländische multinationale Gesellschaften, sie erleichterten die Probleme der Arbeiter; statt aber ihre Probleme zu lösen, schaffen sie größere, indem sie extrem teure Wohnungen mit sehr hohen Mieten bauen, die ihre eigenen Arbeiter nicht bezahlen können. Statt seine Probleme zu lösen, beuten sie den Arbeiter zweifach aus – zum einen an seinem Arbeitsplatz, zum anderen dort, wo er lebt.

FRAGE: Du erwähntest die sehr wichtige und schwierige Frage der Einheit unter den unabhängigen Gewerkschaften in Südafrika. Vor einiger Zeit fand die Gründung des Gewerkschaftsrates von Südafrika statt, und nun gibt es zwei große Gewerkschaftszentren in Südafrika. Wie sieht der Weg

nach vorn für die unabhängige Gewerkschaftsbewegung in ihrer Gesamtheit aus?

T. BOTHA: Ich kann dazu derzeit nur sagen, daß alle Gewerkschaften, alle Verbände, alle Arbeiter, die nicht einer dieser Gewerkschaften oder Verbände angehören, zu einer nationalen Versammlung unter der Losung „Einheit“ zusammenkommen müssen. Hier können sie alle ihre Differenzen erörtern, die meiner Ansicht nach geringfügig sind verglichen mit den Punkten, über die bereits Einigkeit besteht.

FRAGE: Ein interessanter Umstand beim Ford-Streik war, daß es Euch gelungen ist, unbeschäftigte Arbeiter davon abzuhalten, die Arbeitsplätze von Streikenden zu übernehmen. Was kannst Du darüber sagen?

T. BOTHA: Der Ford-Streik ist ein sehr gutes Beispiel für die Koordination der Aktivitäten zwischen Gewerkschaft und Gemeinde.² Es war unabdingbar notwendig, der Gemeinde ins Bewußtsein einzuschärfen sich nicht als Streikbrecher gegen die Streikenden einsetzen zu lassen, da sie dadurch noch mehr Probleme für die Beschäftigten schaffen würden.

Die streikenden Arbeiter haben einen Grund zu streiken, und dieser ist in der Gemeinde gut bekannt – der Grund ist die Ausbeutung durch den Kapitalisten. Dies wurde den Arbeitern und der Gemeinde während des Ford-Streiks zu Bewußtsein gebracht, und die Gemeinde sah die Notwendigkeit ein Solidarität mit den streikenden Arbeitern zu bekunden. Wir machten klar, daß, wer auch immer als Streikbrecher gegen die Streikenden aufträte, ein Feind des Volkes sei.

Erfahrung mit Schwarzen Bürgerorganisationen

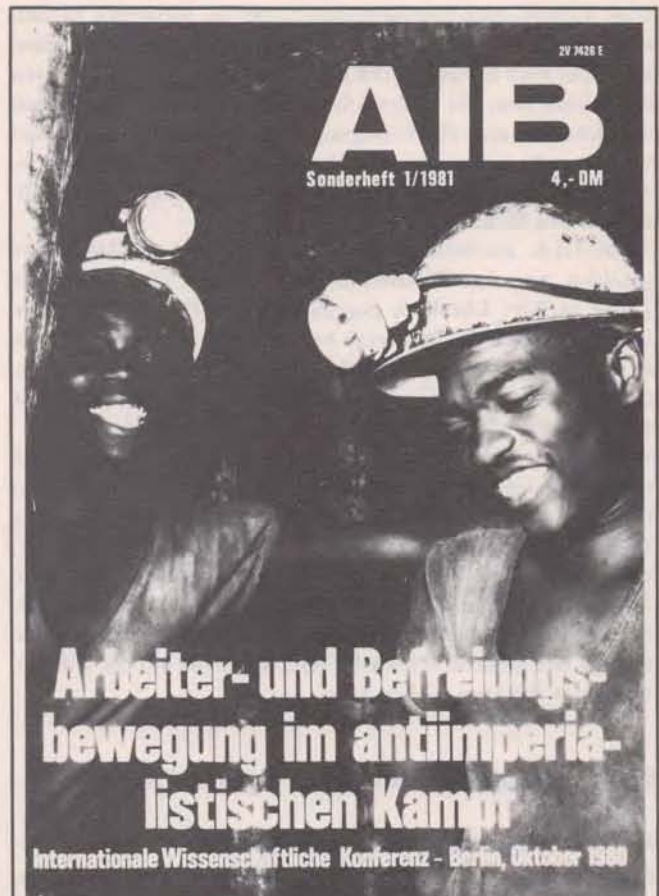
FRAGE: Du hast auch die Frage der Auslandsinvestitionen in Südafrika erwähnt; daß die ausländischen Kapitalisten uns davon zu überzeugen versuchen, sie seien am Wohlergehen der unterdrückten Mehrheit interessiert, aber Du hast Beispiele angedeutet, die in Wirklichkeit das Gegenteil demonstrieren. Eine in diesem Zusammenhang interessante Entwicklung war der Südafrika-Besuch des Reverend Sullivan.³ Wahre Gewerkschafter weigerten sich mit ihm zusammenzutreffen. Wie ist Dein Kommentar hierzu und welche sollte Deiner Auffassung nach unsere Haltung zu den sog. Verhaltenskodizes sein?

T. BOTHA: Der Sullivan-Code ist lediglich eine Anhäufung wirkungsloser Prinzipienklärungen, die unserem Volk vorgesetzt wurde allein zu dem Zweck, es glauben zu machen, daß es Veränderungen in unserem Lande gebe oder ein Bemühen um Veränderung. Glücklicherweise hat unser Volk dies jedoch erkannt und lehnt den Sullivan-Code in Massenaaktionen ab.

Zum einen berücksichtigt der Sullivan-Code die politische Situation in unserem Lande nicht. Stattdessen ist die Rede davon, die Lebensqualität der „städtischen Schwarzen“ zu erhöhen. Das allein – die Erwähnung eines „städtischen Schwarzen“ – bedeutet bereits, die Politik der getrennten Entwicklung anzuerkennen. Und zu behaupten, man wolle die Lebensqualität verbessern und gleichzeitig die Politik der getrennten Entwicklung unbeeinträchtigt zu lassen, heißt, das System der getrennten Entwicklung zu entschuldigen. Statt einen Versuch zu unternehmen, die Politik der getrennten Entwicklung und das gesamte Apartheidsystem zu beseitigen, stärkt Sullivan es durch Reformversuche.

Deshalb bin ich der Auffassung, daß der Sullivan-Code für das unterdrückte Volk bedeutungslos ist und daß sich niemand verleiten lassen sollte zu denken, seine Erfüllung bedeute die Lösung unserer Probleme.

FRAGE: Um noch einmal auf die Ebene der Gemeinde zu sprechen zu kommen: Wir kommen zu dem Schluß, daß von



AIB-Sonderheft 1/1981 zur Berliner Konferenz

Arbeiter- und Befreiungsbewegung im antiimperialistischen Kampf

Materialien einer Internationalen Wissenschaftlichen Konferenz vom 20. bis 24. Oktober 1980 in Berlin

Exklusiv für die Bundesrepublik Deutschland veröffentlicht das AIB in seinem Anfang Februar erscheinenden Sonderheft 1/1981 die wichtigsten Reden, Diskussionsbeiträge und Ergebnisse der Internationalen Wissenschaftlichen Konferenz, die vom 20. bis 24. Oktober 1980 unter dem Motto „Der gemeinsame Kampf der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung gegen Imperialismus, für sozialen Fortschritt“ in Berlin tagte.

In Auswertung dieser bislang breitesten Konferenz ihrer Art bietet das Sonderheft

- einen nahezu vollständigen Überblick über den fortgeschrittensten Teil der nationalen Befreiungsbewegung, die Standpunkte von Befreiungsorganisationen, revolutionärdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Parteien Afrikas, Asiens und Lateinamerikas;
- die Positionen bedeutender Politiker der revolutionären Arbeiterbewegung kapitalistischer und sozialistischer Länder zu den Grundfragen des antiimperialistischen Kampfes heute;
- Analysen international anerkannter Experten zur Rolle der internationalen Konzerne, zur aktuellen weltpolitischen Krisenentwicklung und zum Charakter der Beziehungen des kapitalistischen und sozialistischen Lagers zur Dritten Welt.

Einzelpreis (ca. 70 Seiten) 4,- DM, zuzüglich Porto; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Bitte beigeheftete Bestellkarte benutzen!

Sonderheft 1/1981 ist nicht im normalen Abonnement enthalten!

allen Community-Organisationen, die in Südafrika in den letzten Jahren entstanden sind, die Schwarze Bürgerorganisation von Port Elizabeth (PEBCO) die erfolgreichste gewesen ist, nimmt man die Einbeziehung sehr zahlreicher Menschen in Aktionen und die Erringung bedeutsamer Siege wie den Widerstand gegen die Erhöhung der Mieten im Zwide-Township.⁴ Welche Lehren sollte unser Volk aus den Erfahrungen von PEBCO ziehen?

T. BOTHA: Zunächst einmal: PEBCO wurde auf Basisebene gebildet, um den Problemen zu begegnen, denen sich die Leute in Port Elizabeth gegenübersehen. Das ist sehr wichtig. Wir wollten die Probleme herausstellen, die unsere Leute in dem Gebiet betreffen und sie davon ausgehend organisieren, die Behörden mit diesen Problemen konfrontieren, die von unserem gemeinsamen Feind geschaffen werden.

Es war weiterhin wichtig, daß wir beim Versuch, diese Probleme anzugehen, sie nicht vor ein Gericht brachten. Das Gericht löst die Probleme nicht. Das Gericht ist selbst eine Agentur des faschistischen Regimes. Unsere Pflicht ist es, das Regime mit allen möglichen Mitteln herauszufordern. PEBCO erwartete nicht, daß das Regime unsere Aktion gut hieß. Wir wissen, daß, was wir als PEBCO tun, für die Befreiung der Unterdrückten ist und daher nie auf die Zustimmung des Regimes stoßen kann.

Das Volk verlangt heute seine eigenen Führer

Laßt die Menschen ihre eigenen Führer bestimmen, die jederzeit von den Interessen der Menschen geleitet sein müssen, und von dem, was sie zu einem bestimmten Zeitpunkt wünschen. Die Führung sollte Abstand nehmen davon, zu tun, was sie für richtig für das Volk erachtet. Sie muß stets ein Mandat vom Volk erhalten.

Auf diese Weise ging PEBCO vor. Die Satzung von PEBCO war von den Bürgern von Port Elizabeth angenommen worden. Die Leute, die sie entwarfen, waren vom Volk gewählt. Es war also eine demokratische Satzung; selbst die Führer waren demokratisch gewählt.

Ein anderer Umstand, der PEBCO viel Auftrieb gab war, daß sie sich nicht von anderen Problemen wie denen der Arbeiter absonderte. Bei allen Anstrengungen versuchte sie Seite an Seite mit den Arbeitern vorzugehen. Die Bedeutung einer Bürgerorganisation besteht auch darin, die Gemeinde während eines Streiks zu mobilisieren. Die Arbeiter müssen sich an Bürgerorganisationen wenden um Unterstützung für, zum Beispiel, einen Boykott bestimmter Waren, die in einer bestimmten Fabrik hergestellt werden. Das gibt den Arbeitern moralische und materielle Unterstützung.

FRAGE: Bist Du der Meinung, daß Arbeiter sich selbst aktiv und in einer führenden Rolle an diesen Bürgervereinigungen beteiligen sollten?

T. BOTHA: Die Bürgerorganisationen müssen Arbeiter in ihrer Führung haben, denn die Arbeiter kennen sowohl die Probleme in den Fabriken als auch die in ihren Wohnvierteln, so daß sie die Bestgeeigneten sind, diese Probleme herauszustellen.

FRAGE: Eine Gruppe innerhalb der Gemeinden hat sich jüngst gut bewährt, die Schüler. Wie verhalten sich beispielsweise die gegenwärtigen Schüleraktionen in der östlichen Kap-Provinz zu den Kämpfen der Arbeiter und anderen Aktionen?

T. BOTHA: Zunächst einmal haben die gegenwärtigen Schülererhebungen vor allem im östlichen Kap die Zustimmung der Eltern. Es gibt vielerlei Kooperation zwischen Schülern und Eltern, und selbst die Eltern wurden während ihrer Streiks sehr stark von den Schülern unterstützt. Das zeigt das Niveau der Politisierung im Lande. Verglichen mit 1976 läßt sich feststellen, daß die gegenwärtigen Erhebun-

gen reifer sind als die von 1976, als einige Eltern zur Unterstützung ihrer Kinder aufgestanden sind.⁵ (...)

FRAGE: 1980, Genosse Botha, war vom ANC zum Jahr der Charta⁶ erklärt worden. Wie wir in unserer Unterhaltung bereits herausstellten, stellen unterschiedliche Gruppen der Gemeinde unterschiedliche Forderungen. Wie siehst Du insgesamt diese Kämpfe des Volkes in ihrem Verhältnis zum Jahr der Charta und dem Kampf für die Befreiung?

T. BOTHA: Die Auseinandersetzung zu Hause hat sich verstärkt. Die politische Bewußtheit des Volkes ist sehr hoch. Das kann man an der vollständigen Ablehnung solcher Gremien wie der Gemeinderäte, des Präsidentschaftsrates und anderer solcher machtloser Gremien sehen. Es gibt zur



Automontage bei Ford in Port Elizabeth

Zeit eine totale Ablehnung von allem, was das Regime anordnet.

Das Volk verlangt heute seine eigenen Führer. Es hat heute Lösungen wie: Wir wollen für uns selber sprechen, wir wollen unsere eigenen Führer wählen. Ich glaube, daß die vom ANC im Lande durchgeführten Aktionen unser Volk in einem bestimmten Ausmaße mobilisiert haben. Und es ist in der Tat klargeworden, daß das Volk seine Führer anerkennt, obwohl sie auf Robben Island eingesperrt sind. Es hält daran fest, daß dies seine Führer sind. Mit anderen Worten: Der Geist derer, die auf Robben Island inhaftiert sind, ist in unserem Volk nach wie vor lebendig.

Was ich in diesem Zusammenhang hervorheben möchte, ist, daß der größte Teil unseres Volkes als einzige Befreiungsbewegung den ANC anerkennt, ohne damit zwangsläufig am Kampf teilzunehmen oder Mitglied dieser Organisation zu werden; aber sie erkennen diesen als die einzige Organisation an, die sie zur völligen Befreiung führen wird.

(Quelle: Mayibuye, Zeitschrift des ANC, o.O., Nr. 11/1980)

Anmerkungen:

- 1) Südafrikanischer Gewerkschaftsrat, der nach rassistischen Aspekten organisierte größte Gewerkschaftsverband Südafrikas.
- 2) Der Begriff „community“ läßt sich in diesem Zusammenhang mit dem Ausdruck „Gemeinde“ nur unvollkommen übersetzen. Er besitzt zugleich die Bedeutung von Gemeinschaft und Nachbarschaftlichkeit, geht also weit über das „verwaltungsmäßige“ Gemeinde hinaus.
- 3) Der Sullivan-Code ist das US-amerikanische Gegenstück zum EG-Verhaltenskodex für Auslandsniederlassungen europäischer Firmen in Südafrika.
- 4) Zwide-Township: schwarzer Wohnvorort von Port Elizabeth
- 5) Vgl. zu den Schülerstreiks AIB 10 und 11-12/1980
- 6) ANC-Grundsatzklärung bzw. -Programm aus dem Jahr 1955

Nuri Abdul Razzak

Befreiungsstrategie für die 80er Jahre (2. Teil)



US-Marines der Schnellen Eingreiftruppe im Manöver

Wir befinden uns heute an einem Kreuzweg der internationalen Entwicklung, an einem Zeitpunkt, zu dem ein neu-gewählter Präsident der Vereinigten Staaten auf der Grundlage eines extrem aggressiven Programms an die Regierung kommt, ein Programm, dessen Verwirklichung nicht nur die Ost-West-Beziehungen bedrohen würde und das offen von militärischer Überlegenheit spricht, sondern ein Programm, das zu beschleunigtem Wettrüsten und zu neuen Herausforderungen für die Länder der Dritten Welt führen muß.

Die Gefahr des US-Interventionismus bannen

Die Frage, die derzeit alle unabhängigen Entwicklungsländer berührt, ist die Zurückweisung der sog. US-Doktrin, bestimmte Gebiete zu ihren Interessensphären zu erklären (Carter-Doktrin vom Januar 1980, siehe AIB 3/1980, S. 4-9; d. Red.). Unter dem Vorwand, ihre Ölversorgung zu schützen, haben die USA Notfallplanungen entwickelt, um die Ölquellen in der Golfregion zu besetzen. Entsprechend dieser Doktrin hätten die USA das Recht, in all jenen Regionen zu intervenieren und sie zu kontrollieren, die den einen oder anderen wichtigen Rohstoff, von dessen Import die USA und der Westen abhängig sind, liefern.

Heute ist es in der Golfregion das Öl, aber wenn das Prinzip erst einmal akzeptiert ist, würde es den USA Tür und Tor öffnen in Dutzenden von Ländern zu intervenieren, um deren politische und ökonomische Entwicklung zu kontrollieren. Alle unabhängigen Entwicklungsländer müssen jetzt handeln, um diese Gefahr im Keim zu ersticken und ihre zukünftige Sicherheit und Souveränität zu sichern.

Die Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki (europäische Sicherheitskonferenz 1975; d. Red.) zu fördern, ist deshalb keine nebensächliche Angelegenheit, sondern eine Frage von lebenswichtigem Interesse für die Entwicklungsländer. Die volle Verwirklichung der zehn Prinzipien der Schlußakte von Helsinki werden nicht nur die Entspannung wiederbeleben und stärken und die internationalen Beziehungen in Europa verbessern, sie bedeutet auch die Wiederherstellung eines Klimas des Respekts gegenüber der Souveränität aller Staaten, ein Klima, in dem die unlängst unabhängig gewordenen Länder am besten ihre wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung vorantreiben können. Das Abrücken von der Entspannung läßt alle Gefahren und Drohungen für ihre Sicherheit und Souveränität wieder aufleben. Die Entwicklungsländer stehen deshalb mit Nachdruck auf der Seite der Friedenskräfte in Europa, die heute für die volle Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki kämpfen.

Das ständige Bemühen um Frieden und Entspannung negiert keineswegs das Recht der unterdrückten Völker, alle Mittel einzusetzen, um ihre legitimen Rechte gegenüber imperialistischen Aggressoren zu verteidigen, noch negiert es das Recht, anderen Völkern in ihrem Kampf für Frieden, politische, wirtschaftliche und soziale Unabhängigkeit und für die Eliminierung aller Formen von Herrschaft und Abhängigkeit jegliche Form von Hilfe zu gewähren. (...)

China verfolgt eine Linie, von der sich in den letzten Jahren herausstellte, daß sie die gleichen Ziele hat wie die imperialistische Politik der Vereinigten Staaten; China unterstützt faschistische und reaktionäre Regimes in verschiedenen Teilen der Welt und verhält sich feindlich gegenüber dem Be-

freiungskampf und dem Fortschritt des Sozialismus, sei es in Vietnam, Kampuchea, Laos, Afghanistan oder sonstwo in Asien und der Welt; es ist mehr als offensichtlich, daß eine Achse USA – China – Japan geschaffen wurde, mit dem Ziel Spannung und Destabilisierung in der Region zu schaffen und zu verstärken. (...)

Die Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis haben nun zu einer breiten Offensive des imperialistischen Weltsystems geführt. Ihr Hauptziel ist – auf der politischen Ebene – die Mobilisierung und Gewinnung neuer, proimperialistischer sozialer Schichten und herrschender Kreise. Man sucht sie entweder an der Seite der traditionellen reaktionären Elemente oder aber durch die Rekrutierung neuer Verbündeter des Imperialismus, die gegenüber den imperialistischen Machtzentren in den Metropolen notwendigerweise den Charakter von Hilfstruppen oder offen parasitären Charakter hätten, und zwar auf politischer oder ökonomischer Ebene oder auf beiden.

Von imperialistischen Kräften werden ständig Pläne ausgeheckt oder Versuche gemacht, die progressiven Regimes in Afrika, Asien und Lateinamerika zu destabilisieren, sei es durch direkte Intervention, trickreiche Staatsstreichs, die Ermordung großer patriotischer Führer oder die Schürung lokaler und Stammeskongflikte, die ihrerseits Überbleibsel des alten schrecklichen Kolonialerbes sind. (...)

Die Jagd der Multis nach Profit

Auf ökonomischem Gebiet nimmt die imperialistische Offensive die Form einer wachsenden Durchdringung und Beherrschung der Dritten Welt durch neokolonialistische Mechanismen an, manchmal kombiniert mit Staatskapitalismus oder mit der Politik des sog. freien Unternehmertums, aber ständig kontrolliert und gesteuert von den multinationalen Konzernen, die wie ein Krebsgeschwür wachsen; auf diese Weise wird die historisch überholte koloniale Ausplünderung der Dritten Welt durch Unterwerfung unter den Imperialismus und durch Verbindung mit dem kapitalistischen Weltmarkt aufrechterhalten und sogar vertieft.

Als Kehrseite der Medaille, organisch verbunden mit dem oben angeführten, entwickeln die multinationalen Konzerne parasitäre Industrien in den metropolitanen Zentren des Westens, bauen riesige Waffenarsenale auf und führen sog. Prestigeprojekte sowie Raumfahrtprojekte durch, die hauptsächlich als Katalysator für die Rüstungsindustrie dienen; sie bauen riesige aggressive Militärstützpunkte und bewegen riesige aggressive militärische Kräfte und Flotten und Ausrüstungen. Sie vergeuden damit wertvolle Energie und Material, das für Entwicklung und Fortschritt dringend benötigt wird.

Durch die rücksichtslose Jagd der multinationalen Konzerne nach Profit entstehen nicht wiedergutzumachende Schäden für die Umwelt; die ökologischen Zerstörungen haben nun ein Ausmaß erreicht, das auf gefährliche Weise das Überleben menschlichen Lebens selbst bedroht; sie führt zu Hungersnöten, Trockenheit, systematischer Unterernährung, wie nun die gemeinsame Erfahrung der Völker der Dritten Welt zeigt.

Die Versorgung mit riesigen Mengen von Konsumprodukten schlechter Qualität und oft von schädlichen Auswirkungen und künstlich von multinationalen Konzernen geschaffenen Bedürfnisse haben nun immer größere Schichten von Konsumenten sowohl in den westlichen Metropolen als auch in den Ländern der Dritten Welt erfaßt. Die daraus entstehenden galoppierenden Inflationsraten in den kapitalistischen Ländern und das ständige Sinken der Massenkaufkraft treiben die Profite der multinationalen Konzerne in astronomische Höhen.

Auf militärischem Gebiet betreiben die neokolonialistischen und imperialistischen Mächte die Unterminierung der Entspannung in der ganzen Welt. Durch das Anheizen sog. begrenzter Stellvertreterkriege perpetuieren sie lokale bewaffnete Konflikte und Krisenherde, füllen die Arsenale, die sich rassistische und reaktionäre Regimes angelegt haben, dislozieren sog. Sondereinheiten und Eingreiftruppen, stärken aggressive Militärallianzen und Paktsysteme, bauen ein weites Netz von Militärstützpunkten auf, die mit hochentwickelter Waffentechnik und weltumspannenden Aufklärungsmitteln versehen sind und entwickeln ständig thermokernare Waffen und andere völkermordende Waffen.

Das Anheizen sog. begrenzter Konflikte

Wir sollten es nicht versäumen, die kulturellen Elemente zu erwähnen, die zur räuberischen Natur des Imperialismus gehören: psychologische Kriegführung und propagandistische Beeinflussung, die durch die große Macht hocheffektiver Massenmedien ermöglicht werden, die Gewalt, Aggression, Verderbtheit und Habgier verherrlichen und auf subtile Weise die menschlichen Werte und das Erbe der Zivilisation zerstören.

Innerhalb des revolutionären Weltprozesses und der einzelnen Abteilungen der revolutionären Komponenten der weltweiten antiimperialistischen Front besteht heute – mehr als je zuvor – die dringende Notwendigkeit, in jedem konkreten Fall die richtigen Klassenbündnisse einzugehen, da der nationale Befreiungskampf zwischen kolonisierten Völkern und Kolonialmächten auf der politischen Ebene fast beendet ist. Es ist offensichtlich, daß die Bedingungen des sozioökonomischen Kampfes eine Neugruppierung jener Klassenkräfte erfordern, die die Aufgabe der Entwicklung und der sozialen Veränderung erfüllen sollen.

Wird fortgesetzt



IKA
Zeitschrift für internationalen Kulturaustausch
Nr. 15 084 410
Iberia Palastinenser im Ghetto Pantomime aus Peru

Inhalt IKA 15 (September 1980)

Politik und Kultur in Liberia. Black Consciousness und die Kultur der Befreiung. Schwarze Literatur im südlichen Afrika. Palastinenser im Ghetto (Fotobericht). Romanzug „An der Brücke“ von Sahar Khalifa. Kurzgeschichte aus Palästina. Interview mit Daniel Viglietti. Jorge Acuna – Pantomime aus Peru. Materialien. Kurzbesprechungen.



IKA
Zeitschrift für internationalen Kulturaustausch
Nr. 16 084 410
Chile: Die Niedertracht pausiert nicht! Literatur und Wirklichkeit in Lateinamerika. J.P. Dikongué - Filmemacher aus Kamerun.

Inhalt IKA 16 (Dezember 1980)

Chile. Die Niedertracht pausiert nicht! Chilenische Literatur und Wirklichkeit in Lateinamerika. Alejo Carpentier – die Kultur der karibischen Völker. Die Arme – eine Geschichte aus Bolivien. Das arabische politische Lied am Beispiel von Sheikh Imam/Fuad Negm und Mustafa el Kurd (Palästina). Interview mit dem afrikanischen Filmemacher Dikongué von A. Kerker. Aus der Biografie des Bergbauministers von Zimbabwe, M. Nyagumbo. South Pacific Festival of Arts, Papua Neu Guinea 1980.

Die IKA – Zeitschrift für Kulturaustausch und internationale Solidarität – wird von Journalisten und Mitgliedern der westdeutschen Solidaritätsbewegung getragen. Der Herausgeberverein steht allen offen, die in der Redaktion oder als Förderer das Projekt einer kulturpolitischen 3. Welt-Zeitschrift unterstützen möchten. Satzung und Beitrittsklärung bei der Redaktion anfordern.

IKA, Lerchenstr. 84, D-7000 Stuttgart 1

Die IKA kostet als Einzelheft DM 4 (Porto), im Abonnement (4 Hefte) DM 16 (incl. Porto), Förderabonnements ab DM 25, Probehefte DM 3 beim Vertrieb

Vertrieb:
CON, Osterstr. 36, 28 Bremen

Dritte-Welt-Häuser

In einer Reihe von Städten, darunter in Frankfurt, Hamburg und Bielefeld, entstanden im Jahr 1980 Dritte-Welt-Häuser, über die sich eine gemeinsame entwicklungspolitische Informations- und Aktionstätigkeit vollzieht. Das Bielefelder-Dritte-Welt-Haus hat im Dezember 1980 in einer 30 seitigen Broschüre „Dritte Welt Haus – Rundbrief 1“ einen ersten kritischen Rückblick auf seine bisherige Arbeit seit Mai 1980 erstellt. Die Broschüre kann für 2,- DM in Briefmarken bezogen werden über: Dritte Welt Haus, August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld 1.

In der Broschüre werden die Arbeitsschwerpunkte der Trägergruppierungen AKAARIK, Lateinamerika-Arbeitskreis usw. (Volkshochschulkurse, Ausländerarbeit, Dritte-Welt-Laden und -Teestube u.a.) vorgestellt und Erfahrungen zusammengetragen die für ähnliche Initiativen andernorts sehr hilfreich sein können. Im Mittelpunkt der Öffentlichkeitsarbeit des Bielefelder-Dritte-Welt-Hauses soll die Art der Beziehungen zwischen Entwicklungsländern und der BRD, speziell ihr Beitrag zur Aufrechterhaltung von Armut, Hunger, Unterdrückung und Ausbeutung in der Dritten Welt stehen.

pad-Unterrichtseinheiten

„Der deutsche Kolonialismus in Afrika“ betitelt ist eine Unterrichtseinheit von Dieter Tiemann, die 1980 in der Schriftenreihe der Pädagogischen Arbeitsstelle Dortmund (pad) im Rahmen der Arbeitshefte für die Jugendbildungsarbeit erschienen ist. Die 88 Seiten lange Broschüre „versteht sich als ein Beitrag zur Aufarbeitung der historischen Dimension des bisher weitgehend vernachlässigten Verhältnisses industrialisierter und nichtindustrialisierter Länder im Unterricht der Sekundarstufe I“. Sie ist für 6,80 DM (+ Versandkosten) zu beziehen bei: pad, Postfach 120143, 4600 Dortmund 12.

Ebenfalls bei pad erhältlich sind die Unterrichtsmaterialien „Mit welchem Recht? (I), Entwicklungshilfe aus der Sicht von Entwicklungshelfern“ von B. Dörr/ F. Koch/ L. Lang/ S. Pater/ J. Plaththathil/ R. Quetting/ M. Schiess. 180 S., 8,80 DM.

Barbara Haeger

Mein schwarzer Bruder

Gedichte für Afrika



Schriften für die Anti-Apartheid-Bewegung I

Neuer Verlag Bernhard Bruscha



Gedichte für Afrika

Barbara Haegers Gedichtband „Mein schwarzer Bruder“, Gedichte für Afrika, Neuer Verlag Bernhard Bruscha, Tübingen 1980, 6,80 DM, eröffnet eine neue Reihe unter dem Titel „Schriften für die Anti-Apartheid-Bewegung“.

Die Autorin vermittelt in diesem Bändchen eindrucksvoll die Lage der schwarzen Bevölkerung, widmet ihre Gedichte Persönlichkeiten wie Steve Biko und Nelson Mandela und vergißt auch nicht die Solidaritätsbewegung in ihre Gedichte einzuflechten. „In jener Zeit, in der politische und wirtschaftliche Interessen über alle Belange Afrikas und über das Leiden seiner Bevölkerung vorherrschen, zeigt die Autorin ein wahres Mitfühlen, das sich stark und eindringlich in Gedichtform ausdrückt, um die Notlage Afrikas zum Bewußtsein der westlichen Welt zu bringen,“ schreibt der südafrikanische Schriftsteller Dennis Brutus, selbst lange auf Robben Island inhaftiert, über „Mein schwarzer Bruder“.

Erhältlich ist dieses Buch im Buchhandel, in Dritte-Welt-Läden, bei Amnesty-Gruppen und bei der Anti-Apartheid-Bewegung, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1.

El-Salvador-Solidarität der 20000

Rund 20.000 kamen am 31. Januar d.J. nach Frankfurt zur zentralen Demonstration und Kundgebung, die unter den Vorzeichen der Solidarität mit dem Kampf des salvadorianischen Volkes gegen die Massenmordpolitik der Junta und den US-Interventionismus stand. Seit der Dortmunder Vietnam-Demonstration im Jahr 1973 war dies die größte Solidaritätsmanifestation in der Bundesrepublik. Zu ihr hatten die Informationsstelle El Salvador (München), die westdeutschen El Salvador- und Mittelamerikakomitees, das Antiimperialistische Solidaritätskomitee u.a. aufgerufen. Auf der Abschlußkundgebung vor der Paulskirche forderten die Kommandantin der Farabundo-Marti-Front und Repräsentantin der Demokratisch-Revolutionären Front El Salvadors (FDR), Maria Guadalupe Martinez, und FDR-Repräsentant Hector Oquili die Bundesregierung auf, ihren ganzen Einfluß in Washington dafür geltend zu machen, daß der US-Interventionismus unverzüglich eingestellt wird.



Filme zu El Salvador

Zwei Filme zur aktuellen Entwicklung El Salvadors können derzeit von Solidaritätsgruppen und anderen Interessierten ausgeliehen werden:

„El Salvador – en sombra de revolucion“

(Im Schatten der Revolution) von Peter Törbiörnsson, 59 Min. Dokumentarfilm – 16 mm Farbe – Magnetton, El Salvador 1980

Zu beziehen von: Zentral-Film-Verleih, Karl-Muck-Platz 9, 2000 Hamburg 36, Tel.: 040/34 55 44

„El Salvador – Revolution oder Tod“

von Frank Diamand, 30 Min. – 16 mm Farbe

Zu beziehen von: Informationsstelle El Salvador e.V., 8000 München 2, Kiliansplatz 5

Aufruf zu Chile-Aktivitäten

Das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) hat die Chile-Solidaritätsbewegung zu Aktivitäten aufgerufen, um die geplante Lieferung von zwei U-Booten an das Pinochet-Regime zu verhindern. Massenhaft sollen dazu Protestpostkarten, Briefe und Telegramme an die Bundesregierung geschickt werden. Vom ASK können zu diesem Zweck folgende Materialien bezogen werden: Protestpostkarten (Stückpreis 0,10 DM), Standardflugblätter, Unterschriftenlisten, ein Plakat (1,50 DM) und ein Chile-Info 1/81 mit Schwerpunkt zum U-Boot-Geschäft (1,20 DM).

Für den 11. März d.J. ruft das ASK im Rahmen eines weltweiten Solidaritätstages zu lokalen Solidaritätsaktivitäten anlässlich des Inkrafttretens der faschistischen Verfassung in Chile auf.

Adresse: ASK, Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt/Main 1, Tel.: 0611/ 234659

Protesttelegramme nach Argentinien

Am 10. Dezember 1980, dem Tag der Menschenrechte der argentinischen Junta, versammelten sich 500 Menschen, vor allem Frauen, zu einer Kundgebung vor dem Regierungspalast in Buenos Aires. Sie wollten der Junta eine Petition übergeben, in der sie Auskunft nach dem Schicksal ihrer ohne Anklage inhaftierten oder verschleppten Angehörigen verlangten. Die Diktatur antwortete mit der Inhaftierung von 24 Teilnehmern der Kundgebung unter dem Vorwand, gegen die öffentliche Ordnung verstoßen zu haben.

Die Kinderhilfe Lateinamerika e.V. bittet dringend um Protesttelegramme mit der Forderung nach Freilassung der Inhaftierten an: General Jorge Videla, Presidente de la Republica Argentina, Plaza de Gobierno, Buenos Aires – C.F. Argentina

Vor 10 Jahren: Befreiung Bangladeshs



Bangladeshs erster Präsident Mujibur Rahman

Am 26. März 1971 tauchte auf der Landkarte des indischen Subkontinents ein neuer Staat auf: Auf dem Territorium des bisherigen Ost-Pakistan wurde die unabhängige Republik Bangladesh proklamiert – einen Tag, nachdem der bewaffnete Kampf für die Befreiung des Landes eröffnet worden war. Dieser Schritt beendete einen unerträglich gewordenen Zustand: die Unterdrückung und Ausbeutung des von Bengalen bewohnten Ost-Pakistan durch die herrschenden Kreise des westlichen Pakistan, das durch rund 1.600 km von seiner Ostprovinz getrennt lag.

Bis zur von der britischen Kolonialmacht erkämpften Unabhängigkeit Indiens im Jahre 1947 hatte Ost-Pakistan (Bengalen) ebenso wie das westliche Territorium zu Britisch-Indien gehört. Ethnisch besteht zwischen Bengalen und den westpakistanischen Völkern kein Zusammenhang. In beiden Landesteilen richtete sich jedoch die Gegnerschaft gegen die bestimmenden hinduistischen Oberschichten Indiens. Der religiöse Gegensatz der muslimischen Pakistani zum Hinduismus verstärkte diese Tendenz, derer sich die Briten schließlich zur Spaltung bedienten. Nach fanatisch geführten Auseinandersetzungen entstand so das Gebilde Pakistan, dessen „Zusammengehörigkeit“ willkürlich konstruiert war.

„Islamische Brüderlichkeit“ und angebliche „antiindische Schicksalsgemeinschaft“ verloren jedoch rasch ihre bindende ideologische Wirkung. Der Grund: Von Anbeginn wurde der östliche Landesteil als halbkoloniales Gebiet des Westens behandelt. Im Osten lebte die Mehrheit aller Pakistani – ihre politischen Mitsprachemöglichkeiten blieben jedoch faktisch null. Die industrielle Entwicklung wurde seitens der westlichen Metropole gehemmt, die Ostprovinz blieb Lieferant von Jute, Papier, Zuckerrohr und Tee (die bengalischen Jutebauern erarbeiteten allein 65% der pakistanischen Exporterlöse) und war ihrerseits Abnehmer minderwertiger und überteuerter Produkte der westpakistanischen Industrie. Banken, Fertigungsbetriebe und Land blieben in den Händen weniger, fast ausschließlich westpakistanischer Monopolisten; für die meisten Bengalen bestand das Leben aus Massenarbeitslosigkeit, äußerster Armut, Vegetieren am Rande des Hungertodes und Hoffnungslosigkeit.

Politische Unterdrückung und ökonomische Erdrosselung ließen jedoch bald einen vor allem kleinbürgerlichen und bürgerlichen bengalischen Nationalismus und ein Nationalgefühl entstehen, die sich frühzeitig in Forderungen nach Autonomie und demokratischer Gleichberechtigung und schließlich nach politischer Unabhängigkeit artikulierten. Bereits 1949 spaltete sich von der reaktionären Moslem-Liga die Awami-(Volks-)Liga ab, die seit 1952 wesentlich unter der Führung Mujibur Rahmans stand. Ihr auf Autonomie bzw. Gleichberechtigung orientiertes Programm ließ ihren Einfluß rasch anwachsen.

1954 errang eine Vereinigte Front nationalistischer und progressiver Parteien (darunter die Awami-Liga und die KP Ost-Pakistans) mit 223 Sitzen (gegen 10 der Moslem-Liga) einen gewaltigen Erfolg bei

den erstmals von der reaktionären Führung im Westen zugelassenen Provinzialwahlen. Die darauf gebildete Regierung vermochte sich jedoch nicht zu halten und die Bewegung wurde mit blutigem Terror niedergeschlagen.

Ab Mitte der 60er Jahre nahm der Widerstand erneut zu. In einem 6-Punkte-Programm forderte die Awami-Liga vor allem Autonomie und die Wiederherstellung der parlamentarischen Demokratie, enthielt sich jedoch jeglicher Aussage zu sozialen Forderungen der bäuerlichen Massen und der Arbeiterschaft. Die Entwicklung spitzte sich 1970 zu. Das Regime Yahya Khan ließ allgemeine Wahlen zu einer Nationalversammlung sowie zu Provinzversammlungen zu. Bei letzteren errang die Awami-Liga 290 von 300 Sitzen, aber auch in der Nationalversammlung stellte sie mit 167 von insgesamt 313 Sitzen die Mehrheit und wäre damit nach den Spielregeln der parlamentarischen Demokratie Regierungspartei gewesen. Das war umso bedeutsamer, als das Programm weit über das von 1966 hinausging und z.B. weitreichende Verstaatlichungen wichtiger Wirtschaftssektoren verlangte.

Die westpakistanischen Politiker – neben Yahya Khan auch der Führer der mit 83 Sitzen zweitstärksten Partei, der Volkspartei, Zulfikar Ali Bhutto – widersetzten sich jedoch der Anerkennung des Wahlergebnisses. Die Krise verschärfte sich, als Yahya Khan auf eine zur Unterstützung der Awami-Liga-Forderungen durchgeführte Kampagne „zivilen Ungehorsams“ mit Ausnahmezustand und massivem Militäreinsatz in Bengalen antwortete. Letzte Verhandlungen zwischen Yahya Khan und Mujibur Rahman wurden von ersterem abrupt beendet. Es wurde verkündet, unter Einsatz aller Machtmittel gegen die „Rebellen“ vorzugehen.

Pogromartige Exzesse von Militäreinheiten und nichtbengalischen Pakistanis waren unmittelbare Folge, auf die die spontane Gegenwehr der bengalischen Bevölkerung unter Führung nationaler Kader aus den Reihen der Polizei und Armee erfolgte. Am Tage nach der Proklamation der Unabhängigkeit wurde Mujibur Rahman verhaftet und nach Westpakistan verschleppt.

Der bewaffnete Kampf entwickelte sich in drei Phasen. Die erste war bestimmt durch den verzweifelten, aber spontanen Widerstand gegen die fast 100.000 Mann Okkupationstruppen; in der zweiten erfolgten zeitweilige Rückzüge und die Reorganisation des Widerstandes für die Offensive. Diese begann im September/Oktober 1971 auf breiter Front und wurde bekannt als der Kampf der Mukti Bahini genannten Freiheitskämpfer, die sich vor allem aus den Reihen der Bauern rekrutierten und maßgeblich unterstützt wurden von Studenten und Arbeitern. Den Willen zum Sieg dokumentierte u.a. die Proklamation der Volksrepublik Bangladesh am 17. April 1971 trotz des erzwungenen Rückzugs.

Der blutige Terror der pakistanischen Armee trieb etwa 10 Mio Flüchtlinge über die Grenzen nach Indien, für das seinerseits arme Land eine enorme Belastung. Der „innerpakistanische“ Konflikt wurde zum Problem Indiens, das den Mukti Bahini positiv gegenüberstand, sich aber dennoch um eine Beilegung bemühte. Auf der anderen Seite unterstützten die USA Pakistan militärisch in der Absicht, es wieder stärker in ihre strategischen Konzeptionen einzubinden, und auch die VR China stellte sich politisch und mit Waffenlieferungen auf die Seite der alten Zentralregierung.

Grenzverletzungen Pakistans gegen Indien häuften sich, so daß Indien am 3. Dezember 1971 in den Kampf eingriff; am 16. Dezember 1971 mußten sich die pakistanischen Truppen geschlagen geben, der Befreiungskampf des bengalischen Volkes hatte das erste wichtige Etappenziel, die politische Unabhängigkeit, erreicht.

Anfang 1972 wurde unter Mujibur Rahman eine neue Regierung der Volksrepublik Bangladesh gebildet, die ein umfangreiches Reformprogramm – Nationalisierung von Banken, Versicherungen, Außenhandel, Industrie; Bodenreform – in Angriff zu nehmen versuchte. In dieser Phase des Aufbaus wirkten sich jedoch die kleinbürgerlichen Vorstellungen der Awami-Liga und unzureichende Zusammenarbeit mit den linken und anderen progressiven Parteien, sodann auch Ineffektivität und Unerfahrenheit, Korruption und – weitgehend als Folge hiervor – das Scheitern bei der Lösung der wirtschaftlichen Probleme negativ aus. Reaktionäre Kräfte im Innern, unerstützt von den USA und ihren Verbündeten machten sich die Situation zunutze, um das Land zu destabilisieren. Versuche, über eine breitere linke Parteienfront und Radikalisierung entgegenzuwirken, kamen zu spät. Bei einem Putsch der Rechten am 15. August 1975 wurde Mujibur Rahman ermordet. Bangladesh wurde vorerst wieder ins Lager der Reaktion getrieben.

J. Ostrowsky

Freiheitslieder aus Südafrika

„Wenn man das Eisen mit der Feile schärft, wird nicht nur Eisen gerieben, sondern auch die Feile.“ Dieses afrikanische Sprichwort gilt unmittelbar für die südafrikanische Musik.

Der Kolonialismus hat die authentischen afrikanischen Gesellschaften gründlich zerstört – und mit ihnen die tief im Leben verwurzelte Musik. Importiert und gesungen wurden zunächst die christlichen Choräle der Missionsschulen. Heute dominiert US-amerikanische und europäische Musik auf dem Kontinent, und diese bestimmt oft das Wirken seiner Musiker.

Sie suchen aber immer mehr nach den „roots“, den Wurzeln der Musik der Vorväter. Das Ziel ist dabei allerdings nicht eine vermeintliche Authentizität von Urwäldern, Congas und Bogenharfen, sondern die Widerspiegelung Afrikas so, wie es ist, d.h. seiner afrikanischen und seiner weißen Elemente. Man sollte sich davor hüten, die „reine“ afrikanische Musik zu erwarten oder zu suchen. Es gibt diese nur als europäische Vorstellung in Afrika – keinesfalls als ein reales Bild.

„Das ist nicht unser Problem“, erläuterte Miriam Makeba in einem Interview für den Züricher Tagesanzeiger vom 8.9.1979, „sondern das Problem der Europäer. Sie haben während zweihundert Jahren unsere afrikanische Kultur zerstört, uns unsere Sprache genommen, unser Denken und Fühlen mit Gewalt verändert. Und wir, wir haben ihre kulturellen Vorstellungen übernommen. Sie wollten uns zu 'schwarzen Europäern' machen – und wir, einige von uns, sind es geworden. Und jetzt möchten sie uns am liebsten wieder dort haben, wo wir hergekommen sind. Jetzt sollen wir ihnen zuliebe wieder primitive Schwarze sein, 'authentische' afrikanische Musik machen... Aber wenn es jemanden gibt, der kein Recht hat, uns zu kritisieren, dann sind es gewiß die Europäer... Wir brauchen ihre Hilfe nicht, um unsere Identität zu finden...“

Und mit der hat man es sich in Europa auch nicht leicht gemacht. Die Musik der einstigen Herren der Welt ist voller afrikanischer Ursprünge. „Negermusik“ lautete die Abwertung von Jazz, Blues und Rockmusik, wobei es schon nicht unrichtig ist, daß diese in der Tat stark von afrikanischer Musik beeinflusst sind; nicht nur in Rhythmus und Melodie. Afrikanische Musikinstrumente, wie Congas, finden in aller Form Anwendung.



Miriam Makeba, seit Mitte der 60er Jahre ein Weltstar, kann als die Pionierin neuer afrikanischer Musik in Europa gelten. Dabei singt sie in den seltensten Fällen afrikanische Folklore, sondern „europäische“ Melodien. Daß ihre Karriere 1960 in US-Fernsehshows begann – es war Harry Belafonte, der sie förderte – ist in ihren Liedern zu erkennen. Der Erfolg ihrer Top-Hits „Malaika“, „Ring Bell“ und vor allem „Pata Pata“ ist wohl aus der harmonischen Vielseitigkeit ihrer Musik zu erklären. Da finden sich Soul und Rock, Jazz und Folklore, englische und afrikanische Texte. Keines von Miriam Makebas Liedern „klingt in europäischen Ohren ungewöhnlich“; zudem sind alle hervorragend arrangiert. Sie bedient sich aller zur Verfügung stehenden musikalischen Möglichkeiten, um ihre Lieder von

Trauer, Liebe und Kampf ihres Volkes zu interpretieren.

Seit 22 Jahren im Exil lebend hat die 1932 in Johannesburg geborene Sängerin kompromißlos ihr Engagement gegen Kolonialismus und Rassismus und für die Befreiung Südafrikas in ihren Liedern Ausdruck gegeben: „Ich höre die Schreie unserer Männer dort unten in den Gold- und Diamantengruben von Johannesburg. Ihre Familien hungern, während sie für die Reichen anderer Nationen Blut und Kraft opfern. Wir sind Sklaven in unserem eigenen Land, von Kolonialisten unterjocht“, singt sie im Song „Hauteng“. Daß sie Ehrenbürgerin von 8 afrikanischen Staaten ist, einen guineischen Diplomatenaß besitzt, verwundert nicht – sie ist die Botschafterin Afrikas. Ihre Langspielplatten (LPs): African Convention, A Promise, Live, Country Girl; pläne.

Einige von Miriam Makebas Liedern wurden von ihrer Tochter geschrieben: Bongie Makeba. LP: Blow On Wind; pläne. Die 29jährige hat seit frühester Jugend mit ihrer Mutter musikalisch zusammengearbeitet. Zweifellos wird sie bald deren konstante Qualität erreichen.

Beide haben eins gemeinsam: musikalische Vielseitigkeit. Bongie Makeba aber versucht stärkere Betonungen. Blasinstrumente, Bass und Solo-Gitarre sind jazziger, eine Rhythmus-Gitarre produziert typische „township-music“ (z.B. „Kilimanjaro“). In ihren Songs sind traditionelle afrikanische Themen ausgeprägter („Kwa Zulu“).

Bongie Makebas Sprache ist deutlich und kompromißlos: „Wer sind sie denn/ die uns zum Zittern bringen/ Sie wollen, daß wir leiden/ Wir graben immer noch Gold in den Minen/ Ich hörte es in den Flüsterparolen/ Südafrika die Hölle auf Erden/ ist ein lodernes Feuer...“ („Peace“). Ihr Song „Africa“ ist der Einheit für ein freies Afrika gewidmet: „Afrika ist das Land des schwarzen Mannes/ Deine Nationalität ist unerheblich/ Alle müssen vereint sein/ für die Befreiung des Südlichen Afrika/ Afrika gehört unserem schwarzen Bruder/ Vereint werden wir siegen/ Vereint werden wir uns erheben und siegen.“

„Erwache, Afrika!“ und „Soweto, my Love“, diese Songs von Jabula sind der Gruppe programmatischer Anspruch und ihren Zuhörern in Kopf und Beine gegangen. 1979 wurde die erste Platte (Jabula in Amsterdam) der Musiker um Julian S. Bahula (malombo drums), Penise Soul (vocal) und Madumetja Lucky Ranku (lead-guitar) von der südafrikanischen Zensur verboten – die Gruppe war im Exil.

Jabula spielt die Art rhythmischen Jazz, die auf dem heimischen Plattenteller nicht jedermanns Sache sein mag, bei Live-Auftritten 1979 und 1980 in der Bundesrepublik aber das Publikum mitriß. Der Gruppe gelang es, ihre musikalischen Stärken weiterzuentwickeln. Beim letztjährigen Düsseldorfer „Konzert für Soweto“ war die Gruppe durch Neuzugänge (Blasinstrumente und Drums) wesentlich verbessert. In noch größerer Besetzung ist Jabula auf „Let Us Be Free“ zu hören, musikalisch die Spitzenleistung dieser afrikanischen Gruppe.

Jabula-LPs: African Soul, Let Us Be Free; pläne.

Einer der Höhepunkte bei jenem Düsseldorfer Konzert war zweifellos der Auftritt des exilierten südafrikanischen Gewerkschafters und Sängers James Madhlope Phillips mit dem Bremer Chor Die Zeitgenossen. LP: „Inkululeko!“ – Südafrikanische Freiheitslieder; pläne. Sie haben die bisher wohl beste Zusammenstellung südafrikanischer Volkslieder von dessen Kampf, Mut und Sehnsucht produziert. Lieder, die – obwohl in Südafrika durchweg, aber vergeblich, unterdrückt – als Stimme des Volkes täglich gesungen werden, schon traditionelle Folklore sind, wengleich sie erst in den 50er und 60er Jahren geschrieben wurden.

Daneben finden sich Songs von Vujusile Mini. Dieser Arbeiter, Gewerkschaftsfunktionär, Sänger, Komponist und Texter wurde 1964 von der südafrikanischen Rassenjustiz hingerichtet – man klagte ihn des bewaffneten Widerstands an und meinte seine kämpferischen, unmißverständlichen Lieder: „Paß auf, jetzt schießen wir mit Gewehren. Feind, paß auf!“ (Sizakubadubula).

In ausgezeichnete Weise ist es den Musikern gelungen, die ungewöhnliche Mehrstimmigkeit der Chöre und den improvisierten Charakter von Wechselgesängen den afrikanischen Vorbildern entsprechend zu reproduzieren. Man erfährt die Stärke einer neuen afrikanischen Musik, nämlich in ihren Liedern gegen Kolonialismus und Rassismus afrikanische und europäische Elemente integrieren.

Die LP schließt mit der afrikanischen Nationalhymne „Nkosi sikelel'i Afrika“. In ihr heißt es: „Der Geist unserer Vorfahren spornet uns an, für die Wiedererlangung unseres Landes zu kämpfen.“ Genau darum geht es bei fortschrittlicher südafrikanischer Musik. L. Schmitz

Tschad

Nachdem im Tschad, durch den mit libyscher Hilfe errungenen Sieg der Streitkräfte des Staatschefs Goukouni Oueddei über den Rebellen Hissene Habre erstmals die Waffen schweigen, versuchen Frankreich und die neokolonialistischen Regimes im nördlichen Afrika, durch eine massive Kampagne gegen Libyen und den Tschad, diese Niederlage des Imperialismus rückgängig zu machen. Verbunden mit einer Unterstützung für Hissene Habre verstärkte Frankreich sein militärisches Kontingent in der Zentralafrikanischen Republik, und der Sudan schickte Truppen an die Grenze zum Tschad.

Eine Tschad-Konferenz der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) vom 12.1.1981 in Lomé, an der 12 afrikanische Länder teilnahmen, hat neben dem sofortigen Rückzug der Truppen Libyens und anderer Mächte, die dort stationiert werden könnten, auch alle Grenzstaaten des Tschad aufgefordert, ihr Territorium nicht für bewaffnete Angriffe von tschadischen Dissidenten und außerafrikanischen Mächten zur Verfügung zu stellen.

Zimbabwe

Mit einer größeren Kabinettsbildung in der zweiten Januarhälfte 1981 hat der zimbabwische Premierminister Robert Mugabe seine Position gegenüber Joshua Nkomo, dem Präsidenten der Patriotischen Front – ZAPU (bislang als Innenminister zuständig u.a. für Polizei- und nationale Sicherheitsaufgaben), gravierend gestärkt. Während J. Nkomo jetzt zum Minister ohne Geschäftsbereich ernannt wurde, schied R. Mugabes Gegenspieler innerhalb der ZANU-Führung, Tekere, ganz aus der Regierung aus. Ein offener Konflikt zwischen ZANU-PF und Patriotischer Front – ZAPU konnte durch einen Vorschlag letzterer abgewendet werden, wonach beide Organisationen nunmehr in einem gemeinsamen Rat formal für die Gewährleistung der nationalen Sicherheit verantwortlich sind. „Die Patriotische Front – ZAPU glaubt“, so J. Nkomo vor der Presse, „daß Frieden und Sicherheit in diesem Land von der Zusammenarbeit zwischen PF-ZAPU und ZANU-PF abhängen und daß beider Zusammenarbeit von der gegenseitigen Achtung abhängt.“

Unterdessen hatte R. Mugabe in seiner Neujahrsansprache die baldige Ausarbeitung einer weiteren politisch-gesellschaftlichen Entwicklungsperspektive für das Land angekündigt. Die einzelnen Phasen, die das Land durchlaufen hat bzw. durchlaufen werde, umriß er darin wie folgt: „1. Nationaler bewaffneter Kampf, 2. Nationale Unabhängigkeit, 3. Nationale wirtschaftliche Unabhängigkeit, 4. Nationaler Sozialismus.“

Angola

Vom 30.1.-4.2. d.J. fand in Luanda die 2. Tagung der internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen des rassistischen Apartheidregimes im Südlichen Afrika statt (zur 1. Tagung siehe AIB 5/1979, S. 30-31). Es wurde umfangreiches Beweismaterial über südafrikanische Verbrechen an der angolanischen Zivilbevölkerung, über zunehmende völkerrechtswidrige Angriffe gegen das Territorium Angolas und die dabei angerichteten volkswirtschaftlichen Schäden vorgelegt (ausführliche Berichterstattung und Dokumentierung folgt in AIB 4/1981 ff.).

Die Kommission hob angesichts des Einsatzes von Waffen und Material aus der BRD, den USA und anderen NATO-Staaten die Notwendigkeit eines umfassenden Wirtschafts- und Waffenembargos gegen Südafrika hervor.

Der ehemalige Söldner Trevor Edwards berichtete in einem Guardian-Interview vom 1.2.1981, wie sein Bataillon 32 bei Überfällen von Namibia aus auf Angola nicht – wie behauptet werde – gegen die Südafrikanische Volksorganisation (SWAPO) kämpfte, sondern die Zivilbevölkerung „säuberte“, d.h. systematisch mordete. T. Edwards beschrieb ferner, daß Pretoria die proimperialistischen angolanischen „Kampforganisationen“ FNLA und UNITA als Tarnung für eigene Operationen benutze: „Der wunde Punkt ist, daß die UNITA nichts taugt. Die sitzen im Südosten des Landes in ihrem Stammesgebiet und können sich vielleicht gerade noch selbst verteidigen, aber sie können nicht rauskommen und eine Stadt wie Savate erobern. Das tun wir für sie, weil das dann ihre Verhandlungsposition verbessert.“

Südafrika-Israel-NATO

Mit der Bekanntgabe eines halbtägigen Treffens des NATO-Generalsekretärs J. Luns mit Südafrikas Außenminister „Pik“ Botha am 14.11.1980 hat die NATO erstmals offizielle Kontakte zu dem Rassenregime zugegeben. Wenige Tage darauf kündigte Reagan-Intimus H. Kissinger ein Treffen mit seinem „sehr alten und sehr guten Freund“ Botha an.

Derselbe Kissinger deckte nach Recherchen eines britischen TV-Teams die Lieferung von 60 G5-Haubitzen (samt Patentrechten) und 60.000 Granaten im Wert von ca. 100 Mio DM einer Munitionsfirma der US-Armee über die CIA-Firma „Space Research“ an das Rassenregime. Die Haubitzen (Reichweite etwa 30 km) sind speziell für den Abschluß nuklearer Granaten ausgerüstet und auch auf Schiffe zu montieren. Es gilt als sicher, daß diese Variante bei einem am 22.9.1979 beobachteten südafrikanisch-israelischen Atomwaffentest im Südatlantik erprobt wurde (siehe AIB 1/1980).

Nicht nur Südafrika verfügt damit neben atomar bestückbaren Raketen und Flugzeugen über weiteres Drohpotential, dessen Wirkungsbereich über die Nachbarländer hinausreicht: Letztes Ergebnis funktionierender militärischer Kooperation ist die Anknüpfung Südafrikas, Israels und Taiwans, die in den USA entwickelten „Cruise Missiles“ produzieren zu wollen.

Bolivien

Mit der Ermordung von mindestens 9 führenden Oppositionspolitikern der Bewegung der Revolutionären Linken (MIR) sowie der Gewerkschaftszentrale COB am 15.1.1981 hat die Militärjunta Boliviens ein neues Repressionsdenkmal gesetzt. Um die Ermordung zu tarnen, sprachen offizielle Quellen davon, die Politiker seien bei einem bewaffneten Zusammenstoß getötet worden.

Richtig ist jedoch, daß diese sich laut einer MIR-Erklärung vom 18.1.1981 unbewaffnet in La Paz versammelten, um den „zivilen Widerstand des bolivianischen Volkes gegen die kürzlich erlassenen Wirtschaftsreformen der Junta zu koordinieren“. Diese Wirtschaftspolitik, nach dem Vorbild Chiles und unter Federführung des Internationalen Währungsfonds geformt, sieht als wichtigstes Heilmittel für Bolivien die „Marktkräfte“ vor. Laut den im Januar d.J. erlassenen Maßnahmen wurden erst einmal die Subventionen für Grundnahrungsmittel gestrichen. Die Preise für Brot und Mehlprodukte stiegen demzufolge um 100%.

Vor diesem Hintergrund sind auch die Streikbewegungen im Bergbauzentrum Siglo, der größten Textilfabrik Saïd in La Paz und in der Schuhfabrik Manaco in Cochabamba zu sehen.



Paraguay

Wie die Kommunistische Partei Paraguays (PKP) jüngst mitteilte, befindet sich A. Maidana, Erster Sekretär der PKP, in einem Gefängnis der Stroessner-Diktatur. A. Maidanas Schicksal lag seit seiner Entführung im August 1980 in Buenos Aires im Dunkeln (vgl. AIB 11-12/1980 und 1/1981). Da der Patriot in Lebensgefahr schwebt, ruft die Partei die internationale Solidaritätsbewegung zu einem verstärkten Kampf um seine Freilassung auf.

Der wachsende Terror in Paraguay, das unter hoher Auslandsverschuldung, einer Inflationsrate von 50% und hochgradiger Ausbeutung durch ausländische Firmen leidet, veranlaßt jetzt weitere demokratische Kräfte des Landes, sich dem antidiktatorischen Bündnis der Demokratischen Übereinkunft anzuschließen.

Peru-Ecuador

Die im Januar d.J. entflammten Grenzstreitigkeiten zwischen den Andenpaktstaaten Peru und Ecuador endeten Anfang Februar vorerst mit einem Waffenstillstand. Das umkämpfte Dschungelgebiet am Marañon-Fluß wurde 1942 nach einem 10-tägigen Krieg im sog. Protokoll von Rio de Janeiro Peru zugesprochen. Ecuador verlor damit mehr als 1/3 seines Staatsgebietes. Schon 1960 und 1965 hatte Ecuador deshalb vor den Vereinten Nationen und der Interamerikanischen Konferenz eine Revision des Grenzvertrages gefordert, doch ohne Erfolg. Entscheidend für den erneuten Konflikt sind die reichen Erdölfunde auf dem umstrittenen Territorium. Auch überspielen die kriegerischen Auseinandersetzungen die großen innenpolitischen Schwierigkeiten der beiden zivilregierten Andenländer.

In Washington tritt nun auf Wunsch der ecuadorianischen Regierung die Außenministerkonferenz der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in dieser Sache zusammen. Peru wandte sich inzwischen an die Garanten des 1942 geschlossenen Vertrages Argentinien, Brasilien, Chile und die USA.

Indochina

Die am 27./28. Januar 1981 in Ho-Chi-Minh-Stadt veranstaltete Außenministerkonferenz von Laos, Kambodscha und Vietnam unterbreitete einen Vorschlag zur Einberufung einer regionalen Konferenz mit den südostasiatischen Nachbarstaaten des ASEAN-Paktes (Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien, Philippinen). Ziel einer solchen Konferenz könnte nach diesem Vorschlag die Erarbeitung eines „Vertrages über Frieden und Stabilität in Südostasien“ sein. Der Revolutionäre Volksrat Kambodschas und die Regierung Vietnams wünschen auch den Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha prüfen, sobald die Bedrohung von Thailand aus eingestellt würde. Selbst mit der VR China könnten zweiseitige Verträge ins Auge gefaßt werden.

Es scheint jedoch nicht so, daß die ASEAN-Staaten und China diesen Vorschlägen Gehör schenken. So hatte schon die 13. Jahreskonferenz der ASEAN-Außenminister im Juni 1980 beschlossen, „den Dialog mit Hanoi auszusetzen“. So hatten Thailand und Malaysia die beschleunigte Aufrüstung ihrer Truppen angekündigt (vgl. AIB 9 und 10/1980). Unter chinesischer Führung deuten sich derzeit Bestrebungen an, alle gegen die Regierung in Kambodscha kämpfenden Truppen unter dem Schirm des abgehalfterten Prinzen Sihanouk zu vereinen.

Israel/Nahost

Anläßlich der für die erste Jahreshälfte 1981 zu erwartenden vorgezogenen Neuwahlen für das israelische Parlament hat die favorisierte rechtssozialdemokratische Arbeiterpartei ein neues Parteiprogramm verabschiedet. Zur Lösung des Nahostkonflikts faßt es ein Festhalten an der Separatpolitik mit den USA und Ägypten (Camp David vom September 1978) unter unbedingter aktiver Einbeziehung Jordaniens ins Auge. Vorgeschlagen wird im Programm ein Rahmenabkommen über einen jordanisch-palästinensischen Staat, in welchem „Palästinenser und Jordanier ihre eigene Identität zum Ausdruck bringen können“. Zugleich befürwortet die Arbeiterpartei ein Festhalten an den israelischen Siedlungen in den okkupierten Gebieten – ein Widerspruch in sich.

Im Kern trifft sich dieses Konzept mit der von Ronald Reagan hoffierten sog. „Jordanischen Lösung“, die als „Camp-David-Phase-2“ vorsieht, den jordanischen König Hussein in die Gespräche über die Perspektive des okkupierten Westjordan- und Gazagebietes einzubeziehen. „Ich glaube, daß Jordanien der Schlüssel ist, um dieses Problem zu lösen“, sagte R. Reagan im Januar d.J. Und das schließt für ihn die feste Unterstützung der israelischen Siedlungspolitik im Westjordanland und der Annexion Ostjerusalems ein.

Die jordanische Option der israelischen Sozialdemokratie kommentierte Dr. Issam Sartawi, Mitglied des Palästinensischen Nationalrates, auf einer Pressekonferenz in London am 30.1.1981 als Programm der 5 Neins: „Nein zur PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation; d. Red.) als Repräsentant des palästinensischen Volkes, nein zur Selbstbestimmung der Palästinenser, nein zu einem palästinensischen Staat, nein zu einem israelischen Rückzug aus Jerusalem und nein zu einem israelischen Rückzug auf die Grenzen vor 1967.“

Pakistan

Im Januar d.J. wurde der pakistanische Studentenfürer Hamid Baluch (25 Jahre) von einem Militärgericht zum Tode durch den Strang verurteilt. Nach der neuen Kriegsrechtsanweisung des Zia ul-Haq-Regimes vom Mai 1980 gibt es keine Berufungsmöglichkeit gegen Militärgerichtsentscheide mehr, so daß nur durch internationalen Druck die – noch nicht zeitlich festgelegte – Vollstreckung dieses Urteils aufgehalten werden kann. H. Baluch wird vorgeworfen, Mitte Dezember 1980 eine Demonstration der Belutschischen Studentenorganisation initiiert zu haben, die sich gegen die Anwerbung von pakistanischen Soldaten durch eine omanische Militärdelegation richtete. Als die Polizei gegen die Protestaktion vorgegangen war, waren zwei Omanis getötet worden.

Zuvor war der stellvertretende Vorsitzende der Pakistanischen Föderativen Studentunion Nazir Abbasi, Zentralkomitee-Mitglied der Kommunistischen Partei Pakistans, schweren Folterungen im Militärlager Lahore Fort erlegen und anschließend heimlich verscharrt worden. Ihn hatten Militärgeheimdienstler des Zia-Regimes am 30. Juli 1980 zusammen mit anderen Demokraten, über deren Schicksal sich die Behörden ausschweigen, verschleppt: Jamal Naqvi, Professor für englische Literatur in Karatschi, Suhail Sanghi, Journalist der Daily Sind News, Kamal Warsi, Shabir Shar und andere.

Zia ul-Haq stößt mit seiner saudischen Islamisierungspolitik (siehe AIB 5/1980, S. 23ff.) zunehmend auf Widerstand, besonders unter der Intelligenz wie bei nationalen und religiösen Minderheiten. In Islamabad demonstrierten beispielsweise zur Jahreswende hunderttausende Schiiten gegen Zias Islamisierungskampagne. Im Dezember 1980 wandten sich sieben Oppositionsparteien, von der Pakistanischen Volkspartei der Bhuttos bis hin zur Nationaldemokratischen Partei und den islamischen Gruppierungen gegen ein von Zia propagiertes Referendum für sein Islamisierungsprogramm, für die Rückkehr der Armee in die Kasernen, für freie Wahlen und die Wiederinsetzung der Verfassung von 1973. Kürzlich trafen nun 9 oppositionelle Parteien in Karatschi eine Vereinbarung, in der das gemeinsame Wirken für eine Wiederherstellung der parlamentarischen Demokratie und ein Ende des Kriegsrechts festgehalten ist.

Islamische Konferenz

Am 29. Januar d.J. endete die 3. Islamische Konferenz im saudiarabischen Taif mit der Verabschiedung einer „Mekka-Deklaration“ und eines Politischen Programms. An der Konferenz nahmen 37 Staats- und Regierungschefs teil; abgesagt hatten der Iran und Libyen, während im Fall Ägyptens und Afghanistans die Mitgliedschaft ruht. In den beiden Reizthemen Afghanistan und Krieg Irak-Iran übte die Konferenz Zurückhaltung. Der Gipfel forderte in der „Mekka-Deklaration“ zwar den Abzug „aller ausländischen Truppen“ aus Afghanistan, vermied aber eine namentliche Nennung der Sowjetunion und plädierte für eine „politische Lösung“. Zum Krieg am Persischen Golf einigte man sich auf die Aufforderung beider Seiten zum sofortigen Waffenstillstand und auf einen baldigen erneuten Vermittlungsversuch seitens der Islamischen Weltkonferenz.

Spektakulär mutet die Aufforderung in der „Mekka-Deklaration“ zum „Heiligen Krieg“ gegen Israel an. Er meint allerdings primär die Realisierung des totalen diplomatischen und wirtschaftlichen Boykotts, wenngleich er militärische Mittel einschließen soll. Unterstützung wurde der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zugesagt und ein arabisches Jerusalem „frei von zionistischer Besatzung“ gefordert. Die USA wurden zur Aufgabe ihrer „feindlichen Haltung bezüglich der Palästinafrage“, namentlich ihrer Militärhilfe an Israel, aufgefordert. Und Jordaniens König Hussein wies auf dem Gipfel R. Reagans sog. „Jordanische Lösung“ (siehe Kurzinformation Israel/Nahost) zurück.

Adressenänderungen

bitte rechtzeitig bei der Redaktion
und bei der Post bekanntgeben!

AIB

Liebigstr. 46

3550 Marburg

Pogrom gegen das AIB

Die „Gesellschaft für bedrohte Völker, Menschenrechtsorganisation für verfolgte ethnische, rassische und religiöse Minderheiten“ ist jüngst mit ganzseitigen Annoncen in Wochenzeitungen, darunter der Zeit (23.1.1981), hervorgetreten, in denen sie zu Protesten gegen die Bonner Rüstungsexportoffensive auffordert. Darin wertet sie die Tatsache, daß (Bundestags-), Opposition und Regierung alle Schleusen für den deutschen Waffenexport öffnen“ wollen, als Gefahr für die Völker der Dritten Welt.

Zurecht, meint das AIB. Und es begrüßt diese wie andere Initiativen der GfV, die konkrete Hilfe für unterdrückte Minderheiten – Indianer, Afroamerikaner, Kurden usw. – bewirken. Wir tun dies, wenn gleich für uns die Solidarität mit den verfolgten Mehrheiten (Südliches Afrika, Westsahara, Chile, Bolivien usw.) obenan steht. Wir tun dies, wenn gleich wir – anders als die GfV – die Ursachen für Völkermorde bzw. Aggressionskriege nicht vorrangig im Verschärfen von „Nationalitätenkonflikten“ seitens der „Großmächte in Ost und West“ sehen.

Das AIB sieht solcherart unterschiedliche Auffassungen indessen nicht als Hinderungsgrund zur sachlichen Diskussion und zur Zusammenarbeit in jenen Fragen an, wo Gemeinsamkeiten liegen: etwa im Kampf gegen die BRD-Rüstungsexportpolitik, für die Befreiungsbewegungen im Südlichen Afrika wie in Mittelamerika, gegen die Massenmordpolitik (u.a. an Indianern) in Guatemala oder in Ost-Timor durch die indonesischen Invasoren.

Pogrom, das Organ der „Gesellschaft für bedrohte Völker“, aber hat sich gegen diese sachbezogene Diskussion entschieden und stattdessen die Denunziation gewählt. Der Anlaß: Für Mitte November 1980 lud der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (Buko) insgesamt 24 bundesdeutsche Dritte-Welt-Zeitschriften zu einem ersten Informationstreffen nach Kiel ein, das über Formen der Zusammenarbeit beraten sollte. Das AIB kam neben 7 anderen Zeitschriften. Und es hatte – auf allgemeinen Wunsch der Initiatoren hin – auch konkrete Tagesordnungspunkte vorgeschlagen. Nicht so Pogrom.

In einem Brief vom 10.11.1980 begründete die Pogrom-Redaktion ihre Absage so: Befremdend sei zunächst einmal, daß das AIB 2 der 5 „Themenschwerpunkte“ inhaltlich gestalte. Dann sei das AIB „die '3. Welt Zeitschrift' der DKP“ und daher „verpflichtet“, die völkermordartigen Verbrechen der Sowjetunion“ rundum zu leugnen, also Eritrea, Afghanistan, Irak (Kurdenfrage). Hinzu käme aus gleichem Grund das „permanente Schweigen des AIB zum Terror in Argentinien“ und über „die Verbrechen Idi Amins“. Pogrom-Schluß: „Wir können nicht glaubwürdig für die Rechte der Farbigen in Südafrika oder der unterdrückten Völker Südamerikas eintreten, wenn wir nicht genauso für das Selbstbestimmungsrecht der Eritreer oder Afghanen eintreten. Da das beim AIB nicht ansatzweise der Fall ist, ist diese Zeitung für uns kein potentieller Bündnispartner – genauso wenig wie der Bayernkurier, den ihr aus verständlichen Gründen sicher nicht eingeladen habt...“

In einem weiteren Pogrom-Brief vom 12.12.1980 (siehe ila-info 1/1981) wurde erhärtet, daß das AIB nicht den Pogrom-Grundsatz übernehme, Menschenrechtsverletzungen überall anzuprangern, sei es kein akzeptabler Gesprächs-„Partner“. Also, an den Pranger mit diesem AIB! Oder Rede- und Berufsverbot für das AIB?

Die Antwort der Teilnehmer des Kieler Zeitschriftentreffs war jedenfalls nicht „Pogrom“-artig: „Auf dem Treffen wurde der Brief von Pogrom verurteilt, da der Schreiber des Briefes einen starken Antikommunismus zum Ausdruck bringt und offensichtlich nicht einmal bereit ist, sich mit Andersdenkenden an einen Tisch zu setzen und mit ihnen über die Differenzen zu diskutieren. Das ist das mindeste, was wir in puncto Zusammenarbeit tun können.“ So das Kieler Protokoll.

Wo kämen wir im übrigen hin, würde das AIB mit gleicher Münze heimzahlen und Pogrom an den Pranger stellen, weil es etwa für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes keinen Finger rührt, oder weil es sich über den Kriegskurs der USA, vom Koreakrieg bis zu R. Reagans Invasionsandrohung gegen El Salvador, Nicaragua oder Kuba ausschweigt? Hat das AIB deshalb jemals die Aussperrung der GfV/Pogrom aus der Solidaritätsbewegung gefordert bzw. zu erpressen versucht?

Damit wären wir bei der Klarstellung der übelsten Pogrom-Falschbehauptungen gegen das AIB :

1. Falschbehauptung: Das AIB ist nicht die „3. Welt Zeitschrift der DKP“, weder von der Selbsttitulierung noch vom Trägerkreis noch vom Inhalt her. Vielmehr bieten die im AIB wiedergegebenen Standpunkte wie die Zusammensetzung seines Herausgeberkreises ein Spektrum verschiedenster antiimperialistischer Strömungen, das von sozialistischen, sozialdemokratischen, kommunistischen, linksliberalen, revolutionärdemokratischen, nationaldemokratischen bis zu christlichen/islamischen Kräften reicht. Vor allem aber: Kein anderes Organ hat wohl hierzulande im letzten Jahrzehnt so viele authentische Dokumente der Befreiungsbewegungen und der Einheitsbewegungen der Dritten Welt öffentlich zugänglich gemacht wie das AIB. Wenn wir überhaupt jemandem „verpflichtet“ waren und sind, dann ihrem Befreiungskampf, unserer gemeinsamen Sache. Für uns, wie für die Antifaschisten Chiles oder Boliviens, wie für die Volkskräfte Nicaraguas, El Salvadors, Südafrikas oder Palästinas sind die einheimischen Kommunisten unverzichtbarer Bestandteil der antiimperialistischen Bewegung, sind sie anerkannte und gleichberechtigte Mitstreiter – oder Vorkämpfer. Zugegeben, naturgemäß keine Sache für Antikommunisten...

2. Falschbehauptung: Das AIB hat eben nicht „permanent zum Terror in Argentinien geschwiegen“. Argentinien war Schwerpunkt im AIB zur Fußballweltmeisterschaft (AIB 6/1978), die Junta wurde angeprangert in AIB 9/1980 usw.

3. Falschbehauptung: Das AIB hat an keiner Stelle die Verbrechen Idi Amins in Uganda gebilligt oder beschönigt. Es hat sich lediglich gegen die an seiner Person aufgehängte üble rassistische Kampagne in den bourgeois Medien der BRD und USA gewandt (AIB 5/1977).

4. Falschbehauptung: Das AIB leugnete „völkermordartige Verbrechen“ in der Dritten Welt nicht. Nicht die im Aggressionskrieg der USA in Vietnam, nicht die der maoistischen Pol Pot/Yeng Sary-Clique in Kampuchea, nicht die Verbrechen des Amin-Regimes in Afghanistan oder des Hussein-Regimes im Irak bzw. gegen den Iran. Wir haben den nationalen Minderheiten der Kurden oder der Entreaner ihr Recht auf demokratische Autonomie Lösungen nie abgesprochen, wohl aber in Übereinstimmung mit der Organisation für Afrikanische Arbeit (OAU) jeglichen Separatismus und dessen gegenrevolutionäre Instrumentalisierung strikt abgelehnt. Wir haben auch eingehend begründet, weshalb das sowjetische bzw. kubanische Eingreifen in Angola, Äthiopien oder Afghanistan, weshalb das Eingreifen Vietnams in Kampuchea nicht mit jenen Aggressionskriegen bzw. Völkermorden in einen Topf zu werfen sind (siehe u.a. AIB 2/1980). Apropos GfV-Gleichsetzung der „Großmächte in Ost und West“ in diesem Kontext. Lassen wir doch einmal Geschichtsfälschungen beiseite: Kolonialkriege und direkte Militärfeldzüge gegen die Völker der Dritten Welt, ob in Algerien, Angola/Mocambique, Korea, Indochina oder Lateinamerika betrieben noch allemal die Westmächte. Und natürlich sind es zwei grundverschiedene Dinge, ob man auf der einen Seite Faschistenregimes wie das Portugals (in den Kolonialkriegen bis 1974), das Südafrikas oder El Salvadors militärisch ausstaffiert (so die Westmächte), oder ob man auf der anderen Seite die Selbstverteidigung dieser unterdrückten Völker bzw. ihrer Befreiungskämpfer durch Waffenhilfen mit möglich macht (so die sozialistischen Länder oder auch die El Salvador-Solidaritätsbewegung!). Hauptursachen für Kriegsverbrechen in der Dritten Welt liegen nun einmal im geschichtsnotorischen (neo)kolonialistischen Vorherrschafts- und Profitstreben der Westmächte und ihrer Multis, in ihren Kreuzzügen gegen – die deshalb eben „antiwestlichen“ – Befreiungsbewegungen der unterdrückten Völker.

Nicht Antiostrismus und Denunziation, sondern Antineokolonialismus bzw. Antiimperialismus sind daher wohl auch die Essenz der Solidaritätsbewegung, weltweit wie in der Bundesrepublik.

5. Falschbehauptung: Pogrom geht es sichtlich nicht, wie zuende seines Kieler Schreibens behauptet, um einen „äußerst notwendigen Diskussionsprozeß“. Augenscheinlich geht es ihm vielmehr darum, bestimmte, in der Solidaritätsarbeit aufrichtig engagierte Kräfte aus diesem Diskussionsprozeß, aus der Zusammenarbeit und Aktionseinheit für die gemeinsame gerechte Sache von vornherein auszusperrern. Dabei obendrein die unkritische Übernahme der GfV/Pogrom-Position zur Vorbedingung zu erklären, die als „Eintrittskarte“ jeder vorzuweisen habe, der an dieser Sache mitwirken möchte, ist keine Falschbehauptung, sondern einfach eine Zumutung. Oder: Verfahrene Pogromstrategie...